



# Befreiung und Befreier

Vernichtungskrieg in Osteuropa und das Schicksal  
der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Bewusstsein

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G



# Inhalt

*Jan Korte, Ulla Jelpke*

**Befreiung und Befreier** ..... 3

*Jan Korte*

**Die vergessenen Opfer:  
Sowjetische Kriegsgefangene** ..... 4

*Hannes Heer*

**Die Legende von der  
»sauberen Wehrmacht«  
und deren halbherziges Ende** ..... 8

**Podiumsdiskussion vom 17.06.2015** ..... 27

**Biographische Notizen  
zu den Referentinnen und Referenten  
des Fachgesprächs** ..... 41

**Antrag der Abgeordneten Jan Korte,  
Ulla Jelpke, Dr. Dietmar Bartsch,  
Herbert Behrens, Sevim Dağdelen,  
Dr. André Hahn, Petra Pau, Harald Petzold,  
Martina Renner, Kersten Steinke,  
Frank Tempel, Halina Wawzyniak  
und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/3316 –  
auf Finanzielle Anerkennung  
von NS-Unrecht  
für sowjetische Kriegsgefangene.** ..... 42

**Antwort der Bundesregierung  
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten  
Jan Korte, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke,  
weiterer Abgeordneter und der  
Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/5680 –  
Umsetzung der symbolischen  
finanziellen Anerkennung für ehemalige  
sowjetische Kriegsgefangene.** ..... 44

# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch

Redaktion: Gerd Wiegel, Philipp Vergin  
Titelfoto: Am Tag der Befreiung: Sowjetische Kriegsgefange-  
ne im »Stalag 326« Dokumentationsstätte Stalag 326 (VI K)  
Senne  
Fotos: S. 9 Jew\_Killings\_in\_Ivangorod\_(1942): Privatsamm-  
lung Jerzy Tomaszewski, Warschau; Bundesarchiv  
Layout/Druck: Fraktionsservice

Endfassung: 26. Oktober 2015

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken  
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

150617

# Befreiung und Befreier

## Vernichtungskrieg in Osteuropa und das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Bewusstsein

Am 20. Mai 2015 hatten die jahrelangen Bemühungen der LINKEN im Bundestag, das unvorstellbare Leid der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Unrecht anzuerkennen und den wenigen Überlebenden zumindest eine symbolische Entschädigung zukommen lassen, endlich gewirkt: Nachdem sowohl DIE LINKE. als auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Anträge eingebracht hatten, die eine finanzielle und politische Anerkennung der Opfer verlangen, beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages zehn Millionen Euro für die Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener bereitzustellen.

Damit gelang der Bundestagsfraktion DIE LINKE, gemeinsam mit vielen ehrenamtlich Aktiven, engagierten Initiativen, Historikerinnen und Historikern und Journalistinnen und Journalisten, die sich unermüdlich eingesetzt haben, nach der Rehabilitierung der so genannten »Kriegsverräter« im Jahr 2009 und der damit verbundenen Anerkennung des Widerstands der »kleinen Leute«, also der Würdigung derer, die sich der Fortsetzung des verbrecherischen Krieges mit ihren Mitteln widersetzt haben, erneut ein wichtiger parlamentarischer Erfolg auf dem Gebiet der Geschichtspolitik.

Über die schlichte Auszahlung der Summe von schätzungsweise einmalig 2.500 Euro hinaus ist aber auch eine Geste des Bundestages, in der das Leid der Opfer und die deutsche Schuld anerkannt werden und sich das Parlament für die Verbrechen und die viel zu späte Anerkennung als NS-Opfer entschuldigt, dringend von Nöten. 70 Jahre mussten diese Menschen warten bis ihnen eine symbolische Anerkennung zugesprochen wurde, jetzt muss die Umsetzung so schnell wie irgend möglich erfolgen. Derzeit ist die Regierung vorrangig damit beschäftigt, den Kreis der Anspruchsberechtigten zu identifizieren und diese zu informieren.

Am 23.9.2015 beschlossen die Mitglieder des Haushaltsausschusses einstimmig dem Richtlinienentwurf des Bundesfinanzministeriums zuzustimmen. Die Richtlinie trat daraufhin am 30. September 2015 in Kraft und regelt das Antragsverfahren für einen finanziellen Anerkennungsbetrag von 2.500 Euro. Anträge auf die Leistung können innerhalb der nächsten zwei Jahre gestellt werden. Ansprechpartner ist das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen.

Weitere Informationen zum Antragsverfahren finden sich unter: <http://www.badv.bund.de/DE/OffeneVermögensfragen/AnerkennungsleistungSowjetischeKriegsgefangene/start.html>

DIE LINKE. hat zum Thema der sowjetischen Kriegsgefangenen, ihrer fehlenden Anerkennung und zum Vernichtungskrieg im Osten im Juni 2015 ein Fachgespräch durchgeführt, dessen Verlauf wir im Folgenden dokumentieren.

Der barbarische Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Nazis ist nur vor dem Hintergrund des Vernichtungskrieges im Osten generell zu verstehen. Der Krieg gegen die Sowjetunion hatte für das NS-Regime eine konkrete ökonomische Zielsetzung. Es ging um Schaffung einer Land- und Rohstoffbasis, mit der die Weltmachtstellung des Dritten Reiches abgesichert werden sollte. Aber der Krieg im Osten hatte auch eine ideologische Dimension, die sich gegen einen »jüdischen Bolschewismus« und die als minderwertig erachteten Slawen richtete. Diese ideologische Disposition war für die Kriegsführung und das spätere Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen von zentraler Bedeutung. Jan Korte thematisiert in seinem Beitrag den ideologischen Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion, geht aber auch der Frage nach dem Umgang mit diesem Vernichtungskrieg im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik nach.

Die Wehrmachtsausstellung hat ab 1995 erstmals öffentlichkeitswirksam und in aller Breite die Frage nach dem Vernichtungscharakter des Krieges im Osten und der massenhaften Beteiligung deutscher Männer daran thematisiert. Hannes Herr als Leiter dieser ersten Wehrmachtsausstellung hielt das zentrale Eingangsreferat zur Fachtagung und entfaltet ein breites Panorama des deutschen Umgangs mit diesem Thema. In der Podiumsdiskussion schließlich diskutierten Günter Rieser aus dem Bundesfinanzministerium, Günter Saathoff von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung Zukunft« (EVZ) und Jörg Morré, Leiter des deutsch-russischen Museum Berlin-Karlshorst mit einem interessierten Fachpublikum die Fragen der konkreten Anerkennungszahlung an die noch lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, Möglichkeiten der Identifizierung der Anspruchsberechtigten und die erinnerungspolitischen Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Thema. Im Dokumentenanhang finden sich die grundlegenden Initiativen zum Thema, die auch den aktuellen Stand dokumentieren.



*Jan Korte,  
Stellv. Fraktionsvorsitzender*



*Ulla Jelpke,  
Innenpolitische Sprecherin*

# Die vergessenen Opfer: Sowjetische Kriegsgefangene

## Höchste Zeit für ihre Anerkennung und Entschädigung

Im 70. Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es unzählige Publikationen und Veranstaltungen zum Gedenken an die Millionen Toten, die der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg gekostet hat. Wie in den Jahrzehnten zuvor spielt aber eine besonders große Opfergruppe dabei bislang kaum eine Rolle: die Opfer der Sowjetunion im Allgemeinen und die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen im Speziellen. Das ist kein Zufall, sondern hat geschichtspolitische Gründe, vor allem den über Jahrzehnte staatlich sanktionierten und gesellschaftlich mehrheitsfähigen Antikommunismus sowie die langlebige Legende von der sauberen Wehrmacht. Es ist höchste Zeit, diese Opfergruppe anzuerkennen und ihre letzten Überlebenden zu entschädigen.

Im Zweiten Weltkrieg starben rund 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion. Ungefähr 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, von denen etwa 3,3 Millionen an Hunger, Kälte, Krankheiten, Zwangsarbeit zugrunde gingen oder durch massenhafte Erschießungen getötet wurden.<sup>1</sup> Die Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen spielte und spielt trotzdem im offiziellen Gedenken der Bundesrepublik (wie zuvor schon in DDR und BRD) eine völlig untergeordnete Rolle. Immerhin befasst sich aktuell der Bundestag mit diesem Thema. Sowohl die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Deutschen Bundestag als auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen haben Anträge eingebracht, die eine finanzielle Entschädigung und eine politische Anerkennung der Opfer verlangen.<sup>2</sup>

Zunächst stellt sich die Frage, warum diese Debatte erst jetzt, sieben Jahrzehnte nach Ende des Krieges, in der offiziellen Politik begonnen wird. Zwar gab es viele engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und etliche Initiativen, die dieses Thema immer wieder angesprochen haben, doch fand das Gedenken an diese »vergesene Opfergruppe« bis dato keinen Weg in die offizielle Politik (von einzelnen parlamentarischen

Initiativen abgesehen). Zu verstehen ist dieses bewusste »Vergessen« nur beim Betrachten der Zeitläufte und der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der letzten 70 Jahre.

## Schuldabwehr und Täterperspektive

Blickt man auf die 1950er Jahre zurück, so kann man erahnen, auf welchen organisierten Widerstand das Gedenken an die Opfer stieß. Das Gedenken an und die Würdigung des Widerstandes des 20. Juli 1944 beispielsweise hat erst der spätere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer im sogenannten Remer-Prozess<sup>3</sup> entscheidend vorangebracht. Die bis dahin allgemein in Staat, Gesellschaft und Eliten vertretene Auffassung, Stauffenberg sei ein Hochverräter, aber bestimmt kein zu ehrender Widerständler gewesen, erschütterte Bauer durch den – brillant hergeleiteten – Nachweis, dass es ein Recht und eine Pflicht auf Widerstand gegen die »Diktatur der Menschenverachtung« (Alexander und Margarete Mitscherlich) gegeben hat. Er brachte es auf die Formel: »Unrecht kennt keinen Verrat!«<sup>4</sup> Das ist ein Beispiel dafür, dass jeder Fortschritt, jedes Gedenken, jede offizielle Würdigung von Widerstand und Opfern von engagierten Einzelpersonen mühsam erkämpft werden musste. Von selbst geschah gar nichts.

In einer Gesellschaft, in der die »Unfähigkeit zu trauern«<sup>5</sup> und die Abwehr von Schuld und Reflektion dominierten, gab es für die Opfer keinen Platz. Das noch an den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher relativ große Interesse ebte danach merklich ab.<sup>6</sup> Dazu trug auch die Schuldabwehr von Leuten wie Albert Speer bei, der wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden war, und die dankend in der Gesellschaft aufgenommen wurde. Die Schuld wurde zunehmend auf drei Haupttäter reduziert – Hitler, Himmler und Göring (allesamt tot) –, ansonsten war man verführt worden, hatte vom Judenmord nichts mitbekommen und eigentlich nur

<sup>1</sup> Vgl. Otto, Reinhard/Keller, Rolf/Nagel, Jens: »Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941-1945: Zahlen und Dimensionen«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56 (2008), S. 557-602 und Boebel, Chaja/Heidenreich, Frank/Wentzel, Lothar (Hrsg.): Vernichtungskrieg im Osten und die sowjetischen Kriegsgefangenen. Verbrechen, Verleugnung, Erinnerung. Hamburg 2009.

<sup>2</sup> Vgl. Antrag der Fraktion Die Linke »Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene«, Bundestagsdrucksache 18/3316. Fast gleichlautend, lediglich in der Höhe der Entschädigung abweichend, der Antrag der Grünen; vgl. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen »Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrages für diese Opfergruppe«, Bundestagsdrucksache 18/2694. Diesen Antrag brachten Bündnis 90/Die Grünen wortgleich bereits in der letzten Wahlperiode am 4. Juni 2013 gemeinsam mit der SPD ins Parlament ein (Bundestagsdrucksache 17/13710).

<sup>3</sup> Der Remer-Prozess fand im März 1952 vor der Dritten Großen Strafkammer des Braunschweiger Landgerichts gegen den ehemaligen Generalmajor der Wehrmacht und späteren Mitbegründer der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei Otto Ernst Remer wegen übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener statt und endete mit der posthumen Rehabilitation der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu zuletzt Steinke, Ronen: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht, München 2013; noch umfassender über Leben und Wirken Bauers: Wojak, Irmtrud: Fritz Bauer 1903-1968, München 2009.

<sup>5</sup> So der Titel der 1967 erschienenen exzellenten Studie von Alexander und Margarete Mitscherlich.

<sup>6</sup> Zum Gesamtkomplex des Umgangs mit der NS-Vergangenheit vgl. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999; polemischer, aber genauso treffend: Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder von der Last, Deutscher zu sein, Berlin 1990; einen sehr guten Überblick bietet Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz, München 2007; zur Frage der Rückkehr der alten Eliten und deren Denken in den Justizapparat vgl. Perels, Joachim: Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt a.M./New York 1999.



*Konzentrationslager Mauthausen, Sowjetische Kriegsgefangene vor der Baracke*

seine Arbeit erledigt. Eine weitere Figur der Schuldabwehr war die Stilisierung der Deutschen zu den eigentlichen Opfern. Erst Opfer von Hitler, dann Opfer des Krieges und des Bombenkrieges und schließlich Opfer der Entnazifizierung. Und last but not least wollte man nichts von einer angeblichen Kollektivschuld wissen, die allerdings auch niemand behauptet hatte.

In diesem Kontext spielte selbst das Gedenken an die sechs Millionen Opfer der Shoah kaum eine Rolle. Erst das bahnbrechende Werk von Raul Hilberg über die »Vernichtung der europäischen Juden« (1961)<sup>7</sup>, der (wiederum von Fritz Bauer initiierte) Frankfurter Auschwitzprozess (ab 1963), unzählige lokale Gedenkprojekte und schließlich die US-amerikanische TV-Serie »Holocaust« (1978) brachten das Gedenken und die kritische Auseinandersetzung mit dem industriell betriebenen Massenmord, dem Zivilisationsbruch Auschwitz, in die gesellschaftliche und staatliche Gedenkpolitik. Und nicht zu vergessen die große und wichtige Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985, in der das erste Mal von staatsoffizieller Seite der 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet wurde und ein westdeutsches Staatsoberhaupt dem »Widerstand in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, dem Widerstandes der Kommunisten« gedachte und Anerkennung zollte, wenngleich Weizsäcker damit endlich auch »nur« eine nicht länger haltbare Sicht revidierte.

Noch viel später wurde auch der Widerstand des kleinen Mannes und des einfachen Soldaten gewür-

digt – im Jahr 2002 wurden die Wehrmachtsdeserteure rehabilitiert. Bis dahin galten sie als vorbestraft und de facto zu Recht verurteilt. Das Wesen der mörderischen NS-Wehrmachtsjustiz wurde jahrzehntelang als legitim und rechtens betrachtet, sein Unrechtscharakter negiert. Damit reproduzierte man den Blick der Täter und schloss die Perspektive der Opfer aus. Das Credo Hans Filbingers – im Krieg Marinerichter und von 1966 bis 1978 baden-württembergischer Ministerpräsident – »Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein« dominierte über Jahrzehnte das juristische, politische und gesellschaftliche Denken und Handeln.<sup>8</sup> Daran änderte auch nichts, dass dieses Denken durch Menschen wie Fritz Bauer, Beate und Serge Klarsfeld, Martin Niemöller oder Eugen Kogon infrage gestellt wurde; selbst die 68er-Bewegung blieb in dieser Hinsicht eine Minderheit.<sup>9</sup>

Und erst im Jahr 2009 wurden die sogenannten Kriegsverräter rehabilitiert. Diese zu Tausenden zum Tode verurteilten, meist einfachen Wehrmachtssoldaten hatten Juden geholfen, Kriegsgefangenen ein Stück Brot zugesteckt oder sich kritisch zu Verbrechen und dem Kriegsverlauf geäußert – und waren dem »gesetzlichen Unrecht« (Gustav Radbruch) der NS-Militärjustiz zum Opfer gefallen. Auch über diese Rehabilitierung musste drei Jahre im Bundestag debattiert werden. Nur aufgrund der Unterstützung von wichtigen Medien wie *Spiegel*, *ARD* und *Süddeutsche Zeitung* schwenkten

<sup>7</sup> Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., 9. Aufl. Frankfurt a.M. 1999.

<sup>8</sup> Zu Filbinger und den Verbrechen der Wehrmachtsjustiz insgesamt vgl. Kalmbach, Peter: Wehrmachtsjustiz, Berlin 2012.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu z.B. Perels, Joachim: Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004.

SPD und schließlich auch CDU ein und kennzeichneten die Kriegsverratsbestimmungen als das, was sie waren: mörderisches Unrecht.<sup>10</sup>

Diese Beispiele, deren Liste sich noch erheblich verlängern ließe, zeigen, dass jeder Fortschritt im Gedenken und im Aufarbeiten von enormen Widerständen in der Gesellschaft begleitet war. Und sie lassen erahnen, warum gerade die sowjetischen Gefangenen bis heute im Gedenken nicht den Stellenwert haben, der anderen Opfern inzwischen eingeräumt wird.

### **Vernichtungskrieg gegen »jüdischen Bolschewismus«**

Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde als Angriffs- und Vernichtungskrieg konzipiert und geführt, der alle bis dato geltenden Rechts- und vor allem Zivilisationsregeln suspendierte. Schon vor Beginn des Angriffes wurde in Befehlen und Weisungen klargemacht, dass jedwede Brutalität erlaubt und notwendig sei. Das thematisierte auch Jan Philipp Reemtsma 1995 bei der Eröffnung der »Wehrmachtsausstellung« in München: »Der Krieg der deutschen Wehrmacht im – pauschal gesprochen – »Osten« ist kein Krieg einer Armee gegen eine andere Armee gewesen, sondern er sollte der Krieg gegen eine Bevölkerung sein, von der ein Teil – die Juden – ausgerottet, der andere dezimiert und versklavt werden sollte. Kriegsverbrechen waren in diesem Kriege nicht Grenzüberschreitungen, die erklärungsbedürftig sind, sondern das Gesicht dieses Krieges selbst. Der Terminus »Kriegsverbrechen« ist aus einer Ordnung entliehen, die von Deutschland außer Kraft gesetzt worden war, als dieser Krieg begann.«<sup>11</sup>

Der Vernichtungskrieg wurde aktiv und mit ideologischer Überzeugung von der Wehrmacht umgesetzt. Dabei gingen der in der Wehrmacht verbreitete übersteigerte Nationalismus, Antislawismus, Antisemitismus und besonders der Antikommunismus eine Verbindung ein, die alle Empathie und humane Selbstbeschränkung gegenüber dem Feind aufhob.<sup>12</sup>

Mit Unterstützung der Wehrmacht wüteten hinter der Front die Einsatzgruppen, die rund 2,5 Millionen Frauen, Kinder und Männer ermordeten. Damit bildete der Krieg gegen die Sowjetunion auch den Eintritt in die systematische, verwaltungsbürokratisch flankierte und arbeitsteilig organisierte Ermordung der Jüdinnen und Juden. Dass die Wehrmacht genauestens über das Wüten der SS-, Polizei- und SD-Einheiten informiert war, ist belegt. »Die Einsatzgruppe B, die mit der Heeresgruppe Mitte nach Osten vorgerückt war, hatte bis Mitte August 1941 17 000 Juden ermordet. Die Wehrmachts-Einheiten waren, wie die erhaltenen Kriegstagebücher belegen, über

diese Aktion genau im Bild und beteiligten sich vielerorts an den Massakern.«<sup>13</sup> Der Krieg gegen Sowjetunion war ein entgrenzter Vernichtungskrieg, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hatte.

### **Die sowjetischen Opfer**

Die Sowjetunion hat den höchsten Blutzoll während des Zweiten Weltkrieges entrichtet: 27 Millionen Tote, davon 14 Millionen Zivilisten. Fast jede Familie in der UdSSR hatte Opfer zu beklagen.<sup>14</sup> In besonderer Art und Weise waren die sowjetischen Kriegsgefangenen betroffen, die die ersten Opfer der Vergasungen in Auschwitz waren.

Die Schätzungen über die Anzahl der Kriegsgefangenen gehen auseinander. Man kann aber davon ausgehen, dass rund 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee in deutsche Gefangenschaft gerieten. Davon sind rund 3,3 Millionen umgekommen.<sup>15</sup> Den sowjetischen Gefangenen wurden alle Rechte, wie sie etwa in der Genfer Konvention festgeschrieben waren, verwehrt. Tausende wurden erschossen, die meisten starben durch Hunger, Kälte, Seuchen und Krankheiten. Die ersten Lager verliefen entlang der Grenze zur UdSSR. Später wurden immer mehr Gefangene nach Deutschland deportiert. Die Zustände in den Lagern waren dort nicht viel besser. »Die Gefangenen gruben sich Erdhöhlen, um dort Schutz vor Kälte und Regen zu finden, und aßen Gras und Baumrinde, um ihren Hunger zu stillen.«<sup>16</sup>

Die sowjetischen Kriegsgefangenen gehören damit zu den größten Opfergruppen des Vernichtungskrieges. Die Sterblichkeitsrate lag bei rund 60 Prozent. Zum Vergleich: Bei westlichen Kriegsgefangenen lag die Todesrate bei 3,5 Prozent. An diesem Zahlenverhältnis wird deutlich, welche verbrecherische und dehumanisierte Ideologie und Kriegsführung beim Angriff auf die UdSSR dominierte.

<sup>13</sup> Heer, Hannes/Naumann, Klaus: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 61.

<sup>14</sup> Vgl. Quinkert, Babette /Morré, Jörg (Hrsg.): Deutsche Besatzung in der Sowjetunion 1941–1944, Paderborn 2014.

<sup>15</sup> Vgl. Boebel/Heidenreich/Wentzel: Vernichtungskrieg, S. 7; Über die genaue Zahl der von der Wehrmacht gefangen genommenen Rotarmisten besteht in der Forschung keine Einigkeit. Seriös begründete Zahlen schwanken zwischen 5,7 Millionen (Christian Streit) und 4,5 Millionen (G.F. Krivosheev). Vgl. hierzu: Streit, Christian: »Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945«, Stuttgart 1978 und Krivosheev, Grigoriy Fedotovich (Hrsg.): »Soviet Casualties and Combat Losses in the Twentieth Century«. London 1997. Streit kommt bei der Zahl der Toten auf 3,3 Millionen, bei Krivosheev beträgt sie 2,5 Millionen. Die Differenz wird dadurch erklärlich, dass die Wehrmacht alle Männer im wehrfähigen Alter im Operationsgebiet und auch Zivilisten in Uniform und Krankenhauspersonal als Kriegsgefangene registrierte, worauf sich Streit bezieht. Er geht also bei seinen Zahlenangaben, die inzwischen auch von Keller, Nagel und Otto (Otto, Reinhard/Keller, Rolf/Nagel, Jens: »Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941–1945: Zahlen und Dimensionen«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56 (2008), S. 557–602.) bestätigt wurden, von der tatsächlichen Zahl der in deutschen Wehrmachtslagern gefangen gehaltenen Personen aus. Demgegenüber zählt die russische Forschung nur diejenigen, die dort tatsächlich Angehörige der Roten Armee waren. Entsprechend ändert sich damit auch die Zahl der Toten (58 bzw. 55 % Tote in deutschem Gewahrsam).

<sup>16</sup> Jeske, Natalja: Lager in Neubrandenburg-Fünfeichen 1939–1948. Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht, Repatriierungslager, Sowjetisches Speziallager, Schwerin 2013, S. 23.

<sup>10</sup> Zur Debatte um die Rehabilitierung der »Kriegsverräter« vgl. Korte, Jan/Heilig, Dominic: Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland. Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte, Berlin 2011.

<sup>11</sup> Bilanz einer Ausstellung. Dokumentation der Kontroverse um die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1998, S. 34.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu insgesamt Wette, Wolfram: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg und Legenden, Frankfurt a.M. 2002.

## Warum die sowjetischen Kriegsgefangenen »vergessen« wurden

Gedenken, Entschädigung und Rehabilitierung von NS-Opfern mussten, wie gezeigt, immer gesellschaftlich erkämpft werden. Dass dies hinsichtlich der sowjetischen Kriegsgefangenen immer noch nicht gelungen ist, liegt auch an einigen bis heute wirkmächtigen Komponenten einer reaktionären Geschichtspolitik.

Erstens: Der quasi zur Staatsreligion erhobene Antikommunismus prägte die Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik.<sup>17</sup> Der Antikommunismus legitimierte die massenhafte Rückkehr der alten Eliten aus Staat, Wirtschaft, Justiz und Militär, sprach die Wehrmacht de facto von jeder Schuld und Verantwortung frei und erlaubte der Gesellschaft, sich nicht mit der eigenen Verstrickung in den Nationalsozialismus auseinandersetzen zu müssen. In einem Klima, in dem der Kommunismus/ Sozialismus für schlimmer als der Nationalsozialismus angesehen wurde, konnte der Krieg gegen die Sowjetunion noch nachträglich fast als ein legitimer Krieg erscheinen. »Der kalte Krieg und die Staatsdoktrin des Antikommunismus taten ein Übriges, den Verbrechen der Wehrmacht in Polen, in der Sowjetunion und in Jugoslawien im Nachhinein sogar den Anschein von Berechtigung zu verleihen.«<sup>18</sup> Vor diesem Hintergrund spielten die Opfer des NS-Terrors insgesamt kaum eine Rolle, erst recht nicht das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, das überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde.

Zweitens: Einen wirklichen Durchbruch brachte erst die Wehrmachtausstellung 1995. Mit ihr wurde erstmals öffentlichkeitswirksam an die Verbrechen und die tragende Rolle der Wehrmacht innerhalb des NS-Regimes erinnert und der verbrecherische Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion, gegen Polen und gegen Jugoslawien für breitere Teile der Bevölkerung deutlich. Bis dahin hatte die Lüge von der irgendwie sauber gebliebenen Wehrmacht den geschichtspolitischen Diskurs dominiert, der eben von jenen geprägt worden war, die willfährige und überzeugte Anhänger Hitlers gewesen waren. Ähnlich wie die »feinen Herren« im Auswärtigen Amt versicherten auch die Führungsfiguren der Wehrmacht, sie und ihre untergebenen Offiziere und Soldaten hätten nur ihre Arbeit und Pflicht getan; mit den Verbrechen des Nationalsozialismus hätten sie gar nichts zu schaffen. Die Schuldigen waren für sie – analog zu der Haupttäterthese (Hitler, Himmler, Göring) – die SS und die Einsatzgruppen. Diesen Eindruck vermittelten auch die Memoiren der Offiziere und unzählige Landserhefte, die vieles waren, nur nicht reflexiv und kritisch. Was blieb, war das Bild des heroischen Kampfes, auch und gerade gegen die Sowjetunion.

Drittens: Dass es so wenig Aufmerksamkeit für das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen gab,

hat auch etwas mit dem Umgang der Sowjetunion selbst mit diesem Thema zu tun. Unter Stalin galten die Kriegsgefangenen als Verräter und waren teilweise nach ihrer Rückkehr weiteren Repressalien ausgesetzt. Sie kamen in dem offiziellen Gedenken an die Kriegsoffer nicht vor, wurden also auch auf sowjetischer Seite »vergessen«. Erst 1995 wurde diese Gruppe endgültig und offiziell rehabilitiert.

Zusammenfassend und viertens: Die gegenwärtige Debatte, die die Oppositionsfraktionen im Bundestag angestoßen haben, wird durch die Perspektive der Totalitarismustheorie und wegen aktueller außenpolitischer Auseinandersetzungen mit Russland behindert. Namentlich die Unionsfraktion mauert in bemerkenswerter Weise. Zwar erkannte Erika Steinbach als Rednerin der Union das opferreiche Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen an, hob aber in ihrer Rede völlig unverhältnismäßig die Behandlung der überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion hervor. Diese und nicht die Nachfolger der Täter hätten eine Entschädigung zu zahlen: »Was aber bis heute überfällig ist, ist eine Entschädigung der ehemaligen Kriegsgefangenen der Sowjetunion durch das eigene Land selber. Sie wurden stigmatisiert, sie wurden entrechtet, sie wurden umgebracht, in Lager verschleppt. Russland hätte, anstatt die Ukraine zu überfallen, lieber seine noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen entschädigen sollen. Das wäre eine humane Geste gewesen, meine Damen und Herren.«<sup>19</sup>

An der Position Steinbachs kann man all die Widerstände erahnen, die es noch heute gegen ein angemessenes Gedenken an die sowjetischen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg gibt. Theoretisch ist dafür im Parlament eine Mehrheit vorhanden, da die Fraktionen von SPD, LINKE und Grünen dieses Anliegen teilen. Doch scheint es – wie bei der Rehabilitierung der angeblichen »Kriegsverräter« – nötig, Bündnispartner auch jenseits des Parlamentes zu gewinnen, um den Druck auf die Politik zu erhöhen: in der Wissenschaft, in den Opferverbänden, in den kritischen Medien.

Die »vergessenen« Opfer, die noch rund 2000 lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, verdienen endlich Anerkennung für ihr Leiden und eine Entschädigung. Ihnen läuft die Zeit davon. Deutschlands Politik sollte sich beeilen.

*Dieser Text erschien zuerst im März 2015 als STANDPUNKTE 08 / 2015 der ROSA LUXEMBURG STIFTUNG und spiegelte den damaligen Diskussionsstand wider.*

<sup>17</sup> Vgl. Korte, Jan: Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009.

<sup>18</sup> Heer, Hannes: Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Massenmord nach Plan, in: Boebel/Heidenreich/Wentzel (Hrsg.): Vernichtungskrieg, S. 55.

<sup>19</sup> Rede Erika Steinbach, Bundestagsplenarprotokoll, 18. Wahlperiode, 5.2.2015, S. 8113.

## Die Legende von der »sauberen Wehrmacht« und deren halbherziges Ende

Mitte Oktober 1944, während Einheiten der 1. US-Armee die erste deutsche Großstadt, Aachen, eingeschlossen hatten, begann ein amerikanischer Offizier mit einigen Mitarbeitern in den befreiten Ortschaften der Umgebung, die Bevölkerung zu interviewen. Saul Padover, als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren und schon 1920 in die USA ausgewandert, gehörte zur *Abteilung für psychologische Kriegsführung* und hatte den Auftrag, Informationen über Einstellungen und Erwartungen der Deutschen für die künftige Militärregierung zu gewinnen. Aber sein Ergebnis war deprimierend. »Seit zwei Monaten sind wir hier zugange«, notierte er, »wir haben mit vielen Menschen gesprochen, wir haben jede Menge Fragen gestellt, und wir haben keinen einzigen Nazi gefunden. [...] Alle Leute sind gegen Hitler. Sie sind schon immer gegen Hitler gewesen. Was heißt das? Es heißt, dass Hitler die Sache ganz allein, ohne Hilfe und Unterstützung irgendeines Deutschen durchgezogen hat. Er hat den Krieg angefangen, er hat ganz Europa erobert, den größten Teil Russlands überrannt, fünf Millionen Juden ermordet, sechs bis acht Millionen Polen und Russen in den Hungertod getrieben, vierhundert Konzentrationslager errichtet, die größte Armee in Europa aufgebaut und dafür gesorgt, dass die Züge pünktlich fahren. Wer das ganz alleine schaffen will, muss schon ziemlich gut sein. Ich kenne nur zwei Menschen in der ganzen Welt, die so etwas können. Der andere ist Superman.«<sup>20</sup> Nachdem Padover auch im mittlerweile befreiten Aachen zahlreiche Interviews geführt hatte, zog er Ende November Bilanz: »Psychologisch gesehen wollen sich die Deutschen Strafe und moralischer Verantwortung entziehen, indem sie der Welt einen Schuldigen präsentieren, den sie noch vor kurzer Zeit als Halbgott angehimmelt haben.«<sup>21</sup> Dieser Reflex zur Verleugnung, den Padover noch zu Lebzeiten Hitlers in seiner Aachener Mikroanalyse festgehalten hatte, wurde zur Strategie aller Deutschen, als das *Dritte Reich* mitsamt seinem *Führer* untergegangen war.

### Die deutsche Schuld

Die deutsche Erinnerungskultur ist auf den Holocaust und die mindestens 6 Millionen ermordeter europäischer Juden fixiert. Vergessen werden noch immer die Opfer des anderen Völkermordes – den an den slawischen Völkern: Diesem fielen mindestens 27 Millionen Menschen in der Sowjetunion, darunter 2, 2 Millionen Juden, 6 Millionen Polen, fast die Hälfte davon Juden, 2 Millionen Jugoslawen und 350 000 Tschechoslowaken zum Opfer. 2 Millionen Menschen haben durch Krieg, Widerstand und Besetzung im übrigen Europa ihr Leben verloren.<sup>22</sup> Rechnet man dazu die 1,3 Millionen depor-

tierter Juden aus Großdeutschland und den besetzten bzw. verbündeten Ländern in West- und Südeuropa sowie eine halbe Million Sinti und Roma, 250 000 Opfer der Euthanasie und die tausenden Ermordeten des deutscher Widerstandes, kommt man auf insgesamt ca. 40 Millionen schuldlos Getöteter.<sup>23</sup> Eine Million SS- und Polizeimänner samt Kollaborateuren können Verbrechen dieser Größenordnung nicht begangen haben. Als Hauptverantwortliche dafür müssen andere Formationen mit anders dimensionierten Kräften in Betracht gezogen werden – die 19 Millionen Soldaten der Wehrmacht, die 8 Millionen NSDAP-Mitglieder, Angehörige von Staatsbehörden und Privatunternehmen.

Die Annahme wird durch das Verhalten der anglo-amerikanischen Alliierten bestätigt: Deren Kriegsziel einer »bedingungslosen Kapitulation« wie die nach dem Sieg vorgesehenen »Militärregierungen« basierten auf der Einschätzung, dass es in Deutschland keine gesellschaftlichen Gruppen gab, mit denen man einen Neuanfang wagen konnte. Aufgrund der Berichte über den Massenmord in den Vernichtungslagern und den besetzten Ländern ging man von Millionen deutscher Täter aus: Das britische Kabinett konstatierte im Januar 1943, dass es nicht mehr möglich sei, »eine vollständige Unterscheidung zwischen dem Hitlerstaat und dem deutschen Volk aufrechtzuerhalten«<sup>24</sup> und US-Präsident Franklin D. Roosevelt forderte im Sommer 1944 seine Minister auf, den Deutschen klarzumachen, »dass die gesamte Nation in eine gesetzlose Verschwörung gegen den Anstand der modernen Zivilisation verwickelt« gewesen sei.<sup>25</sup> Entsprechend stand auf den Plakaten, die nach der Befreiung der KZ im April 1945 in den westlichen Besatzungszonen angebracht wurden, unter den monströsen Fotos von Leichenbergen der Satz: »Diese Schandtaten: Eure Schuld«. Und darunter kleingedruckt: »Ihr habt ruhig zugesehen und es stillschweigend erduldet!«<sup>26</sup> Die Politik der drei westlichen Militärregierungen folgte dieser Linie, wie die sofortige Internierung Hunderttausender von Tatverdächtigen, die versuchte millionenfache Entnazifizierung, der

2. Halbband, München 2008, Hinteres Vorsatzblatt; Die Zahl der Opfer Italiens Finnlands und Rumäniens nach deren Wechsel ins Lager der Anti-Hitlerkoalition 1944 lassen sich nur schätzen. Abweichend von Müller die jugoslawischen Opferzahlen vgl. Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 169 und die Opfer der Tschechoslowaken vgl. Christine Brenner, »Zwischen Ost und West«. Tschechische politische Diskurse 1945-1948, München 2009, S. 34.

23 Wolfgang Benz, Legenden, Lügen, Vorurteile, München 1991.

24 Rainer Blasius, Weder »gute« noch »böse« Deutsche. Zur politischen Kriegsführung Großbritanniens in den Jahren 1939-1943, in: Jost Dülfer, Bernd Martin, Günter Wollstein (Hg.), Deutschland und Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Frankfurt a.M., Berlin 1990, S. 175-202, hier: S. 196.

25 Bernd Greiner, Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, Hamburg 1995, S. 170.

26 Cornelia Brink, Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945, Berlin 1998, S.72 f.

20 Saul K. Padover, Lügendetektor, Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, München 2001, S. 46.

21 Ebd., S. 93 f.

22 Rolf-Dieter Müller (Hg.), Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10,



Erschießung von Juden durch Einsatzgruppen nahe Iwangoorod in der Ukraine (vermutlich 1942).

Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess und nicht zuletzt die 12 Nachfolgeprozessen demonstrierten, in denen gegen ausgewählte Vertreter der wichtigsten Macht- und Terrorinstitutionen des Regimes verhandelt wurde – gegen Wehrmacht, SS, Großindustrie, Ministerien, Justiz und Ärzteschaft.

Schon 1946 lagen zwei Abhandlungen vor, die aus unterschiedlichen Perspektiven diese deutsche Schuld wissenschaftlich zu erfassen versuchten. Die eine hatte der Philosoph Karl Jaspers verfasst, der wegen seiner jüdischen Ehefrau 1937 seinen Heidelberger Lehrstuhl verloren hatte und 1945 von den Siegern dorthin zurückgerufen worden war. Aufgewühlt durch die Texte der KZ-Plakate,<sup>27</sup> hatte er seine erste Vorlesung diesem Thema gewidmet und seine Thesen unter dem Titel *Die Schuldfrage* publiziert. Er unterschied drei Schuldbegriffe – die kriminelle Schuld, die vor Gericht entschieden werde, die politische Schuld, die sich aus der Haftung aller Staatsbürger für die von ihnen gewählte Regierung ergebe und deren Instanz die Siegermächte seien und schließlich die moralische Schuld, die aus der Verantwortung des Menschen für alle seine Handlungen folge, und über die das eigene Gewissen entscheide.<sup>28</sup> Jaspers lehnte zwar eine generelle deutsche *Kollektivschuld* ab, aber er konstatierte eine kollektive politische Schuld, weil eine Mehrheit der Deutschen Hitler in freien Wahlen 1932 zur Macht verholfen hatte.<sup>29</sup> Aufgrund seines damaligen Kenntnisstandes hielt er zwar nur eine »kleine Minderheit« für kriminell,<sup>30</sup> sah aber bei Millionen von Deutschen eine moralische Schuld durch das Wegsehen und Schweigen sowie wegen der Tolerierung, der Anpassung, der Rechtfertigung und der Förderung des Regimes.<sup>31</sup> Als Bilanz dieses

politischen und moralischen Versagens konstatierte Jaspers, »dass wir Deutschen, dass jeder Deutsche in irgendeiner Weise schuldig ist.«<sup>32</sup> Im gleichen Jahr legte seine frühere Schülerin Hannah Arendt, die 1933 nach Paris und 1941 in die USA emigriert war, unter dem Titel *Organisierte Schuld* ebenfalls einen Beitrag zum Thema vor. Sie vertrat die These, dass die Terrorapparate des Regimes bis zu den siegreichen »Blitzkriegen« 1940/41 getrennt von der Bevölkerung ihren Kampf gegen die »politischen« und »rassischen« Gegner geführt hätten. Erst angesichts der ersten Niederlagen habe Hitler die »aktive Identifikation des gesamten Volkes« mit seiner Politik verlangt:<sup>33</sup> Die ab 1941 arbeitende »ungeheuerliche Maschine« des Massenmordes habe statt zehntausender »ausgesuchter Mörder [...] ein ganzes Volk gebraucht« und jedem seinen Platz angewiesen.<sup>34</sup> Durch diese »Volksgemeinschaft des Verbrechens« sei eine »Gesamtschuld des deutschen Volkes« verursacht worden.<sup>35</sup>

Die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft hat diese zwei prominenten Denk- und Diagnoseangebote verworfen und sich, ermächtigt durch die im Rahmen des Kalten Krieges vollzogene Annullierung aller deutschen Kriegsverbrechen durch die westlichen Alliierten für eine Politik der »Amnestie und Amnesie« entschieden. In der 1949 gegründeten BRD wurden die Mehrheit der NS-Eliten wie die Masse der ehemaligen Beamten ab 1949 in das neue deutsche Staatswesen BRD integriert, alle von alliierten Gerichten verurteilten Kriegsverbrecher freigelassen und synchron dazu das Dritte Reich samt seinen Verbrechen ungeschehen gemacht. Das geschah, indem man diesen Teil der deutschen Geschichte aus dem eigenen Leben abspaltete und ihn »den Anderen« zuwies, Aliens unter dem Namen »die Nazis« oder deren dämonischen Anführer »Hitler«. Dank

27 Karl Jaspers, *Die Schuldfrage*, München (1946) 1979, S. 33.

28 Ebd., S. 21. Jaspers benannte auch eine vierte Schuld, die jeden einzelnen Menschen aufgrund seiner Verpflichtung zur Solidarität für alles Unrecht auf der Welt mitverantwortlich macht. Diese »metaphysische Schuld«, über die nur Gott entscheiden kann, ist für unsere Fragestellung irrelevant, ebd. S. 21 f.

29 Ebd., S. 21; ähnlich S. 44 f.

30 Ebd., S. 53.

31 Ebd., S. 23; eine umfassende Typologie der moralischen Schuld

lieferte er auf S. 46 – 52.

32 Ebd., S. 53 f.

33 Hannah Arendt, *Organisierte Schuld*, in: dies., *Die verborgene Tradition*, Frankfurt/Main 1976, S. 32–45, hier: S. 34.

34 Ebd., S. 37 f.

35 Ebd., S. 33, 35.

dieser »Entwicklung«, wie Alexander und Margarete Mitscherlich den psychischen Vorgang genannt haben,<sup>36</sup> konnten sich Millionen Deutscher neue Personalpapiere verschaffen und aus Erlebtem und Erdachtem die dazugehörigen Wunschbiographien konstruieren: Keiner war's gewesen und niemand hatte etwas gewusst. »Mitte der fünfziger Jahre«, so das Resümee des Historikers Norbert Frei, »hatte sich ein öffentliches Bewusstsein durchgesetzt, das die Verantwortung für die Schandtaten des *Dritten Reiches* allein Hitler und einer kleinen Clique von *Hauptkriegsverbrechern* zuschrieb, während es den Deutschen in ihrer Gesamtheit den Status von politisch *Verführten* zubilligte, die der Krieg und seine Folgen schließlich sogar selber zu *Opfern* gemacht hatten.«<sup>37</sup>

### Die Legende von der »sauberen Wehrmacht«

Auch die Spitzen der ehemaligen Wehrmacht folgten der Parole, die Padover bei seinen Interviews als Mehrheitsmeinung entdeckt hatte – »Hitler war's«. Im November 1945 ließen fünf führende deutsche Feldmarschälle und Generäle ungefragt der Anklagevertretung des Nürnberger Prozesses eine Denkschrift zukommen, in der sie feststellten, dass das Verhältnis der Wehrmacht zur Partei wie zu Hitler stets kühl und distanziert gewesen sei, dass man vor dem Krieg die Judenverfolgung als der deutschen Nation unwürdig abgelehnt, im Krieg aber weder Einfluss auf das verbrecherische Tun der SS gehabt, noch davon je erfahren habe und dass die Generalität Hitlers Absicht, nach dem präventiven Einmarsch in die Sowjetunion dort einen Rassen- und Vernichtungskrieg zu führen, nicht gefolgt sei: Man habe den Feldzug ritterlich nach den Regeln des Völkerrechts geführt – auch gegen Stalins Partisanenbanden und deren Terror.<sup>38</sup> Während Telford Taylor, einer der amerikanischen Ankläger im Nürnberger Prozess und der Hauptankläger in den Folgeprozessen, in diesem Vorgang schon damals »die ersten Keime der Mythen und Legenden« erkannte, mit denen die geschlagenen Generäle ihre Spur zu verwischen suchten,<sup>39</sup> wurde diese Geschichtsfälschung zu einer der Gründungslegenden der BRD, die mehr als ein halbes Jahrhundert Bestand haben sollte. Beglaubigt durch die Memoiren der Generäle, deren Titel alle auf Freispruch plädierten – *Befehl im Widerstreit, Erinnerungen eines Soldaten, Verlorene Siege, Verratene Schlachten, Heer in Fesseln*<sup>40</sup> – und flankiert von den phantastischen Heldenstücken der Landser in Illustrierten bzw. in Buchform<sup>41</sup> erhielt

sie ihr endgültiges Narrativ von der Mitte der 50er Jahre einsetzende Flut der tragisch-heroischen Kriegsfilme. Bis Mitte der 1960er Jahre machten diese bis etwa 10% der Spielfilmproduktion und deren einträglichste Sparte aus<sup>42</sup> und lieferten der Legende von der »sauberen Wehrmacht« und dem »in treuer Pflichterfüllung sich aufopfernden deutschen Soldaten« die visuelle Legitimation.<sup>43</sup> Diese Deutungsmuster verhalfen nicht nur den Millionen ehemaliger Wehrmachtssoldaten zu einer neuen, kollektiven Identität, sondern ermöglichten auch den zivilen Teilen der Nazigeneration, sich darin wiederzuerkennen. Alles, was dieser Sprachregelung nicht folgte und deren Legitimität in Zweifel zog, verfiel einer selbstgesteuerten oder von höchsten Regierungsstellen angeordneten Zensur.

Schon ganz früh machte ein junger, unbekannter Schriftsteller diese Erfahrung: Heinrich Böll, der als gläubiger Katholik und durch seinen Einsatz an der Ostfront zum Gegner des Dritten Reiches geworden war, hatte im Rahmen eines Preisausschreibens einer katholischen Zeitschrift 1947 seinen ersten Romanentwurf unter dem Titel *Kreuz ohne Liebe* vorgelegt.<sup>44</sup> Prämiert werden sollte der Text, der am besten »die weltanschauliche Auseinandersetzung des Christentums mit dem Nationalsozialismus gestaltet«.<sup>45</sup> Böll erzählt die Geschichte zweier Brüder im Dritten Reich, von denen der erste an Hitlers glaubt und sich dessen Partei zur Verfügung stellt, der andere darin nur eine fanatische Religion sieht, die Krieg will und Menschen frisst. Als Letzterer an der Ostfront wegen seiner Hilfe für die gequälte und todbedrohte Bevölkerung erschossen werden soll, rettet ihn ein Offizier – sein Bruder, der wegen Kritik an der Partei an die Front strafversetzt wurde und hier die Folgen der Hitlergläubigkeit erkennt und sühnt: Er kündigt Pflicht und Gehorsam auf und stirbt dafür unter den Kugeln der eigenen Leute. Aber Bölls Roman fiel durch. Die Jury schickte das Manuskript mit der folgenden Begründung zurück: »Die Schilderung des deutschen Heeres wird, wenn wir auch selbst sehr gegen jede Form des Militarismus sind, doch als eine zu starke Schwarz-weiß-Schilderung angesehen, die nur aus einer noch nicht objektivierten Erbitterung entnommen wird.«<sup>46</sup> Böll hat nie wieder versucht, den Roman drucken zu lassen. Sein radikalster Text erschien erst posthum im Jahre 2002.

Ein schon arrivierter Kollege – Erich Maria Remarque – sollte eine ähnliche Erfahrung machen. Der Autor

36 Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967, S. 33 f.

37 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 405.

38 Staatsarchiv Nürnberg, PS-3798; vgl. auch Manfred Messerschmidt, *Vorwärtsverteidigung. Die »Denkschrift der Generäle« für den Nürnberger Gerichtshof*, in: Hannes Heer, Klaus Naumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*, Hamburg 1995, S. 531-550.

39 Telford Taylor: *Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht*, München 1994, S. 613.

40 Friedrich Gerstenberger, *Strategische Erinnerungen. Die Memoiren deutscher Offiziere*, in: Heer/Naumann, *Vernichtungskrieg*, S. 620-633.

41 Michael Schornstheimer, »Harmlose Idealisten und draufgängerische Soldaten«. Militär und Krieg in den Illustriertenromanen der fünfziger Jahre, in: Heer/Naumann, *Vernichtungskrieg*, S. 634-650. Vgl. ders., *Die leuchtenden Augen der Frontsoldaten. Militär und Krieg in den Illustrier-*

*tenromanen der fünfziger Jahre*, Berlin 1995.

42 Gerhard Paul, *Krieg und Film im 20. Jahrhundert. Historische Skizze und methodologische Überlegungen*, in: Bernhard Chiari, Matthias Rogg, Wolfgang Schmidt (Hg.), *Krieg und Militär im Film des 20. Jahrhunderts*, München 2003, S. 3-78, hier S. 42 f.

43 Wolfgang Wegmann, *Der westdeutsche Kriegsfilm der fünfziger Jahre*, Köln 1980, S. 7. Ähnlich: Wolfgang Schmidt: »Wehrzersetzung« oder Förderung der »Wehrbereitschaft«? Die Bundeswehr und der westdeutsche Kriegs- und Militärfilm in den fünfziger und sechziger Jahren, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift*, 59 (2000), 2, S. 387-405, hier: S. 404.

44 Vgl. Hannes Heer, *Die Legende von der sauberen Wehrmacht*. Böll, Remarque, Bamm, in: ders., *Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei*, Berlin 2004, S. 170-181.

45 Heinrich Böll, *Werke*, hg. von James H. Reid, Bd. 2, 1946-1947, Köln 2002, S. 479.

46 Ebenda, S. 480.



Standbild aus dem Dokumentarfilm von Reinhard Wiener über Erschießungen von Juden in Libau im Juli 1941.

von *Im Westen nichts Neues* war schon 1932 angesichts der Gewalt-Aktionen der Nazis gegen seinen Film ins Exil geflüchtet. Nachdem sein erster in Nachkriegsdeutschland 1952 erschienener Roman über das Leben und Sterben in einem KZ ein Misserfolg gewesen war, hoffte er, mit dem Krieg ein griffigeres Thema gefunden zu haben.<sup>47</sup> Im Zentrum des Romans mit dem Titel *Zeit zu leben und Zeit zu sterben* steht der deutsche Landser Graeber, der 1943 aus Nordafrika an die Ostfront abkommandiert, dort einen Krieg erlebt, der nicht nur gegen die Rote Armee, sondern auch gegen Kriegsgefangene, Juden und Zivilbevölkerung geführt wird. Seine Zweifel wachsen, als er im Heimaturlaub von einem Schulfreund und Nazifunktionär vom Massenmord der Juden durch die SS-Einsatzgruppen in der Sowjetunion erfährt. Zu seiner Einheit zurückgekehrt, vermag er die Praxis dieser alltäglichen Verbrechen nicht mehr länger mit der Ausrede vom »Befehl von oben« zu legitimieren und erschießt den ehemaligen HJ-Führer Steinbrenner, der in der Kompanie immer der erste beim Morden war. »Mörder«, sagte er und wusste nicht, wen er meinte. Er starrte auf Steinbrenner. Er fühlte nichts. »Mörder«, sagte er noch einmal und meinte Steinbrenner und sich selbst und unzählige andere.«<sup>48</sup> Diese Sätze, die Schilderung der Verbrechen, das Ringen Graebers um den Ausweg aus der Schuld wie dessen rächende Tat suchte der Leser in dem 1954 im Kölner Verlag Kiepenheuer & Witsch erschienenen Roman vergebens – sie waren in der deutschen Ausgabe vom Verlag gestrichen oder umgearbeitet worden. Remarque hatte sofort erkannt, dass es bei den verlangten Änderungen um einen grundsätzlichen Konflikt ging: Am 27. März 1954 notierte er in sein Tagebuch: »Nachricht von Kiepenheuer über vorgeschlagene Änderungen [...]; wollen die Wehrmacht hochhalten.« Und bitter fügte der Emigrant hinzu: »Der Ton des Lehrers u. des

irgendwo: Sie waren ja nicht dabei; es war doch anders, (u. nicht ganz so schlimm).«<sup>49</sup> Remarque hatte es abgelehnt, sich an dieser Zensur zu beteiligen und den Text, wie er vermerkte, »mit schweigendem Disgust [Ekel]« an den Verlag geschickt.<sup>50</sup> Eine unzensurierte deutsche Fassung sollte erstmals im Jahre 1989 erscheinen.

Aber Böll und Remarque waren keine Einzelfälle. Auch das in Niederländisch verfasste und 1950 erstmals in deutscher Sprache publizierte Tagebuch des mit ihren Eltern 1934 aus Frankfurt nach Amsterdam geflüchteten jüdischen Mädchens Anne Frank war, so der Historiker Habbo Knoch, »in bewährter Schneidepra-

xis«, zensiert oder anders übersetzt worden, sodass alle Hinweise auf die deutsche Herkunft der Autorin wie deren deutsche Verfolger aus Wehrmacht und Gestapo in den besetzten Niederlanden fehlten. »Das Tagebuch war so weitgehend von erlebter oder imaginer Gewalt und deren Zuordnung zu deutschen Tätern gesäubert.«<sup>51</sup> Eine noch stärkere Bearbeitung erfuhr das in den USA entstandene Theaterstück zu Anne Frank, das 1955 in New York uraufgeführt und zu einem Welterfolg wurde. Die Dramatisierung habe, so der Literaturwissenschaftler Hanno Loewy, »den Charakter des Tagebuches in vielerlei Hinsicht in sein Gegenteil verkehrt«<sup>52</sup>: Im Zentrum stand jetzt eine Liebesgeschichte, und am Schluss des Stückes wurde der aus dem Zusammengang gerissene Satz »Trotz allem glaube ich noch an das Gute im Menschen« ihr Vermächtnis. »Die Hinweise, die Anne selbst in ihrem Tagebuch auf das gibt, was sie erwartet, ihr Wissen um Gaskammern, Massenmord und Lager,« so Loewy »war aus dem Szenario des Stückes fast vollständig verbannt.«<sup>53</sup> Als das Stück 1956 an westdeutschen Bühnen gespielt wurde, ähnelten die Aufführungen Gedenkveranstaltungen, wie eine Besprechung bestätigt: »In Anne Franks Tagebuch stört kaum ein falscher Ton. Es ist so nobel, ohne Spuren des Hasses geschrieben, die Verfolger, die Nazis, die Polizei erscheinen gar nicht auf der Bühne, so dass auch im Zuschauerraum kein Versuch zur Distanzierung aufkommen kann.«<sup>54</sup> Diese auf Ver-

47 Vgl. Heer, Böll, Remarque, Bamm, S. 181-191.

48 Erich Maria Remarque, *Zeit zu leben und Zeit zu sterben*, Köln (1989) 1998, S. 398.

49 Erich Maria Remarque, *Das unbekannte Werk*, hrsg. von Thomas F. Schneider und Tilman Westphalen, Bd. 5, Köln 1998, S. 495.

50 Ebd.

51 Habbo Knoch, *Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur*, Hamburg 2001, S. 500 f.

52 Hanno Loewy, *das gerettete Kind. Die ‚Universalisierung‘ der Anne Frank*, in: Stephan Braese, Holger Gehle, Doron Kiesel, Hanno Loewy (Hg.), *Deutsche Nachkriegsliteratur und der Holocaust*, Frankfurt, New York 1998, S. 19-41, hier: S. 25.

53 Ebd., S. 30.

54 *Die Zeit*, 4. 10. 1956.

söhnung gestimmte Rezeption bestimmte auch die Lektüre des seit 1955 vorliegenden Taschenbuchs und trug zu dessen Verkaufserfolg bei: Innerhalb von drei Jahren wurden in Westdeutschland 700 000 Exemplare verkauft.<sup>55</sup>

Ähnliche Bearbeitungen erfuhren ausländischen Filme, die auf unliebsame Weise an die Existenz und die Verbrechen des Dritten Reiches erinnerten, wie das Beispiel des unter Emigranten und Nazispielen im damals französischen Tanger spielenden und 1942 in den USA präsentierten späteren Welterfolges *Casablanca*, mit Humphrey Bogart und Ingrid Bergman in den Hauptrollen, zeigt: »1952 gelangte eine gekürzte und in der Synchronisation verfälschte Fassung in die bundesdeutschen Kinos«, kann man im *Lexikon des internationalen Films* nachlesen. »Alle Hinweise auf Nationalsozialismus und Vichy-Regime [im besetzten Frankreich] waren getilgt, die politischen Konflikte zu einer Agentengeschichte vereinfacht und der [europaweit aktive und von den Nazis gejagte] Widerstandskämpfer [Victor Laszlo] in einen norwegischen Atomphysiker verwandelt.«<sup>56</sup> 1956 erregte der von Alain Resnais über die Ermordung der Juden in Auschwitz gedrehte Dokumentarfilm *Nacht und Nebel* einen internationalen Skandal, weil es der Bonner Regierung gelungen war, die Aufführung des Films im Hauptprogramm der Filmfestspiele in Cannes zu verhindern. Der Film könne dazu beitragen, »den durch die nationalsozialistischen Verbrechen erzeugten Hass gegen Deutschland in seiner Gesamtheit wieder zu beleben«, argumentierte der Staatssekretär des Innenministeriums Hans Ritter von Lex, der 1936 im Dienste der NS-Regierung die Olympischen Sommer- und Winterspiele in Deutschland organisiert hatte.<sup>57</sup>

Entscheidender noch als diese Manipulation der Medien bezüglich der Verbrechen des Dritten Reiches war der direkte Eingriff einer Gruppe von Tätern in ihre eigene Geschichte. Die Akten der Wehrmacht ab Divisionsebene waren ab 1944 wegen der Bombengefahr aus dem Heeresarchiv Potsdam in sichere Orte des Reiches ausgelagert worden. Dort fielen sie entweder dem vor Kriegsende ergangenen Befehl Hitlers, alles zu verbrennen, zum Opfer oder sie gerieten in die Hände der Alliierten.<sup>58</sup> Auffällig ist, dass von den erhaltenen Unterlagen ein spezieller Aktenbestand größte Lücken aufweist – die Tätigkeitsberichte der für die Bekämpfung der »politischen Gegner«, also der Kommunisten, Juden und Partisanen, zuständigen Stabsabteilung I c. Abgesehen von den beim unerwarteten Rückzug im Winter 1941/42 »durch Feindeinwirkung« oder im Fortgang des Feldzuges »aus abwehrmäßigen Grün-

den« vernichteten Berichte,<sup>59</sup> dürfte die Masse der fehlenden Akten nach dem Krieg entfernt worden sein. Verantwortlich dafür war die *Historical Division*, jenes von der US-Army schon 1945 etablierte Projekt, in dem ausgewählte deutsche Truppenführer und Stabsoffiziere der Wehrmacht ihre Kriegserfahrungen niederschreiben und Fragestellungen ihrer ehemaligen Gegner bearbeiten sollten. Ab 1946 waren unter der Leitung von Franz Halder, dem ehemaligen Chef des Generalstabs des Heeres, mehr als 300 deutsche Spitzenmilitärs daran beteiligt. Für die ehemaligen Befehlshaber bot dieses beispiellose Zeitzeugenprojekt die einmalige Chance, die Geschichte des vergangenen Weltkriegs und der untergegangenen Wehrmacht in ihrem Sinne umzuschreiben: »Es werden die *deutschen* Taten, vom deutschen Standpunkt gesehen, festgelegt und dadurch unseren Truppen ein Denkmal gesetzt«, so lautete die Maxime. Dabei dürfe »keine Kritik an Führungsmaßnahmen« erfolgen und es müsse Sorge getragen werden, dass niemand »irgendwie belastet« werde.<sup>60</sup> Das Unternehmen gelang: Die *Historical Division* wurde, da die Ausarbeitungen der Ex-Generäle auch im Militärarchiv Freiburg abgelegt und für Jahrzehnte als offizielle Quellen galten, zur Zentrale der Geschichtsschreibung über die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg: Erstmals wurde die Geschichte einer Epoche nicht von den Siegern geschrieben, sondern war, so der Militärgeschichtler Bernd Wegner, »eine Geschichtsschreibung der Besiegten [...]«.<sup>61</sup> Entsprechend galt es, alle Trübungen des gewünschten Bildes zu entfernen. Dass das wörtlich gemeint war, hat der zur Führungsgruppe der *Historical Division* gehörende ehemalige Panzergeneral Geyr von Schweppenburg, in einer Urfassung seiner Memoiren bestätigt: »Belastungspapiere für Nürnberg wurden mit amerikanischer Hilfe [...] auf deutsche Einflussnahme aus dem Akt [von General Siegfried Westphal] entfernt.«<sup>62</sup> Man kann annehmen, dass solche Aktionen nicht nur in der Zeit der Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse vorkamen. Im Zeichen des *Kalten Krieges* ab Ende der 1940er Jahre ging es nicht mehr nur um Geschichtsschreibung – jetzt wurden bei Halders 150 Mitarbeitern auch Studien für einen möglichen neuen Krieg im Osten angefordert.<sup>63</sup> Und die westdeutschen Sowjet-Experten arbeiteten längst nicht mehr in Inter-

55 Ebd. S. 499.

56 *Lexikon des internationalen Films*, hrsg. vom katholischen Institut für Medieninformation und der katholischen Filmkommission für Deutschland, 3 Bände, Bd. 2, Frankfurt/Main 2002, S. 448.

57 Martina Thiele, *Publizistische Kontroversen über den Holocaust im Film*, Berlin 2007, S. 182.

58 Hannes Heer, *Verwischen der Spuren. Vernichtung der Erinnerung. Die Wehrmacht als Chronist*, in ders., *Vom Verschwinden der Täter*, 67–104, hier: S. 101 f.

59 35. ID/Abt. Ic, Vermerk 2. 4. 1943, BA-MA RH 26- 35/88 und 134. ID/ Abt. Ic, Vorspann Tätigkeitsbericht 16. 12. 1941 – 15. 4. 1942, BA-MA RH 26- 134/110; ähnliche Vermerke bei der 31. ID, 45. ID, 258. ID.

60 Weisung des ehemaligen Generalfeldmarschalls Georg von Kuchler an seine Mitarbeiter im Historical-Division-Lager Garmisch vom 7.3.1947, zit. bei Bernd Wegner, *Erschriebene Siege*. Franz Halder, die »Historical Division« und die Rekonstruktion des Zweiten Weltkrieges im Geiste des deutschen Generalstabes, in: *Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit*. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, hg. von Ernst Willi Hansen und Bernd Wegner, München 1995, S. 287–302, hier S. 294 f.

61 Ebenda, S. 287.

62 Leo Geyr von Schweppenburg, *Harte Tatsachen. Ein militärpolitisches Zeitbarometer*. III. Fragebogen G. Westphal, in: *Nachlaß Geyr von Schweppenburg*, Bd. 43, Institut für Zeitgeschichte München Ed 9; ähnlich: ders., *Erinnerungen*, *Nachlaß*, Bd. 46, S. 6; die Berufung von Schweppenburgs war schon am 25. 5. 1945 durch das Hauptquartier der 7. US-Armee erfolgt, vgl. *Nachlaß*, Bd. 42; auf diesen Vorgang hat zum ersten Mal hingewiesen: Gerd Ueberschär, *Generaloberst Halder. Generalstabschef, Gegner und Gefangener Hitlers*, Göttingen-Zürich 1991, S. 95.

63 Christopher Simpson, *Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA*, Wien 1988.

nierungslagern, sondern in Heimarbeit – die Akten der Wehrmacht wurden ihnen jetzt für ihre Arbeit frei Haus geliefert.<sup>64</sup> Hier dürfte die Entfernung der Ic-Akten, jetzt auch im Interesse ihrer neuen Alliierten, stattgefunden haben. Der im Privaten so skrupellose Halder war nämlich, wenn es um sein Lebenswerk ging, skrupellos: Er hatte seinen Entschluss, für die *Historical Division* zu arbeiten, damit begründet, »den Kampf gegen den Bolschewismus fortzusetzen«.<sup>65</sup>

Das Instrument für diesen Kampf stand mit der Gründung der Bundeswehr und dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO ab 1955 zur Verfügung. Als Vorbedingungen für diese Schritte hatten die für den Truppenaufbau verantwortlichen Ex-Generäle der Wehrmacht eine Ehrenerklärung Dwight D. Eisenhowers, des ehemaligen Oberbefehlshabers der alliierten Truppen in Europa im Krieg und jetzigen Oberkommandierenden der europäischen NATO-Streitkräfte gefordert. Am 23. Januar 1951 erklärte der damals prominenteste US-General in Frankfurt: »[Ich] bin zu der Überzeugung gekommen, dass ein wirklicher Unterschied zwischen deutschen Soldaten und Offizieren als solchen und Hitler und seiner kriminellen Gruppe besteht«.<sup>66</sup> Diese Erklärung stand in völligem Widerspruch zu dem, was der General in seiner drei Jahre vorher publizierten Autobiographie *Kreuzzug in Europa* über die »Nazi-Soldaten« und seine mit dem Fortgang des Krieges »beständig [gewachsene] Erbitterung gegen die Deutschen« geschrieben hatte.<sup>67</sup> Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer gab 1951 vor dem Bundestag eine Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten ab: Die Zahl derjenigen, die sich wirklich schuldig gemacht hätten, sei so »außerordentlich gering und so außerordentlich klein«, dass davon die Ehre der früheren Wehrmacht nicht in Frage gestellt worden sei.<sup>68</sup> Wie Eisenhower hatte auch der Kanzler früher ganz anders geurteilt: 1946 schrieb er einem Freund, das deutsche Volk habe gewusst, »dass die Gestapo, unsere SS und zum Teil auch unsere Truppen in Polen und Russland mit beispiellosen Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung vorgingen.«<sup>69</sup> Jetzt, nur wenige Jahre später, als man diese Kriegsverbrecher als Generäle für den Aufbau einer neuen Streitmacht brauchte, hatte er seine Meinung geändert und drohte den Alliierten, es werde keine neue deutsche Armee geben, solange sich noch deutsche Soldaten in alliierter Haft befänden.<sup>70</sup> Nach Eisenhowers Ehrenerklärung öffneten sich für die in Nürnberg verurteilten Generäle die Gefängnisse.<sup>71</sup> Hatte

die Nazigeneration schon den Übergang des Zweiten Weltkrieges in das Frontensystem des Kalten Krieges als eine nachträgliche Bestätigung für die Richtigkeit von Hitlers antisowjetischen Kurs – einschließlich des barbarischen Vorgehens der Wehrmacht in der Sowjetunion – begriffen, so wurde die Ehrenerklärung des ehemaligen Gegners von der Öffentlichkeit als die endgültige Rehabilitierung der ehemaligen deutschen Wehrmacht verstanden.

Um für deren Angehörige jedes Restrisiko, wegen ihrer Taten doch noch einmal belangt vor Gericht belangt zu werden, auszuschließen, sorgte die Bundesregierung für umfassenden Rechtsschutz: Die am 1. Dezember 1958 wegen der ständigen Enthüllungen über in Schlüsselstellungen tätige Ex-Nazis in Ludwigsburg eingerichtete *Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen* zur Ermittlung von NS-Verbrechen durfte nur tätig werden bei Verbrechen an Zivilisten »außerhalb der eigentlichen Kriegshandlungen«, womit die Massenexekutionen der Juden durch die SS-Einsatzgruppen gemeint waren, und bei Verbrechen der SS-Wachmannschaften »in Konzentrationslagern und ähnlichen Lagern«. »Reine« Kriegsverbrechen wie die Ermordung von sowjetischen Kommissaren und Kriegsgefangenen, Juden und anderer als »Partisanen« verdächtigter Zivilisten waren dagegen von der Verfolgung ausgeschlossen.<sup>72</sup> Damit, so der Historiker Rüdiger Fleiter, war es gelungen, »ehemalige Wehrmachtssoldaten der Ludwigsburger Verfolgung zu entziehen, indem argumentativ Verbrechen der Wehrmacht grundsätzlich vom Holocaust abgetrennt wurden.«<sup>73</sup> Als im Verlauf der 1960er Jahre die Verfolgung durch die *Zentralen Stelle* intensiviert und auch ausländische Archive ausgewertet werden durften, wurden im Zusammenhang mit Straftaten der SS auch über 1000 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Soldaten der Wehrmacht eingeleitet. In »keinem Falle« aber, so berichtete der Leiter der *Zentralen Stelle* in den 1980er und 90er Jahren, Alfred Streim, sei es zu einer Anklage gekommen. Streims kritisches Fazit: »Durch das Verhalten der westdeutschen Politiker [...] und das Nachgeben der Alliierten in der »Kriegsverbrecherfrage« wurde die Wehrmacht [...] »sauber.«<sup>74</sup>

## Der Aufstand gegen die Nazigeneration und das Ende der Nachkriegszeit

Jürgen Habermas hat zwei Lügen als für die Geschichte der Bundesrepublik konstitutiv genannt: »Wir sind Demokraten« und »Wir sind wieder »normal« geworden«. Die erste Lüge sei durch die

64 Ueberschär, Generaloberst Halder, a. a. O., S. 93 f.

65 Charles Burdick, Vom Schwert zur Feder. Deutsche Kriegsgefangene im Dienst der Vorbereitung der amerikanischen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1971, 2, S. 75.

66 Wolfram Wette, Die Wehrmacht. Feindbilder. Vernichtungskrieg. Legenden, Frankfurt/Main 2002, S. 233.

67 Dwight D. Eisenhower, Kreuzzug in Europa, Amsterdam 1948, S. 488, 534.

68 Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Berlin 1999 (1994), S. 229.

69 Konrad Adenauer an Pastor Dr. Bernhard Custodis, 23. 2. 1946, in: ders., Briefe 1945-1947, (Rhöndorfer Ausgabe) hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1983, S. 172 ff.

70 Alfred Streim, Saubere Wehrmacht? Die Verfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechen in der Bundesrepublik und in der DDR, in: Heer/Nauermann, Vernichtungskrieg, S. 569-597, hier: S. 592.

71 Annette Weinke, Die Nürnberger Prozesse, München 2006, S.

48-98; Gerd R. Ueberschär (Hg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952, Frankfurt/M. 1999, S. 73-210.

72 Rüdiger Fleiter, Die Ludwigsburger Zentrale Stelle – eine Strafverfolgungsbehörde als Legitimationsinstrument? Gründung und Zuständigkeit 1958bis 1965, in: Kritische Justiz, 5. Jg., 2002, S. 253-272, hier S. 263. Zur Geschichte: Annette Weinke, Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle Ludwigsburg 1958 bis 2008, Darmstadt 2008.

73 Fleiter, Zentrale Stelle, S. 265.

74 Streim, Saubere Wehrmacht? S. 578, 593.

Studentenbewegung in den Jahren 1965 bis 1969 zertrümmert worden.<sup>75</sup> Dem kann ich als Mitglied des SDS und aktiver Teil dieses Aufstandes nur zustimmen. Wir haben zwar, was uns von den Leuten, die später alles besser wissen, vorgeworfen wird, in der Tat wenig zur Aufdeckung des Holocaust wie der Schicksale der Opfer und rein gar nichts zur Aufklärung über die Wehrmachtsverbrechen beigetragen. Aber wir haben das Schweigen über das Dritte Reich beendet, indem wir dessen Kontinuität unter der demokratischen Maske der »Bundesrepublik Deutschland« offengelegt und ein fast autoritäres System mit mehrheitlich totalitärem Personal in Aktion gezeigt haben. Dieser Bruch hat zu einem gesellschaftlichen Wandel geführt, der erst die neue Haltung im politischen Umgang mit der deutschen Vergangenheit und den hochsymbolischen Kniefall Willy Brandts am Mahnmahl des Warschauer Ghetto-Aufstandes möglich machte. Die Folgen dieser Öffnung zeigten sich nicht in einer Zunahme fundierter historischer Studien zu den genannten Themen, sondern völlig überraschend in einer Fernsehserie.

Die in den USA erstmals ausgestrahlte Serie *Holocaust* erzählte am Beispiel der Geschichte zweier deutscher Familien in Berlin, die sich kannten und lose miteinander zu tun hatten, die Stationen der »Endlösung«: Protagonist war die sechsköpfige Familie des jüdischen Arztes Dr. Josef Weiss, von der nur zwei Angehörige den Schrecken der Konzentrations- und Vernichtungslager überlebten, als ihr Antipode trat der Jurist Erik Dorf auf, der als hoher SS-Führer den Holocaust organisierte und am Ende des Krieges Gift nahm. Ende Januar 1979 erlebte die auf Initiative des WDR gegen heftigen Widerstand vornehmlich süddeutscher Anstalten angekaufte Serie in den Dritten Programmen der ARD ihre deutsche Erstaufführung. Sie wurde mit Einschaltquoten bis zu 40 % zum bis dahin größten Ereignis der deutschen Fernsehgeschichte. Mehr als 20 Millionen Menschen, fast die Hälfte aller Erwachsenen in der Bundesrepublik, hatten die Serie gesehen,<sup>76</sup> 30 000 Zuschauer riefen nach den Sendungen beim WDR an und mehr als 100 000 Briefe gingen dort ein.<sup>77</sup> In einer bundesweiten Umfrage äußerten sich 73 % der Befragten positiv und nur 7 % negativ. Die Mehrheit berichtete von Erschütterung, Tränen und Scham als Reaktion auf die Sendungen.<sup>78</sup> Das Fernsehen hatte den *Holocaust* in die deutschen Wohnzimmer getragen und damit zum Familiengespräch gemacht. Ernst Kogon, sechs Jahre Häftling in Buchenwald und Verfasser der ersten 1946 erschienenen Darstellung des deutschen KZ-Systems, konstatierte »Ein Bann ist gebrochen«, und deutete an, warum: »Man kann über die schrecklichen Dinge bis in die Schuld- und Mitschuldfrage [...] endlich miteinan-

der sprechen.«<sup>79</sup> Und der jüdische Philosoph Günther Anders, der 1933 aus Deutschland vertrieben wurde, hat die Serie so kommentiert: »Nun erst sind die Deutschen in die Nach-Hitler-Ära eingetreten. [...] Der Schock, der im Jahre 45 hätte eintreten müssen, [ist] nun erst eingetreten [...].«<sup>80</sup>

Überraschend war, dass die Konfrontation mit dem Mord an den europäischen Juden auch das Schweigen über die Rolle der Wehrmacht vor allem in Polen und in der Sowjetunion aufgebrochen hatte. »Dutzende von Anrufern«, so war es in einem Verlaufsprotokoll über die Reaktionen der Zuschauer vermerkt, »baten wiederholt um die Klärung des Verhältnisses von Wehrmacht und Waffen-SS [...]. Ehefrauen riefen an, sie wären misstrauisch gegenüber ihren Männern geworden, sie wüssten nicht, was diese in der NS-Zeit gemacht hätten. [...] Söhne teilten mit, sie hätten ihre Väter gefragt, die als Soldaten an der Ostfront waren, ob sie nichts von Auschwitz, Sobibor, Belsec und Treblinka gehört hätten. Väter riefen empört im Studio an, sie müssten sich vor ihren Söhnen rechtfertigen.«<sup>81</sup> In den Briefen äußerten sich die Zuschauer deutlicher und berichteten von den Massenverbrechen an den Juden im Osten, deren Zeuge sie als Soldaten, Rotkreuzschwestern oder Angehörige der Bauorganisation OT gewesen waren. Sie berichteten auch immer wieder von Wehrmachtseinheiten, die sich an den Erschießungen beteiligt hatten.<sup>82</sup> Es zeigte sich, dass die Erinnerung an die Verbrechen nicht völlig gelöscht, sondern nur stillgelegt worden war. Ausgelöst durch die Erschütterung und Beschämung über das Schicksal der Familie Weiss, war sie zurückgekehrt. Auch eine zweite irritierende Erkenntnis stellte sich ein – die Geschichte des Dritten Reiches und dessen Verbrechen war zugleich die Familiengeschichte von jedermann/jederfrau. Diese Einschätzung sollte durch die Auseinandersetzungen der folgenden beiden Jahrzehnte bestätigt werden, in denen die Deutschen der zweiten Generation das nachholten, was die erste, die der Täter und Mitläufer, versucht hatte, dem Vergessen zu übereignen.

Im Zentrum stand dabei eine einzige Frage. Der Althistoriker Christian Meier, damals Vorsitzender des deutschen Historikerverbandes und der geschichtspolitisch sensibelste seiner Zunft, hatte sie im Januar 1986 in einem Vortrag in Tel Aviv so formuliert: »Die alte Frage [ist] weiter offen, ob und wie wir anerkennen, was wir zwischen 1933 und 1945 angerichtet haben. [...] Waren wir das, also das deutsche Volk – oder nur unsere Eltern und Großeltern, (die inzwischen tot oder an der Schwelle des Todes sind), das deutsche Bürgertum (oder eher Kleinbürgertum), *der Faschismus*, nur ein paar Verbrecher unter uns (in einer im Ganzen *anstän-*

75 Jürgen Habermas, Die zweite Lüge der Bundesrepublik: Wir sind wieder »normal« geworden, Zeit, 11. 12. 1992.

76 Uwe Magnus, Die Einschaltquoten und Sehbeteiligungen, in: Peter Märthesheimer, Ivo Frenzel (Hg.), Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm »Holocaust«. Eine Nation ist betroffen, Frankfurt/Main, 1979, S. 221-224, hier: S. 222 f.

77 US-Fernsehserie »Holocaust«. Völkermord zur Prime-Time, SPIEGEL-Online, 15. 8. 2014

78 Martina Thiele, Publizistische Kontroversen über den Holocaust im Film, Berlin 2007, S. 313 f.

79 Eugen Kogon, Der Neonazismus in Bedrängnis und Angriff, in: Frankfurter Hefte, 3 (1979) S. 2-4, hier: S. 2.

80 Günther Anders, Nach »Holocaust« 1979, in: ders., Besuch im Hades, München 1979, S. 179-216, hier: S. 181.

81 Julius Schoeps, Angst vor der Vergangenheit? Notizen zu den Reaktionen auf »Holocaust«, in: Märthesheimer/ Frenzel, Im Kreuzfeuer, S. 225-230, hier: S. 226, 228 f.

82 Heiner Lichtenstein, Michael Schmid-Ospach (Hg.), Holocaust. Briefe an den WDR, Wuppertal 1982, S. 82-108, hier: S. 82-99.

dig geliebten Nation) oder war es gar nur Hitler?«<sup>83</sup> Diese Frage sollte in den neunziger Jahren aus unterschiedlichen Perspektiven beantwortet werden – durch Steven Spielbergs Film *Schindlers Liste*, Christopher Brownings Studie zum Hamburger Polizeibataillon 101, die Tagebücher Victor Klemperers, Daniel Goldhagens Publikation über die Deutschen als »Hitlers willige Vollstrecker« und nicht zuletzt durch die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*.

### Die kurze Geschichte der Wehrmachtsausstellung<sup>84</sup>

Schon der Haupttitel machte deutlich, dass es sich um einen neuen Typ von Krieg handelte, der nämlich eines entgrenzten, weil außerhalb der Regeln des Völkerrechts geführten Krieges. Hitler hatte die Befehlshaber des Ostkrieges in einer Rede im März 1941 in Kenntnis gesetzt, dass es sich bei dem folgenden Feldzug um einen »Kampf zweier Weltanschauungen« und um einen »Vernichtungskampf« handeln werde, der sich »sehr unterscheiden [würde] vom Kampf im Westen«.<sup>85</sup> Entsprechend lautete die Instruktion des obersten Heeresrichters an die Truppe, dass gegen die Sowjetunion »Rechtsempfinden u. U. hinter Kriegsnotwendigkeit zu treten habe. Erforderlich ist daher: Rückkehr zum alten Kriegsbrauch; [...] Träger der feindlichen Einstellung nicht konservieren, sondern erledigen«.<sup>86</sup>

Die Wehrmachtsführung hatte im Rahmen von Hitlers Grundsatzklärung vier in der Forschung »verbrecherische Befehle« genannte Anweisungen erlassen und sich mit anderen NS-Dienststellen auf zwei weitere Großverbrechen geeinigt: 1. Alle gefangengenommenen Kommissare der Roten Armee verdienten, als »Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden«, keine »völkerrechtliche Rücksichtnahme«, sondern waren »grund-

sätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen«.<sup>87</sup> 8 000 bis 12 000 Offiziere wurden die Opfer dieses Befehls.<sup>88</sup> 2. Im Ostkrieg, so hatte Hitler die Generalität instruiert, müsse man »von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken« – der sowjetische Kriegsgefangene sei »vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad.«<sup>89</sup> Die Befehle zur Behandlung der Kriegsgefangenen folgten dieser Maxime, indem sie die Rotarmisten nicht als zum Kriegsdienst Eingezogene, die nur ihre soldatische Pflicht erfüllten, vorstellten, sondern diese als »Todfeinde« Deutschlands und als zu »Verbrechen« jeder Art »geschulte Gegner« bezeichneten, die »dadurch [...] jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren« hätten.<sup>90</sup> Aufgrund dieser Definition wurde den Gefangenen das Recht auf angemessene Unterbringung, ausreichende Ernährung, sanitäre Versorgung und medizinische Betreuung verweigert. 3, 3 von 5, 7 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener verloren aufgrund dieser völkerrechtswidrigen Behandlung durch die Wehrmacht ihr Leben.<sup>91</sup> 3. Die für Delikte der Zivilbevölkerung üblicherweise zuständigen Kriegsgerichte wurden abgeschafft: »Freischärler«, »feindliche« oder »verdächtige Zivilpersonen« mussten von der Truppe an Ort und Stelle unschädlich gemacht werden. Wenn einzelne Täter oder Verdächtige nicht gefasst werden konnten, erfolgten »kollektive Gewaltmaßnahmen«, d. h. Abbrennen der Dörfer und Erschießung der Bewohner. Auch wenn es dabei zu »Verbrechen oder Vergehen« deutscher Soldaten komme, bestehe gegen diese »kein Verfolgungszwang«.<sup>92</sup> Von den 15 Millionen getöteter sowjetischer Zivilisten dürfte ein beträchtlicher Teil aus diesen Gründen ums Leben gekommen sein, vor allem als die Wehrmacht ab 1942 flächendeckende »Großunternehmen« gegen Partisanen startete und später mit Unterstützung von SS-Verbänden ganze Gebiete durch Evakuierung, Deportation zur Zwangsarbeit oder Erschießung der Bevölkerung zu »Toten Zonen« machte.<sup>93</sup> 4. Die *Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland*, die jeder Soldat in die Hand gedrückt bekam, nannten als Gegner, die außerhalb der Roten Armee »rücksichtslos und energisch« zu bekämpfen waren, vier Gruppen – »bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden.«<sup>94</sup> Das erlaubte der Truppe, ohne Skrupel den militärischen mit dem politisch-rassistischen Krieg zu verbinden. 5. Da sich die Wehrmacht »aus dem Land« ernähren und alle Überschüsse der Heimat zuführen musste, war im Mai 1941 von den beteiligten Ministerien in Berlin eingeplant worden, dass »zig Millionen verhungern« müssten,<sup>95</sup> eine Zahl, die Himmler

83 Ebd..

84 Zur Geschichte der Ausstellung vgl. Hannes Heer, Von der Schwierigkeit, einen Krieg zu beenden. Reaktionen auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 45. Jg. 1997, Heft 12, S. 1086–1100; Bernd Greiner, Bruch-Stücke, in: Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1943«, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1999, S. 15–86; Johannes Klotz, Die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«. Zwischen Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik, in: Detlef Bald, Johannes Klotz, Wolfram Wette, Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege, Berlin 1999, S. 116–176; Jan Philipp Reemtsma, Was man plant und was daraus wird. Gedanken über ein prognostisches Versagen, in: Michael Th. Greven, Oliver von Wrochem (Hg.), Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik, Opladen 2000, S. 273–290; Walter Manoschek, »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«. Innenansichten einer Ausstellung, in: zeitgeschichte, 29. Jg., März/April 2002, Heft 2, S. 64–75; Hannes Heer, Vom Verschwinden der Täter. Die Auseinandersetzungen um die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«. in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 50. Jg., 2002, Heft 10, S. 869–898. Eine erweiterte Fassung dieses Aufsatzes erschien unter dem Titel »Vom Verschwinden der Täter. Die bedingungslose Kapitulation der zweiten Wehrmachtsausstellung, in: ders., Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004, S. 12–66.

85 Gerd R. Ueberschär, Wolfram Wette (Hg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. »Unternehmen Barbarossa« 1941, Frankfurt/Main 1991, S. 249.

86 Ebd., S. 283 f.

87 Ebd., S. 259.

88 Felix Römer, Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn 2008, S. 562.

89 Ueberschär/Wette, Unternehmen Barbarossa, S. 249.

90 Ebd., S. 261, 301, 297.

91 Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.

92 Ueberschär/Wette, Unternehmen Barbarossa, S. 252 f.

93 Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 859–1054; Hannes Heer, Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: ders., Tote Zonen. Die deutsche Wehrmacht an der Ostfront, Hamburg 1999, S. 41–79.

94 Ueberschär/Wette, Unternehmen Barbarossa, S. 258.

95 Ebenda, S. 323.

schon Mitte Juni präziser auf 30 Millionen bezifferte.«<sup>96</sup> In Leningrad allein starben, wie man weiß, während der Blockade durch deutsche Truppen fast 1 Million Menschen. 6. Schließlich war zwischen Wehrmacht und SS schon im März vereinbart worden, dass hinter der Front vier motorisierte Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SD zur »Durchführung besonderer sicherheitspolizeilicher Aufgaben« tätig werden würden. Diese SS-Kommandos führten ihre Aktionen »in eigener Verantwortlichkeit« durch, waren aber der Wehrmacht bezüglich »Marsch, Versorgung und Unterbringung unterstellt« und mussten die betreffenden Wehrmachtstäbe über ihre Aktionen vorab unterrichten.«<sup>97</sup> Mit den »besonderen sicherheitspolizeilichen Aufgaben« der Einsatzgruppen war, wie Reinhard Heydrich, der Leiter des *Reichssicherheitshauptamtes*, im Juni 1941 präzisierte, zunächst die Exekution der »Juden in Partei- und Staatstellen«, also der »jüdischen Intelligenz«, gemeint. Schon in den ersten Wochen des Krieges wurde diese Maßnahme zur sukzessiven Ermordung ganzer jüdischer Gemeinden und dann aller Juden ausgeweitet.<sup>98</sup> Diesem Holocaust »auf freiem Feld«<sup>99</sup> fielen mindestens 2, 2 Millionen sowjetischer Juden zum Opfer.

Die Ausstellung demonstrierte diesen von Beginn an völkerrechtswidrigen Krieg anhand dreier Fallstudien. Man sah, wie im Militärverwaltungsbezirk Serbien innerhalb des ersten Kriegsjahres 1941 alle männlichen Juden – mindestens 10 000 – als »Geiseln« für mögliche jugoslawische Widerstandsaktionen verhaftet und dann sukzessive ermordet wurden. Man wurde Zeuge, wie die 6. Armee – die in Stalingrad verbluten sollte – auf ihrem Weg durch die Ukraine von Juni bis Dezember 1941 die Einsatzgruppen der SS tatkräftig beim Holocaust »auf freiem Feld«, so bei der Erschießung von 34 000 Juden in Babi Jar, unterstützte und den Hungertod zehntausender Zivilisten verursachte. Man erlebte, wie die Wehrmacht während der dreijährigen Besetzung von Weißrussland vom ersten Tag an einen unerbittlichen Krieg gegen die als »partisanenverdächtig« geltende Zivilbevölkerung führte, für die Ermordung von 700 000 Gefangenen verantwortlich war und schon auf dem Vormarsch durch die namentliche Erfassung, die Kennzeichnung und die Ghettosierung der Juden wie durch das Mitwirken bei den Massenerschießungen der Einsatzgruppen zum Komplizen der »Endlösung« wurde. Aufgrund dieser alltäglichen Praxis des Verbrechens formulierte die Ausstellung drei Thesen: 1. Der Holocaust begann in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, und die Wehrmacht war daran in vorab geplanter und arbeitsteiliger Weise beteiligt. 2. Die Verbrechen an den Juden wie an den andern Teilen der Zivilbevölkerung waren nicht nur das Werk einer hitlerhörigen Generalität und einiger fanatischer Nazioffiziere, sondern sie wurden auch von der Truppe ausgeführt, ohne dass es zu auffälligem Widerstand gekommen wäre. 3. Dafür verantwortlich war ein schon vorhandener und im Krieg radikalisiertes Rassismus, der es ermöglichte, den von Hitler und der Wehrmachtsführung als Kriegsziel verlangten Mord an

Juden und Slawen ohne moralische Skrupel als »normale Kriegshandlung« zu verstehen und auszuführen.<sup>100</sup>

Als der ehemalige Wehrmachtsoffizier und Ritterkreuzträger Klaus von Bismarck am 5. März 1995 in Hamburg die Ausstellung eröffnet hatte, wurde diese von der *Zeit* als »die wichtigste historische Ausstellung seit langem« begrüßt: Anstatt der »Legende von der »sauberen Wehrmacht« werde endlich »die fürchterliche Wahrheit« offenbar, »die sich gegen eine Mauer einvernehmlichen Schweigens in der deutschen Öffentlichkeit nie durchsetzen konnte.«<sup>101</sup> Das war auch der Tenor der meisten anderen Zeitungen. Eine markante Gegenposition bezog, nach einem ersten positiven Artikel<sup>102</sup> und monatelangem Schweigen, die *Frankfurter Allgemeine*: Günther Gilllessen nannte die Ausstellung ein »Pamphlet«, das einem nach Anlässen süchtigen »Schuldempfinden« entspreche und machte, wie bisher üblich, die SS für alle Verbrechen verantwortlich. In einem weiteren Artikel bestritt er die Existenz der Legende von der »sauberen Wehrmacht« und unterstellte den Autoren, sie würden eine neue, die der »verbrecherischen Wehrmacht« aufbauen.<sup>103</sup> Zeitgleich ließ der ehemalige Jagdflieger der Wehrmacht, Fernsehponier beim NDR und Sozialdemokrat Rüdiger Proske vom Bundeskanzler Kohl über Minister Rühle bis zu Abgeordneten wie Alfred Dregger eine Broschüre zirkulieren, in der er die Ausstellungsmacher als »Altkommunisten und Spät-68er« diffamierte, die mit Hilfe der »Roten Zelle des *Militärgeschichtlichen Forschungsamtes*«, d. h. der ehemaligen wehrmachtskritischen Historikergruppe unter deren Leiter Manfred Messerschmidt, der Bundeswehr schaden wollten.<sup>104</sup> Wenig später beschuldigte Proske den Ausstellungsleiter, »ein Schüler von Goebbels« zu sein.<sup>105</sup> Auch Helmut Schmidt protestierte heftig in der *Welt am Sonntag* gegen das von der Ausstellung verbreitete »Horrorbild« einer verbrecherischen Wehrmacht.<sup>106</sup> Für ihn waren Jan Philipp Reemtsma und Hannes Heer Leute, die »einen gewissen autosuggestiven Masochismus gegenüber dem eigenen Land für ihre Aufgabe halten.«<sup>107</sup>

Diese prominenten Feinderklärungen von 1995/96 zeigten Folgen. Zunächst hatte das Verteidigungsministerium in internen Stellungnahmen festgestellt, dass an den in der Ausstellung »aufgeführten Quellen der

96 Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 52 ff.

97 Ueberschär/Wette, *Unternehmen Barbarossa*, S. 250.

98 Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003, S. 553-561, hier: S. 559 f.

99 Knoch, *Die Tat als Bild*, S. 28.

100 Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Ausstellungskatalog, Hamburg 1996.

101 Karl-Heinz Janssen, *Als Soldaten Mörder wurden*, *Die Zeit*, 17. 3. 1995.

102 Wolfram Wette, *Die Legende von der sauberen Wehrmacht*, *FAZ*, 6. 4. 1995.

103 Günther Gilllessen, *Zeugnisse eines vagabundierenden Schuldempfindens*, *FAZ*, 6. 2. 1996; ders., *Die Ausstellung zerstört nicht eine Legende – sie baut eine neue auf*, *FAZ*, 6. 4. 1997.

104 Rüdiger Proske, *Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken*, Mainz 1996. Liste der Adressaten, darunter Kohl, Rühle, Dregger usw. vgl. Brief vom Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA), Werner Rahn, vom 3. 1. 1996, wahrscheinlich an den Minister Volker Rühle, Archiv Hannes Heer. Rahn attestiert Proskes Text, dass dieser »noch nicht einmal ansatzweise die Kriterien einer wissenschaftlichen Streitschrift [erfüllt].

105 Interview Proske, *Bremer Nachrichten*, 20. 11. 1996.

106 Interview Helmut Schmidt, *Welt am Sonntag*, 19. 2. 1996.

107 Interview Helmut Schmidt, *SZ*, 12. 1998.

Ausstellung »wohl kaum [...] zu zweifeln« sei.<sup>108</sup> Von der wichtigsten Bundeswehrzeitschrift *Truppenpraxis* war den Soldaten ausdrücklich »der Besuch der beklemmenden Ausstellung empfohlen« worden,<sup>109</sup> und deren Leiter wurde von der Bundeswehrführung sogar zu einer Podiumsdiskussion im Rahmen einer Kommandeurstagung auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck eingeladen. Aber unter dem Eindruck der schrillen Voten von Gillesen, Proske, Schmidt und wohl auch der Kritik von Rolf-Dieter Müller,<sup>110</sup> eines Mitarbeiters aus dem ihm unterstehenden *Militärgeschichtlichen Forschungssamtes*, hatte der CDU-Minister Volker Rühle im Januar/Februar 1996 den Soldaten jeden Kontakt mit der Ausstellung verboten.<sup>111</sup> CDU/CSU-Bürgermeister blieben fortan deren Präsentation in ihren Städten fern, und in Bremen wäre die Koalition von CDU und SPD fast geplatzt. Zur Eskalation kam es in München, wo die Ausstellung auf Einladung der Stadt im Februar/März 1997 gezeigt wurde.<sup>112</sup> Der dortige CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler höhnte, Jan Philipp Reemtsma, der Erbe eines Tabakkonzerns und Finanzier der Ausstellung, solle lieber seine Millionen dem Andenken der an seinem Tabak gestorbenen Raucher widmen und inszenierte eine nächtliche Kranzniederlegung am Grabmal des *Unbekannten Soldaten*.<sup>113</sup> Und das Parteiorgan *Bayernkurier* unterstellte der Ausstellung die Absicht, »die Strafmaßnahmen von Nürnberg [...] noch zu verschärfen und einen moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk zu führen«.<sup>114</sup> Nachdem Gauweiler in einer Postwurfsendung an 300 000 Münchner Haushalte die Bevölkerung aufgerufen hatte, die Ausstellung durch Fernbleiben zu boykottieren,<sup>115</sup> war es nur folgerichtig, dass auch der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair den Schulen von einem Besuch abriet.

Auch eine andere Front wurde in München eröffnet – von der Wochenzeitung *Focus*. Sie behauptete, ein Foto in der Ausstellung, auf dem eine Gruppe nackter Männer mit ihren abgelegten Kleidern zu sehen war, zeige nicht, wie die Bildlegende es behauptete, Juden vor der Erschießung, sondern Juden beim sommerlichen Bad in Polen. *Focus* legte eine von Gauweilers Onkel 1941 im deutschbesetzten »Generalgouvernement« in Krakau herausgegebene NS-Propagandabroschüre mit dem »Badefoto« vor und schrieb »Heer [...] lügt und

fälscht«.<sup>116</sup> Die Autoren der Ausstellung hatten diese Aufnahme in einer Akte des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg entdeckt, in der sie zusammen mit anderen ähnlichen Fotos als Darstellung einer Exekutionsszene in Lettland bezeichnet worden war. Mit dieser Bildlegende war das Foto auch in Publikationen in den 1980er Jahren publiziert worden. Der Angriff von *Focus* war nur der Beginn einer fanatischen Verfolgungsjagd, die nach dem negativen Durchlaufen mehrerer Instanzen mit einer vom Bundesverfassungsgericht angeordneten Gegendarstellung endete.<sup>117</sup> Veteranenverbände, und CDU-Gliederungen, aber auch Prominente, wie der ehemalige Verteidigungsminister und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, wiederholten den Lügner- und Fälscher-Vorwurf und mussten gerichtlich zur Rücknahme dieser Verleumdung gezwungen werden.<sup>118</sup> Solche langwierigen juristischen Kämpfe begleiteten die Ausstellung ab jetzt an fast allen Orten, an denen sie gezeigt wurde – auch in Österreich, wo die *Kronen-Zeitung* die Rolle des Gewissens der Großdeutschen Wehrmacht übernahm.<sup>119</sup> Diese aufwendigen, politisch motivierten Abwehrkämpfe hatten eine fatale Folge: Das Team entwickelte mit den Jahren eine »Bunkermentalität«, die zu Fehlern im Umgang auch mit wissenschaftlichen Gegnern führte.<sup>120</sup> Und der Leiter des Instituts erfüllte seine Aufgabe als Mediator solcher Prozesse nur in unzulänglicher Weise.<sup>121</sup>

Mit dem Aufmarsch von 5 000 Neonazis in München erreichte die Münchner Boykott-Kampagne ihren Höhepunkt und ihre Niederlage: Das Votum von 90 000 Besuchern machte die Ausstellung endgültig zu einem bundesweiten Ereignis. Abzulesen war das an der denkwürdigen Debatte des Bundestages am 13. März 1997: Redner aller Parteien versuchten, sich auf ganz persönliche Weise diesem bisher nicht eingestandenen Teil deutscher Schuld zu nähern.<sup>122</sup> Einen Monat später wurde die Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche, dem Sitz des ersten deutschen Parlaments, eröffnet. Als Träger fungierten nun Landtage und Universitäten, Museen und Volkshochschulen, die Eröffnungsreden hielten Botschafter und Minister, Generäle und Schriftsteller, künftige Bundespräsidenten und ehemalige

108 Bundesministerium der Verteidigung, FÜ S I 3-Az 50-00-00, 25. 4. 1995, Archiv HH;

109 Dirk Sommer, Die Wehrmacht und der Holocaust, in: *Truppenpraxis* Nr. 6, Juni 1995, S. 423-430, S. 430.

110 Rolf-Dieter Müller hatte der Ausstellung schon 1995 »die Dämonisierung der gesamten Wehrmacht«, die Absicht »suggestiver Wirkung« und »fragwürdige Schlußfolgerungen« vorgeworfen, ders., Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 54, 1995, 323-325.

111 Brief des Ministeriums an den SPD-Bundestagsabgeordneten Gernot Eler, *Berliner Zeitung* 18. 1. und *SZ* 24. 2. 1996

112 Vgl. Texte und Dokumente zur Münchner Kontroverse um die Wehrmachtausstellung in chronologischer Folge, in: Heribert Prantl (Hg.), *Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse*, Hamburg 1997, S. 234-345.

113 *Bayernkurier*, 14. 2. 1997

114 Ebd., 22. 2. 1997

115 Dr. Peter Gauweiler, Brief an Münchner Haushalte, 13. 3. 1997, in: Heribert Prantl (Hg.), *Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse*, Hamburg 1997, S. 317-320.

116 *Focus*, 16, 14. 4. 1997.

117 Greiner, *Bruch-Stücke*, S. 51 f.

118 Ebd., S. 48-51.

119 Wie im Falle von *Focus* konnte auch hier der Vorwurf von »Fälschung und Lüge« nur durch höchstrichterliche Entscheidung zurückgewiesen werden vgl. Manoschek, *Innenansicht einer Ausstellung*, S. 71 f. Gleiches galt im Fall eines Privatmannes namens Lorbeer, der behauptete, ich hätte keinen ademischen Abschluss. Das Bundesverfassungsgericht beschied ihn nach langem Rechtsstreit mit unteren Instanzen, dass das erste Staatsexamen ein solcher ist.

120 Statement von Hannes Heer, *Badische Zeitung*, 16. 11. 2000.

121 Als ich ihn nach den Auseinandersetzungen und Kampagnen in München 1997 bat, eine professionelle Supervision für mich und das Team zu ermöglichen, lehnte er ab. Solche Mittel einzusetzen, sind aber unerlässlich, wenn Mitarbeiter »wundergeier« sind oder in Gefahr sind, »die Nerven zu verlieren«, wie Reemtsma selbst den Zustand des Teams in der Endphase beschrieb, vgl. Jan Philipp Reemtsma, *Zwei Ausstellungen*, in: *Mittelweg* 36, Juni/Juli 2004, S. 64. Nach dem Rückzug der Ausstellung erklärte er mir am Rande einer Konferenz in New York im Dezember 1999: »Jetzt haben Sie Supervision. Die beste Supervision ist die Wirklichkeit.«

122 Peter Schneider, der Bundestag wolle beschließen. Zur Debatte über die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, in: *Eine Ausstellung und ihre Folgen*, S. 112-122.

Bundeskanzler. Bis Herbst 1999 hatten fast eine Million Besucher in 34 österreichischen und deutschen Städten die Ausstellung gesehen. 70 weitere Anfragen aus dem In- und Ausland lagen vor.

Was hatte die Menschen so angezogen, sich diesem Dokument des Grauens zu stellen? Es war nicht so sehr die von der historischen Wissenschaft noch nicht geleistete Aufklärung der Realgeschichte der verbrecherischen Institution Wehrmacht und deren Krieg als vielmehr das, was der Religionswissenschaftler Klaus Heinrich die »Faszinationsgeschichte« genannt hat: »In dem, was fasziniert durch die reale Geschichte hindurch, sind unerledigte Konflikte, nicht ausgetragenen Spannungen, ist das nicht gelöste Problem jeweils präsent.«<sup>123</sup> Die nicht ausgetragene Spannung, das nichtgelöste Problem rührten aus dem in der Bundesrepublik praktizierten jahrzehntelangen privaten und öffentlichen Schweigen über die Verbrechen der Wehrmacht. In den meisten Familien hatte das, wie die Reaktionen auf die Ausstellung offenbarten, zu einem Bruch der Generationenkette, aber auch zu einem Konflikt innerhalb der Erlebnisgeneration der ehemaligen Landser geführt. Zuerst meldeten sich in den Gästebüchern, die in der Ausstellung auslagen, die Landser, denen nach 1945 keiner hatte zuhören wollen: »Es stimmt alles. War vom ersten bis zum letzten Kriegstag dabei.« – »War selbst zwei Jahre an der Front in Russland und kann die hier gezeigten Dokumente aus eigener Anschauung bestätigen.« – »Leider, leider, es war so!« – »Ich war Offizier im Mittelabschnitt der Ostfront und übernehme meinen Teil an der Verantwortung.«<sup>124</sup> Die Sätze brachen aus den alten Soldaten heraus, als ob etwas in ihnen explodiert sei. Viele hinterließen Namen und Adresse, notierten den Jahrgang und den Truppenteil. Manche fügten die Erinnerung an Verbrechen, deren Zeuge sie geworden waren, hinzu. »Ich war Kradmelder eines Nachrichtenzuges im Stab einer Panzerjäger-Abt. in der 87. Inf. Division. In Bobruisk hatte ich von Kameraden gehört, dass die 4. Kompanie ein Waldgelände absperren musste, weil dort, von SD u. SS, Menschen erschossen wurden. S.W. (87 J. alt.)« – »Ich bin stark erregt von den Erinnerungen. Man wusste es! Es gab Absprachen zwischen Wehrmacht und braunen Mordkommandos, [...] Es ist auch wahr, dass Wehrmachtssoldaten bei Mordtaten Absperrungen vorgenommen haben – und vereinzelt mitmachten. [...] Heinrich Gellermann.«<sup>125</sup>

Die meisten der älteren Besucher aber reagierten empört: Sie bestritten die Fakten, verteidigten das geschönte Bild und leugneten, etwas gewusst oder gar beteiligt gewesen zu sein.<sup>126</sup> Renate Schostack, Redakteurin der *FAZ*, hat den Männern gelauscht, die sich jeden Tag auf dem Münchener Marienplatz gegenüber der Ausstellung trafen, um zu protestieren und auch,

um miteinander zu reden: »Fast immer verlief das nach dem gleichen Muster. Der Sprechende wies auf sich oder zeigte ein Foto: Sehe ich, sieht mein Bruder aus wie ein Verbrecher? Sie erwarteten die Antwort: Nein, Sie sehen nicht aus wie ein Verbrecher. Dann erzählten sie rasch von Greueln, von denen sie gehört oder im Fernsehen gesehen hätten, um sogleich hinzuzusetzen: So etwas haben wir damals nicht gemacht. Danach der dritte Schritt: Wir mussten es ja tun. Man hätte Beichtvater sein müssen, um zu fragen, was sie denn gemacht hätten. Doch niemand nahm diesen Männern die Beichte ab.«<sup>127</sup>

Alle diese stillen oder lautstarken Proteste trugen dazu bei, das jahrzehntelange Schweigen endlich zu brechen. Für die Söhne und Töchter der Kriegsgeneration wurde die Ausstellung deshalb zum Ereignis, wie ihre Eintragungen in den Gästebüchern belegen. »Danke für diese Ausstellung! Ich bin Jahrgang 1944. In der Schule wurde dieses Thema nicht behandelt. Und wenn im privaten Kreis diese Zeit angeschnitten wurde, hieß es von den Älteren: ›Ein deutscher Soldat macht so was nicht‹ (d.h. Kriegsverbrechen). Ich wurde also 40 Jahre angelogen.« – »Man hat uns wissentlich im Unklaren über die wahre Wehrmacht gelassen (Jahrgang 1941).« – »Jahrgang 1949, zu meiner Jugendzeit wurde alles totgeschwiegen!« – »Meine Generation wurde mit der Lüge von der ›sauberen Wehrmacht‹ großgezogen.« – »Mein alter Herr hat mich angelogen!«<sup>128</sup> – »Viele Antworten auf viele Fragen, die mein Großvater nicht beantworten wollte.«<sup>129</sup> Die Eintragungen machten aber auch deutlich, dass die Kinder und Enkel nicht nur mit dem Schweigen oder der Lüge der Älteren konfrontiert waren – sie wurden auch zu Mitwissern und Komplizen von bisher wohlgeheuteten Familiengeheimnissen gemacht: »Endlich kann ich das sehen, was meine Großeltern mir erzählt haben.« – »Jetzt verstehe ich so richtig, was mein Vater in seinem letzten Brief [1943] schrieb: ›Ich halte das nicht mehr aus. Ihr könnt es euch nicht vorstellen‹. Bald darauf ist er gefallen.« – »Wenn Onkeln mit Selbsttötungsgedanken tagelang überzeugt werden mussten, [...] weiterzuleben, dann wussten auch kleine Kinder, wie ich, was los war.« – »Durch diese Ausstellung [...] sind Erinnerungen an die Erzählungen meines Vaters, die ich als 10jähriger heimlich mitgehört habe, wieder wach geworden. Mein Vater war an Erschießungen in Weißrussland beteiligt ca. 42/43.« »Mein Vater sagte immer, fast jeder Soldat hätte die unschuldigen Opfer gesehen und viele Wehrmachtseinheiten waren aktiv an Morden und Greueln beteiligt.«<sup>130</sup>

Die Historikerin Ute Frevert hat die Reaktionen der zweiten und dritten Generation noch während der Laufzeit der Ausstellung analysiert und so zusammengefasst: »Vor allem die jüngere und mittlere Generation zeigte sich erschüttert. Ihre Erschütterung hing, [...] nicht zuletzt damit zusammen, dass das Gesehene die unsichtbare, aber gleichwohl markante Grenze zwischen der öffentlichen und der privaten Erinnerung an

<sup>123</sup> Klaus Heinrich, *Das Floß der Medusa*, Basel, Frankfurt/Main 1995, S. 14 f.

<sup>124</sup> Heer, *Vom Verschwinden der Täter*, S. 29.

<sup>125</sup> Ebd., S. 29 f.

<sup>126</sup> Ich habe eine erste Auswertung der bis Ende 1998 vorliegenden Gästebücher der Ausstellung vorgenommen, vgl. Hannes Heer, *Das letzte Band. Kriegsverbrechen und Nachkriegserinnerung*, in: ders., *Tote Zonen*, S. 180–221.

<sup>127</sup> *FAZ*, 8. 4. 1997.

<sup>128</sup> Heer, *Das letzte Band*, S. 204.

<sup>129</sup> Ebd.

<sup>130</sup> Ebd., S. 206 f.



*Gefangene Rotarmisten im Lager (1942).*

das »Dritte Reich« niederriss. Die Wehrmachts-Ausstellung rührte folglich, gerade auch wegen ihrer »privaten« Exponate, an Gefühle, Solidaritäten und Generationenverträge, die von den Ausdrucksformen des kollektiven Gedächtnisses bislang teils gestützt, teils nicht tangiert worden waren. [Sie] erzwang [...] noch einmal jene »Intimisierung« der Auseinandersetzung mit dem NS, die erstmals im Anschluss an die TV-Serie »Holocaust« 1978/79 stattgefunden hatte.<sup>131</sup> »Vater, wo warst Du?« wurde der häufigste Eintrag in den Besucherbüchern. Aber das ungebremste Interesse an der Ausstellung rührte auch daher, dass diese einen fundamentalen Bruch in der bisherigen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema Nazikrieg und Naziwehrmacht bedeutete. Es sind fünf Gründe, die prominente Historiker und Kulturwissenschaftler für die Singularität der Ausstellung angeführt haben.

1. Die Beschäftigung mit dem Holocaust war bis dahin auf die Vernichtungslager fixiert. In der Öffentlichkeit war nicht bekannt, dass dort nur etwa 60% der 6 Millionen Opfer »fabrikmäßig« ermordet, die anderen aber mit »traditionellen« Mitteln wie Maschinenpistolen und Karabinern in Polen und in der Sowjetunion erschossen worden waren. An diesen »Verbrechen ‚auf freiem Feld‘«, wie Habbo Knoch formuliert hat, »[waren] jenseits des engbegrenzten Raums des Lagers und der SS-Täter Soldaten und Zivilisten alltäglich beteiligt [...]«. Die Ausstellung habe diese »Verschränkung« der Bildhaushalte von Krieg und Verbrechen erstmals sichtbar gemacht.<sup>132</sup>

2. Dirk Rupnow hat darauf hingewiesen, dass die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft wie deren Historiker den Holocaust durch die Fixierung auf ein anscheinend exterritoriales Auschwitz »derealisiert« und durch die Verwandlung des Ortes in eine »Black Box, [...] deren innere Vorgänge sich dem Blick entziehen« auch »depersonalisiert« hätten. Nur die Fotos der Leichenberge seien zirkuliert und zu »Ikonen der Vernichtung« geworden, alle Fotos vom »Töten und Getötetwerden« aber habe man einem rigorosen »Bilderverbot« unterworfen. Die Ausstellung, indem sie das Töten und die Täter zeigte, habe dieses Verbot nicht akzeptiert und den »Bildbruch« gewagt. Das sei ihr »Skandalon« für die breite Öffentlichkeit wie für die Historikerkunft gewesen.<sup>133</sup>

3. »Man hat festgestellt«, kommentierte Helmut Lethen, »dass die Konzentration auf das Schicksal der Opfer die Täterprofile unsichtbar macht. [...] Das Unheimliche der ersten Ausstellung war die magische Rückkehr der Täter in unsere Gesellschaft. Die Empathie mit Mutter und Kind am Rande der Sandkuhle reißt auch den am Bildrand postierten Schützen mit in eine magische Präsenz.«<sup>134</sup> Lethen verteidigt diese magische Funktion der Fotos, die er mit Siegfried Kracauer, Susan Sontag und Roland Barthes als »Schattenwürfe des Realen« interpretiert und die dank dieser Funktion die Ausstellung zu einem »Raum der Imagination« gemacht

<sup>131</sup> Ute Frevert, in: Aleida Assmann, Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit. Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 199, S. 279 f.

<sup>132</sup> Knoch, *Die Tat als Bild*, S. 28.

<sup>133</sup> Dirk Rupnow, *Das unsichtbare Verbrechen. Beobachtungen zur Darstellung des NS-Massenmordes*, in: *zeitgeschichte*, 2002, Heft 2, S. 87-97, hier: S. 89 ff.

<sup>134</sup> Helmut Lethen, *Der Text der Historiographie und der Wunsch nach einer physikalischen Spur. Das Problem der Fotografie in den beiden Wehrmachtsausstellungen*, in: *zeitgeschichte*, 2002, Heft 2, S. 76-87, hier: S. 84.

hätten.<sup>135</sup> Gerade, weil sich die Ausstellungsmacher den Ordnungen einer an den Kriterien der »historischen Quellenkritik« wie dem »juristischen Umgang mit Beweismitteln« orientierten Praxis entzogen hätten, wäre diese Wirkung zustande gekommen.<sup>136</sup> Und unter Hinweis auf ein Diktum von Hannah Arendt machte er auch auf das Defizit aufmerksam, das sich ergebe, wenn man beim Einsatz von Fotos den vorgeschriebenen »Ordnungen« folge: Arendt hatte die restriktive Behandlung von Fotos als Beweismittel im Frankfurter Auschwitzprozess kritisiert und festgestellt, »mit dieser Art von Beweisaufnahme könne die »ganze Wahrheit« über die Vernichtungslager niemals aufgedeckt werden.«<sup>137</sup> Das war auch unsere Überzeugung, als wir das Konzept der Ausstellung entwarfen: Ohne die Landserfotos, von denen die wenigsten, schon aus Sicherheitsgründen, keine Angaben zu Ort, Datum und Fotografen auf der Rückseite trugen, würden wir die selbstgewählte Begrenzung der drei Fallstudien nicht aufheben und den Kosmos der täglichen Verbrechen nicht rekonstruieren können.

4. Im Begleitband zur Ausstellung war ein fotohistorischer Beitrag veröffentlicht worden, in dem diese Fotos von deutschen Landsern unter dem Titel *Die Kamera der Henker* als Belege für die Verbrechen, aber auch als »Dokumente einer Mentalitätsgeschichte des Faschismus« analysiert worden waren.<sup>138</sup> Klaus Theweleit hat diesen Gedanken der Intentionalität der Soldaten beim Fotografieren aufgenommen und darauf hingewiesen, dass jedes Foto noch etwas anderes festhalte als das Dargestellte, nämlich »den Blick des Fotografen.«<sup>139</sup> Wie beim Regisseur eines Film, der über die Szene und den Bildausschnitt, Tiefe und Schatten entscheide, bestimme der Blick des Fotografen die Einstellung der Kamera und die Situation die fotografiert wird, registriere er, was er beim Auslösen der Kamera sieht und welche Gedanken ihm dabei kommen. »Von all diesem«, so Theweleit, »wird etwas auf dem Bild zu sehen sein.« Und, fragte er sich, was zeigen die Bilder? »Überwiegend Morde« und das irre Gefühl »der erlaubten Übertretung ins Kriminelle«. Was sonst im Krieg absolut verboten war – Fotografieren an der Front und bei militärischen Aktionen – das sei im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion offensichtlich gewünscht und durch Nachschub an Filmmaterial offiziell gefördert worden. Das Ergebnis dieses gigantischen vierjährigen und von 10 Millionen Soldaten betriebenen Dokumentationsprojektes beschreibt Theweleit so: »Der Mord wird nicht als »Mord« wahrgenommen, weil er genehmigt ist, er kann als Urlaubsfoto nach Hause gehen oder neben die Familienbilder ins Portemonnaie geraten, weil er das eigene Leben im Zustand krimineller paradiesischer Freiheit zeigt, das sich dabei gefällt, die Erde von Ungeziefer zu befreien. »Strafe?« Keine zu erwarten. Wir werden

gesiegt haben. Dieses Bewusstsein, diesen Blick zeigen die Fotos der fotografierenden Soldaten in Russland, in Polen oder auf dem »Balkan« in aller Klarheit; in aller unschuldigen Klarheit. Die ganze Rede von der behaupteten Schuldlosigkeit des deutschen Soldaten im Osten, wie sie nach dem Ende des Krieges in den westdeutschen Rechtfertigungsreden zur Wehrmacht auftauchte, ist auf diesen Fotos vor- und abgebildet. Dies ist der Schock, den die Fotos bei den Gegnern der Wehrmachtsausstellung auslösten.«<sup>140</sup>

5. Thomas Kühne hat aus den Fotos der Ausstellung, ähnlich wie Theweleit, das überlegene Grinsen der Kumpanei, das gute Gefühl nach einem gelungenen Raubzug, den Triumph der Straflosigkeit herausgelesen und daraus eine fundamentale Kritik an der der Militärgeschichtsschreibung der Nachkriegszeit entwickelt: Diese habe das Verhältnis der Wehrmachtsführung zu Hitler nur in der »Rhetorik des Missbrauchs, [...] der Verführung, der Verstrickung« dargestellt und sei vor dem Befund »eigenständiger genozidaler Motive und Handlungen« bei den Militärs zurückgeschreckt. Auch die kritischen Militärgeschichtler hätten diese Praxis beibehalten und seien damit Gefangene dieser »Viktimisierungsfalle« geblieben.<sup>141</sup> Die produktive Provokation der Ausstellung, so Kühne, habe darin bestanden, dass sie diesen Opferdiskurs in Frage gestellt und »individualisierend und anschaulich dokumentiert [habe], dass »normale« Soldaten [...] unter diesem schrecklichen Krieg keineswegs nur litten, sondern Lust daran fanden. [...] Die Botschaft der Fotos lautete: Jedermann, »ganz normale Männer« konnten zu Mördern werden.«<sup>142</sup> Ute Frevert hat der Ausstellung bescheinigt, dass sie »die Erinnerungslandschaft des Krieges [...] von Grund auf um[ge]pflügt« habe.<sup>143</sup> Die obigen Befunde liefern den schlüssigen Beleg für ein solches Urteil.

### **Das Ende der Ausstellung und der Beginn einer geschichtspolitischen Wende**

Die Ausstellung hatte, wie diese wissenschaftlichen Urteile zeigen, alle Schrecken der vergangenen Verbrechen wiederauferstehen und einen Teil der Sicherungen, die von Politik, Justiz, Wissenschaft und Publizistik in der Gründungsphase der Bundesrepublik im Interesse eines kollektiven Täterschutzes eingebaut worden waren, durchbrennen oder doch zumindest locker werden lassen. Außer einer Neuauflage der Debatte über die Kollektivschuld drohte jetzt auch eine über das, was Ralph Giordano die »zweite Schuld« genannt hat, das Verschweigen oder Verleugnen der beiden Völkermorde nach 1945. Spätestens, als das Ausstellungsprojekt nach dem gescheiterten Boykott in München und dem erfolgreichen Einzug in die Frankfurter Paulskirche 1997

<sup>135</sup> Ebd., S. 82, 76.

<sup>136</sup> Ebd., S. 78, 81.

<sup>137</sup> Ebd., S. 81.

<sup>138</sup> Dieter Reinfahrt, Viktoria Schmidt-Linsenhoff, *Die Kamera der Henker. Fotografische Selbstzeugnisse des Naziterrors in Europa*, in: *Fotogeschichte* 7, 1983, S. 57–71, in: Heer/Naumann, *Vernichtungskrieg*, S. 475–503, hier: S. 483.

<sup>139</sup> Klaus Theweleit, *Schulddiskussion und Wehrmachtsausstellung*, *Badische Zeitung*, 11. 11. 200.

<sup>140</sup> Ebd.

<sup>141</sup> Thomas Kühne, *Die Viktimisierungsfalle. Wehrmachtverbrechen, Geschichtswissenschaft und symbolische Ordnung des Militärs*, in: Michael Th. Greven, Oliver von Wrochem (Hg.), *Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik*, Opladen 2000, S. 184f.

<sup>142</sup> Ebd., S. 189. In dem Kapitel *Die Logik des Vernichtungskrieges* in meinem 1999 erschienenen Buch *Tote Zonen* hatte ich einen Absatz überschrieben »Die Lust am Krieg«, S. 62.

<sup>143</sup> Frevert, *Geschichtsvergessenheit. Geschichtsversessenheit*, S. 281.

zu einer Art Dauerausstellung geworden war, die auch durch einen von Neonazis verübten Bombenanschlag in Saarbrücken im März 1999 anscheinend nicht gestoppt werden konnte,<sup>144</sup> sahen die beiden Leitinstitute einer konservativen bzw. reaktionären Geschichtspolitik, die Zeit gekommen zu handeln. Es handelte sich dabei um das dem Verteidigungsminister unterstehende *Militär-geschichtliche Forschungsamt* in Potsdam, das 1997 in maßgeblicher Verantwortung von Hans-Erich Volkmann und Rolf-Dieter Müller eine internationale Konferenz über »Mythos und Realität« der Wehrmacht durchführte, deren umfangreicher Ergebnisband 1999 erschien. Müller warf in der programmatischen Einführung der Wehrmachtsausstellung »Pauschalurteile« und »politische Instrumentalisierung« vor, er lehnte den Begriff »Vernichtungskrieg« ab, weil dieser nur die Ausgeburt einer »umfassenden Gesellschaftstheorie« sei und nicht der Realität entspreche, schließlich verwahrte er sich gegen das Bild einer »verbrecherischen Wehrmacht« und wiederholte das übliche Mantra, diese habe sich nur in Hitlers »rassenideologischen Krieg [...] verstricken lassen«.<sup>145</sup> Der Leiter des ebenfalls staatlichen Münchner *Instituts für Zeitgeschichte*, Horst Möller, war Ernst Nolte seit dessen Förderung seiner Habilitation eng verbunden<sup>146</sup> und unterstützte 1986 dessen skandalöse, die deutsche Schuld am Holocaust relativierende Thesen im »Historikerstreit« nicht zuletzt durch einen scharfen Angriff auf Noltens Antipoden, Jürgen Habermas, dem er »Verleumdungen und Fälschungen« vorwarf.<sup>147</sup> Im Jahre 2000 sollte Möller selbst einen Skandal auslösen, als er die Laudatio zur Preisverleihung des *Konrad-Adenauer-Preises* an Ernst Nolte durch die am rechten Rand operierende *Deutschland-Stiftung* hielt – gegen heftige Proteste von Wissenschaft und Politik.<sup>148</sup> Möller gehörte von Beginn an zu den rabiatesten Gegnern der Ausstellung und deren Autoren, denen er eine Kopie der Propagandamethoden der Nazis vorwarf: »Das ist der Einhämmereffekt, [...] den schon Hitler zitiert hat: Immer dasselbe wiederholen, dann wird es schon einsickern«.<sup>149</sup>

Der Kampf gegen die Wehrmachtsausstellung sollte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 auch deshalb zuspitzen, weil am 2. Dezember eine fertige englischsprachige Fassung der Ausstellung in New York zu einer Tour durch die prominentesten Universitäten der USA

starten sollte. Diese Tour, unterstützt von prominenten Holocaust- und Wehrmachtsforschern hätte die Befunde der Ausstellung irreversibel gemacht. Zudem wäre durch eine Debatte über Wehrmachtsverbrechen in den amerikanischen Medien zu einem Zeitpunkt, als gerade die Verhandlungen über eine Zwangsarbeiterentschädigung liefen, die Rechnung für Deutschland um einige Milliarden höher ausgefallen. Das hatten Berechnungen im Kanzleramt ergeben. Bundeskanzler Gerhard Schröder war von Beginn an ein Gegner der Ausstellung gewesen, wie er mit drohendem Unterton 1998 dem prominenten französischen Journalisten Bernard-Henri Lévy verraten hatte: »Ich kann es nicht zulassen, dass man sagt, eine Armee habe in ihrer Mehrheit derartige Verbrechen begehen können.« Er weigerte sich, mit dem Franzosen zusammen die Ausstellung in Schröders Heimatstadt Hannover zu besuchen.<sup>150</sup> Und sein Verteidigungsminister Rudolf Scharping hatte das vom CDU-Mann Rühle verhängte Kontaktverbot für die Bundeswehr nicht aufgehoben, sondern im Februar 1999 ausdrücklich erneuert.<sup>151</sup> Diesem doppelten Druck von reaktionärer Geschichts- und sozialdemokratischer Tagespolitik konnte die Ausstellung nicht standhalten: Sie wurde Anfang November 1999 nach einem Trommelfeuer der Medien geschlossen.<sup>152</sup>

Den Anlass für diesen überstürzten Rückzug boten die Artikel des polnischen bzw. ungarischen Historikers Bogdan Musial und Chrisztián Ungváry, die unterstützt von den obengenannten Instituten, Anfang Oktober 1999 zeitgleich in der Hauszeitschrift des Münchner Instituts, den *Vierteljahresheften für Zeitgeschichte*, und in *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, dem Organ des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands, erschienen waren. Die beiden Kritiker erhoben einen ungeheuerlichen Vorwurf gegen die Ausstellung: Zehn Fotos der Ausstellung würden statt Opfer der Wehrmacht solche des sowjetischen Geheimdienstes NKWD zeigen, und 90% der übrigen Fotos hätten mit Verbrechen der Wehrmacht nichts zu tun.<sup>153</sup> Trotz der Kritik prominenter Stimmen an der »Krawallkommunikation« der Medien<sup>154</sup> wie an den maßlosen Vorwürfen der beiden Historiker<sup>155</sup> zog Jan Philipp Reemtsma Anfang November 1999 die Ausstellung zurück und verhängte

144 Saarbrücker Zeitung, 16. 3. 1999.

145 Rolf-Dieter Müller, Die Wehrmacht – Historische Last und Verantwortung. Die Historiographie im Spannungsfeld von Wissenschaft und Vergangenheitsbewältigung, in: ders., Hans-Erich Volkmann (Hg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 3–38, hier: S. 22, 19 f., 21, 30, 13. Wegen seiner Behauptung, die Bombenanschläge und Minenfallen der Roten Armee in Kiew seien »der Anlaß« für die Ermordung der 34 000 Kiewer Juden in Babi Jar gewesen (S. 22) musste sich Müller eine scharfe Kritik von Uli Herbert gefallen lassen, in: Truppenpraxis, 1999, Nr. 9, S. 642–648.

146 FAZ, 7. 1. 2013.

147 Möller verschwieg in seinem Beitrag Noltens krude Relativierung des Holocaust und lobte ihn stattdessen als vorbildlichen »Komparatisten« und verdienstvollen Entdecker von »Analogien« zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus vgl. Horst Möller, Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Plädoyer für die Versachlichung der Kontroverse über die Zeitgeschichte, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 4/1986, S. 146–151, abgedruckt in: Historikerstreit, München 1987, S. 322–330, hier: S. 324, 322.

148 SZ, 22. 5. 2000; Der Spiegel, 25/2000.

149 Interview mit Horst Möller, Focus, 43, 1999.

150 Bernard-Henri Lévy, FAZ, 17. 2. 1999.

151 Tageszeitung, 23. 2. 1999.

152 Vgl. Heer, Vom Verschwinden der Täter, S. 13f.

153 Bogdan Musial, Bilder einer Ausstellung. Kritische Anmerkungen zur Wanderausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 47, Oktober 1999, S. 563–591; Chrisztián Ungváry, Echte Bilder – problematische Aussagen. Eine quantitative und qualitative Fotoanalyse der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944« in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 10, 1999, S. 584–595. Ein dritter Aufsatz, verfasst von dem Hobby-Historiker Dieter Schmidt-Neuhaus, und ebenfalls in GWU, 10, 1999, S. 596–603 unter dem Titel »Die Tarnopol-Stellwand der Wanderausstellung, Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944«. Eine Falluntersuchung zur Verwendung von Bildquellen« erschienen, bezweifelte die Richtigkeit von vier Bildunterschriften eines in der Ausstellung gezeigten Massakers in Tarnopol. Die Fotos stammten aus dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien.

154 Norbert Frei, FAZ 2. 11. 1999.

155 Wolfgang Benz, SZ, 8. 11. 1999; Fritz Göttler, SZ, 9. 11. 1999; Johannes Klotz, FR, 26. 11. 1999; Christian Gerlach, FR, 30. 11. 1999; Christian Streit, FR, 17. 12. 1999; Peter Steinbach, taz, 17. 8. 2000.

ein »Moratorium«, nicht zuletzt auf Zuraten von Professoren wie Hans Mommsen, für den die Frage nach den Tätern nur ein »modischer« Irrweg war.<sup>156</sup> Die zur Überprüfung der Vorwürfe von Reemtsma eingesetzte achtköpfige internationale Kommission lieferte ein Jahr später ihren Bericht ab. Dieser kritisierte generell »die prononcierte Emotionalität und die reduzierte Diskursbereitschaft als beherrschende Vermittlungsformen der Ausstellung« sowie »den bemerkenswert unbedrückten Gebrauch fotografischer Quellen, wie er in geschichtswissenschaftlichen und populären Publikationen leider sehr verbreitet ist«, die Autoren hätten, »diese Praxis übernommen«.<sup>157</sup> Dagegen fiel die Kritik am eigentlichen Anlass des Rückzugs – der Kritik an den falschen oder gefälschten Fotos – moderat aus: Die Historiker monierten lediglich »bei zwei von 10 kritisierten Fotografien« die übernommenen falschen Bildlegenden der Archive und kamen zu der Feststellung, dass von den 1433 verwendeten Fotografien »weniger als 20 Fotos« wegen Zugehörigkeit der Dargestellten zu anderen NS-Formationen oder Streitkräften der Verbündeten nicht in eine solche Ausstellung gehörten.<sup>158</sup> Die Kommission unterstrich, dass »die Grundthesen der Ausstellung über die Wehrmacht und den im ‚Osten‘ geführten Vernichtungskrieg der Sache nach richtig sind« und bestätigte die »Intensität und Seriosität der von den Autoren geleisteten Quellenarbeit«.<sup>159</sup> »Die Ausstellung«, so schloss der Bericht, »war, wie die öffentlichen Auseinandersetzungen gezeigt haben, sinnvoll und nötig.«<sup>160</sup> Angesichts der Stampede der Medien im November 1999 war das eine Sensation. Die Redaktionen der Zeitungen und Fernsehstationen, die zu der Skandalisierung der Ausstellung und zu deren raschem Ende gehörig beigetragen hatten, hielten sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, angesichts dieses unerwarteten Ergebnisses auffällig bedeckt.<sup>161</sup> Nur wenige Journalisten äußerten sich mit der angemessenen Klarheit: »Historiker bestätigen die Aussagen der Wehrmachtsausstellung«, titelte die *Badische Zeitung* aus Anlass der Übergabe des Berichts der Kommission.<sup>162</sup> Und *Die Zeit* kommentierte nüchtern und knapp: »Die Wehrmachtsausstellung ist rehabilitiert.« Und zitierte den Schlusssatz des Berichts: »Die Ausstellung war sinnvoll und nötig.«<sup>163</sup>

Trotz dieses Freispruchs und in deutlicher Distanz zu der von ihm selbst berufenen Historiker-Kommission

<sup>156</sup> Rede von Mommsen anlässlich der Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises an Raul Hilberg, SZ, 3.12. 2002; von Reemtsma zum Vorsitzenden des Beirats seiner neuen Ausstellung gemacht, antwortete der deutsche Hauptvertreter der »funktionalistischen« Geschichtsschule auf die Frage nach der Zahl der Täter in der Wehrmacht, es gehe gar nicht darum, »die Einzelnen im Auge zu haben, sondern die Wehrmacht als Institution«, Interview, Profil (Wien), 30. 3. 2002; ähnlich schon früher im Darmstädter Echo, 28. 11. 2001.

<sup>157</sup> Omer Bartov, Cornelia Brink, Gerhard Hirschfeld, Friedrich P. Kahlenberg, Manfred Messerschmidt, Reinhard Rürup, Christian Streit, Hans-Ulrich Thamer, Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« (unveröffentlichtes Typoskript), November 2000, S. 82, 79f.

<sup>158</sup> Ebd., S. 29, 79.

<sup>159</sup> Ebd., S. 85.

<sup>160</sup> Ebd., S. 86.

<sup>161</sup> Johannes Klotz, Freitag, 24. 11. 2000.

<sup>162</sup> Badische Zeitung, 16. 11. 2000.

<sup>163</sup> Die Zeit, 17. 11. 2000.

verzichtete der Leiter des Hamburger Instituts auf eine Korrektur der ersten Ausstellung und präsentierte im November 2001 in Berlin eine komplett neue. Darin sucht man die oben genannten fünf Ärgernisse der Originalversion vergebens:

Es fehlte 1. der von den SS-Einsatzgruppen mit Hilfe der Wehrmacht durchgeführte »Holocaust auf freiem Feld«, die schon vor Eröffnung des Feldzuges etablierte und bis 1941 bis 1943 durchgängig gebliebene Achse der Kriegführung. Stattdessen sah man ein Dutzend Einzelaktionen und die zeitliche Begrenzung des Judenmords auf das Jahr 1941.

Es fehlten 2. die Szenen vom »Töten und Getötetwerden« – die Massensexekutionen der Juden und der Krieg gegen die als feindlich betrachtete Zivilbevölkerung durch Erhängen, Erschießen, Verbrennen – kurz: der Alltag des Verbrechens im Moment seines Vollzugs. Stattdessen gab es einige Fotos von Leichenbergen und zusammengetriebenen Menschen ohne die dazugehörigen Treiber.

Es fehlten 3. die Fotos der Landser und damit die »magische Rückkehr der Täter«. Statt dieser Fotodokumente von Millionen Zeitzeugen und den darauf abgebildeten, aber meist nicht mehr zu identifizierenden Tätern, leiteten jetzt die offiziellen Atelierporträts von 70 Generälen und Offizieren in akkurater Uniform die jeweiligen Kapitel ein. Die übrigen Fotos entstammten den im Bundesarchiv aufbewahrten und genau erfassten Propagandafotos der offiziellen, von Goebbels lizenzierten »Bildberichterstatte«.<sup>164</sup> Jeder normale Soldat, der im Osten auf seinen Auslöser gedrückt und fotografiert hatte, was das Zeug hielt, war dagegen, wie die Leiterin der neuen Ausstellung, Ulrike Jureit, freimütig zugab, ab jetzt nur mehr ein »fragwürdiger Augenzeuge.«<sup>165</sup> Daher würden auch nur noch diejenigen Fotos gezeigt, bei denen es »keine Unstimmigkeiten oder Zweifel an der Zuschreibung«, also an Datum, Ort und Name des Fotografen gebe.<sup>166</sup> Dieser Verzicht auf die zentrale Quelle für den Alltag des Vernichtungskrieges war gekoppelt mit dem Rückzug aus jeder weiteren Forschung zur Größenordnung oder der annähernden Zahl der Täter: »Dazu kann man keine Aussage machen«, erklärte Jureit apodiktisch – »Jede Zahl außer Null wäre [...] völlig spekulativ«<sup>167</sup>

4. Mit der Eliminierung der Landser-Fotos wurden auch die eindringlichen Bilder vom »Leben im Zustand krimineller paradiesischer Freiheit« gelöscht, jene Zeugnisse einer dreisten Schuldlosigkeit im Moment der Ausübung des Völkermords. Damit verschwand natürlich auch die bohrende Frage an Wehrmacht und Gesellschaft, wie es kommen konnte, dass Millionen von Soldaten nicht nur auf Befehl, sondern auch aus ganz freien Stücken zu Mördern wurden. Die Tagebücher von Victor Klem-

<sup>164</sup> Miriam Y. Arani, »Und an den Fotos entzündete sich die Kritik«. Die »Wehrmachtsausstellung«, deren Kritiker und die Neukonzeption. Ein Beitrag aus fotohistorisch-quellenkritischer Sicht, in: Fotogeschichte. Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Fotografie, 22.Jg., 2002, Heft 85/86, S. 97 – 124, hier: S. 115.

<sup>165</sup> Fragwürdiger Augenzeuge. Gespräch mit Ulrike Jureit, Die Zeit, 29.11. 2001.

<sup>166</sup> Zit. bei Arani, Und an den Fotos entzündete sich die Kritik, S.114.

<sup>167</sup> Gespräch mit Jan Philipp Reemtsma und Ulrike Jureit, FAZ, 27. 11. 2001.

perer, Daniel Goldhagens Studie über »Hitlers willige Vollstrecker« und die erste Wehrmachtsausstellung hatten eine vorläufige Antwort in der Fusion von Regime und Volksgemeinschaft gesucht. Die neue Ausstellung füllte die entstandene Leerstelle, indem sie das Kriegs- und Völkerrecht ins Zentrum der Betrachtung rückte. Dieser legalistische Blick war der Wirklichkeit des Vernichtungskrieges ebenso so wenig angemessen wie die Praxis der westdeutschen Nachkriegsjustiz, den individuellen Tatnachweis zur Grundlage von Verfahren in Sachen Völkermord und gegen Angehörige verbrecherische Großformationen zu machen.

5. Die Fotos waren eine wichtige Quelle für die These von der Existenz »eigenständiger genozidaler Motive« bei den Soldaten gewesen – sei es aus Hass auf Juden und slawische »Untermenschen«, sei es, weil dem soldatischen »Du sollst« das Privileg des Herrenmenschen »Du darfst« an die Seite gestellt worden war, sei es, dass der Krieg und das Ausrotten und Vernichten »der Anderen« als historische Mission legitimiert wurde. Hitlers Definition des Ostkrieges als »Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg« rückte in der neuen Ausstellung ebenso an den Rand wie die daraus abgeleiteten rassistisch aufgeladenen »verbrecherischen Befehle«. Reemtsma ging auf deutliche Distanz zu Begriffen wie ideologische Prägung, situative Radikalisierung, kollektive Legitimation und als Ergebnis – Mentalität. Er kündigte an, dass er mit Aussagen zur Mentalität der Soldaten »eher vorsichtig« sein werde. »Die alte Ausstellung hat zu viele mentalitätsgeschichtliche Aussagen gemacht, die dann auch noch überzeichnet werden konnten.«<sup>168</sup> Er kehrte stattdessen zu dem traditionellen Schema der Militärhistoriker vor 1995, das Thomas Kühne als »eine Art Spaltungstheorie« bezeichnet hatte – »es habe in der Wehrmacht »gute« und »schlechte« Soldaten gegeben, die gleichsam unverbunden nebeneinander standen oder gegeneinander handelten.«<sup>169</sup> Dieser wissenschaftlich fragwürdigen und politisch ungefährlichen Dichotomie folgte die neue Ausstellung mit einer Installation, die den Titel »Handlungsspielräume« trug: In einer Tonkabine wurden vier »böse« und acht »gute« Soldaten. Statt das Handeln der Täter in den Kontext von vorhandenen ideologischen Prägungen, der Radikalisierung durch Propaganda und Kriegsverlauf und der permanenten Legitimierung des eigenen Tuns an der Front in der durch »Kameradschaft« verbundenen »Kampfgemeinschaft« herauszuarbeiten,<sup>170</sup> hatte die Ausstellung nur diese simple Botschaft mitzuteilen:

<sup>168</sup> Gespräch mit Jan Philipp Reemtsma und Bogdan Musial, Die Welt, 16.9.2000.

<sup>169</sup> Kühne, Die Victimisierungsfalle, S. 188.

<sup>170</sup> Omer Bartov, Brutalität und Mentalität. Zum Verhalten deutscher Soldaten an der »Ostfront«, in: Peter Jahn, Reinhard Rürup (Hg.), Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945, Berlin 1991, S. 183-199, hier: S. 189 f. Hannes Heer, Disposition und Situation. Überlegungen zur Mentalität des deutschen Landsers im Rassenkrieg, in: Brigitte Kepplinger, Reinhard Kannonier (Hg.), Irritationen. Die Wehrmachtsausstellung in Linz, Grünbach 1997, S. 129 – 151; ders., »Am Anfang haben wir es aus Überzeugung, später dann aus Pflicht getan.« Kollektive und individuelle Formen der Legitimation, in: BIOS, Heft 1, 1998, S.42-68, sowie den dort folgenden Kommentar von Birgitta Nedelmann, S. 69-75; als neuester produktiver Beitrag zum Thema vgl. Thomas Kühne, Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.

»Das Individuum entscheidet, wie es sich in einer gegebenen Situation verhält.«<sup>171</sup>

Bilanziert man diese gravierenden Veränderungen im Vergleich zur ersten Ausstellung, dann hat die zweite zwar Taten, aber keine Täter präsentiert.<sup>172</sup> Die FAZ hatte schon vor der Eröffnung triumphiert: »Die Wehrmacht war keine Mörderbande.«<sup>173</sup> Das sah auch Bundeskanzler Schröder so: Zur Eröffnung am 27. November 2001 schickte er seinen Staatsminister für Kultur, Julian Nida-Rümelin, mit einem zustimmenden Grußwort. Und der wissenschaftliche Direktor des *Militärgeschichtlichen Forschungsamtes*, Hans-Erich Volkmann, durfte, von Uniform-Trägern begleitet, die Eröffnungsrede halten. Auch die übrigen bisherigen Gegner waren voll des Lobes und bestätigten damit, dass Reemtsma sein Ziel – deren »Pazifizierung« – erreicht hatte: »Man kann sich der neuen Veranstaltung entspannter nähern«, meldete ein zufriedener Peter Gauweiler.<sup>174</sup> Der Direktor des *Instituts für Zeitgeschichte*, Horst Möller, bestätigte der neuen Ausstellung, sie habe »der Kritik Rechnung getragen« und sei »wissenschaftlich seriös.«<sup>175</sup> Und Rolf-Dieter Müller, der Wortführer des *Militärgeschichtlichen Forschungsamtes* in Fragen der Wehrmacht, ging so weit, die Bundesregierung aufzufordern, die neue Ausstellung als Dauerausstellung zu übernehmen.<sup>176</sup> Nur eine Handvoll Besucher kritisierte die neue Version.<sup>177</sup> Angesichts dieser einhelligen und parteiübergreifenden Zustimmung des bisher feindlichen Lagers hatte Michael Jeismann die zweite Version der Ausstellung in der FAZ als »ein gutes Stück Konsensgeschichte« gewürdigt.<sup>178</sup> »Das trifft den Punkt momentan sehr gut«, bestätigte die Leiterin der neuen Ausstellung in einem Interview.<sup>179</sup>

So wie dem Potsdamer *Militärgeschichtlichen Forschungsamt* gegenüber die Genugtuung erwiesen worden war, dass dessen Direktor Volkmann die Eröffnungsrede halten durfte, machte auch Reemtsma mit dem *Institut für Zeitgeschichte* seinen Frieden: Die Münchner wurden zum Abschluss der Tournee der neuen Ausstellung 2004 zu einer gemeinsamen Konferenz nach Hamburg eingeladen. Institutsdirektor Möller nutzte die Gelegenheit, seinen ganz eigenen Beitrag zu

<sup>171</sup> Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944, Katalog, Hamburg 2002, S. 579.

<sup>172</sup> Zur Kritik an der zweiten Ausstellung vgl. Jan Philipp Reemtsma, Zwei Ausstellungen, in: Mittelweg 36, 13. Jg., 3. Juni / Juli 2004, S. 53-71.

<sup>173</sup> Interview mit Jan Philipp Reemtsma und Ulrike Jureit, FAZ, 27. 11. 2001.

<sup>174</sup> »Kritiker mundtot gemacht«. Peter Gauweiler über seine Rolle vor fünf Jahren, SZ, 8. 10. 2002.

<sup>175</sup> »Wehrmachtsausstellung hat der Kritik Rechnung getragen«, Interview mit Horst Möller, Oberhessische Presse, 19. 12. 2001.

<sup>176</sup> Die Woche, 12. 11. 1999.

<sup>177</sup> Wolfgang Wippermann, Die Woche 7.12. 2001; Konstantin Lukas, Die Tagespost, 11. 12. 2001; Werner Röhr, Junge Welt, 19. 12. 2001; Christa Zöchling, Profil (Wien), 13. 3. 2002; Peter Steinbach, Rheinischer Merkur, Nr. 5, 2002; Heinrich Senfft, 1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, September 2002, Heft 2, S. 172-191; Klaus Hesse, GWU, Oktober 2002, Heft 10, S. 594-611; Habbo Knoch, Grenzen des Zeigbaren. Fotografie und die Ausstellungen über die Wehrmachtsverbrechen, in: Wolfgang Ernst, Anselm Franke (Hg.), Politik der Bilder. Visuelle Kompetenz und Kriegsbildrhetorik, Berlin 2002, S. 21-43.

<sup>178</sup> FAZ, 29.11.2001.

<sup>179</sup> Standard, 15. 4. 2002.

einer der umstrittenen Fragen der verhassten Ausstellung, zum Umfang der Täterschaft, zu leisten. Nachdem er die Zahl der Täter in der Wehrmacht während der Laufzeit der Ausstellung in München 1997 mit 400 000 beziffert,<sup>180</sup> diese Zahl aber nach Eröffnung der neuen Ausstellung 2001 auf 100 000 reduziert hatte,<sup>181</sup> ließ er sie jetzt auf »720 000 bis 900 000 Täter« hochschnellen.<sup>182</sup> Möllers Mitarbeiter Christian Hartmann hatte diese Zahl schon vorab zu fundieren versucht.<sup>183</sup> Die Quelle für diese Quote war Rolf-Dieter Müller, der sich 1999 auf eine angebliche Schätzung der Zahl der deutschen Täter im besetzten Italien berufen hatte, ohne dafür einen Beleg anzugeben.<sup>184</sup> Luftige Wissenschaft! Möller und Hartmann durften auch unwidersprochen die alte, längst als Lüge überführte Behauptung verbreiten, der Leiter der ersten Ausstellung habe von einer Täterquote von 60-80% gesprochen.<sup>185</sup> Wen jetzt nur noch die Frage quält, warum Reemtsma, der verdienstvolle Initiator und kluge Begleiter der Ausstellung diese nach vier Jahren Laufzeit zurückgezogen und sich denen unterworfen hat, die ihn und sein Institut von Anfang an erbittert bekämpft hatten, der findet vielleicht in diesem Kommentar des Redakteurs der *Süddeutschen Zeitung*, Fritz Göttler, aus Anlass des Rückzugs der Ausstellung Anfang November 1999 eine Antwort: »Mit dem Moratorium begeben sich die Verantwortlichen wieder aufs alte Gleis – in die Obhut der traditionellen Wissenschaft. Es mag Müdigkeit bei dieser Entscheidung im Spiel gewesen sein, Resignation. Aber bedeutet dieser Schritt nicht doch einen Verrat an der ursprünglichen Absicht?«<sup>186</sup> Reemtsma würde dieser These eines eingetretenen Zustandes von »Müdigkeit« und »Resignation«, abgesehen von der Wortwahl, wahrscheinlich zustimmen, hatte er doch den Leiter der Ausstellung nach den Auseinandersetzungen in München 1997 gebeten, die Ausstellung bald zu beenden. Als dieser auf die lange Liste der ca. 100 interessierten Städte im In- und Aus-

land und auf die daraus resultierende Verantwortung des *Hamburger Instituts* hinwies, ließ er sich darauf ein, durch Heer einen Verein gründen zu lassen und diesem die Fortführung der Ausstellung zu übertragen.<sup>187</sup> Die Gründung dieses Vereins, zu dessen Kuratorium Ignatz Bubis, Burkhard Hirsch, Hans Koschnik, Margarete Mitscherlich, Hans-Jochen Vogel und Franz Vranitzky gehörten, erfolgte 1998, die Übergabe im folgenden Jahr.<sup>188</sup> Bernd Greiner, einer der anregendsten Mitarbeiter des *Hamburger Instituts*, hat diesen Vorgang zu Recht als eine Art von »Vergesellschaftung« der Ausstellung bezeichnet.<sup>189</sup> Aber genau das wollte Reemtsma nicht – den ebenso unkontrollierten wie emotionalen Prozess einer permanenten Selbstaufklärung und Selbstaneignung derjenigen Wahrheiten über die deutsche Schuld durch die west- und dann gesamtdeutsche Nachkriegsgesellschaft, die der Staat und die von ihm geschützten Täter ein halbes Jahrhundert zu verhindern versucht hatten. Das war für ihn »Vergangenheitspolitik«, die Falle der ersten Ausstellung mit ihrer »geschichtspolitischen Spitze«.<sup>190</sup> Eine solche »geschichtspolitisch aufgeheizte Situation«, so unterstrich Reemtsma, galt es zu vermeiden, und er empfahl für den künftigen Umgang mit der NS-Zeit die kalte »historische Anthropologie«.<sup>191</sup> »Geschichtspolitik«, so wies ihn der Historiker Edgar Wolfrum zurecht, »gehört zur politischen Kultur eines Landes. [...] Es ist absurd, in der Geschichtspolitik nur einen negativen Vorgang zu sehen und sie gleichsam als Degeneration der historischen Erkenntnis [...] zu verwerfen.«<sup>192</sup> Der Literatur- und Kulturhistoriker Willi Jasper wurde deutlicher und konstatierte, »daß der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung kräftig zurückrudert, um den aktuellen Mainstream der offiziellen Geschichtspolitik zu erreichen.«<sup>193</sup> Anstatt durch die Korrektur der aufgetretenen Fehler der ersten Ausstellung deren Glaubwürdigkeitskrise zu beheben und damit den durch die Übertragung an einen repräsentativen Verein in Gang gesetzten Prozess der Transformation zu einer Art von selbstkritischer und sich selbst regulierender gesellschaftlicher »Wahrheitskommission« zu ermöglichen, entschied Reemtsma sich für die Kapitulation vor den konservativen und revisionistischen Gegnern der Ausstellung, um sich so die Flucht »in die Obhut der traditionellen Wissenschaft« zu ermöglichen. Klaus Theweleit hat diesen Vorgang bitter so kommentiert: »Seriosität« ist eine Falle, in die bis heute sowohl die universitären Wissenschaften gerannt sind und rennen, wie auch andere Institute, die nichts so sehr wollen, wie »ernstgenommen« werden von den »maßgeblichen« Institutionen der Gesellschaft und deren Repräsentanten. Die Selbstkasteiung, die Jan Philipp Reemtsma mit der »Reinigung« der Konzeption der sogenannten Wehrmachtsausstellung vorgenommen hat, ist ein eindringlicher Beweis.«<sup>194</sup>

<sup>180</sup> SZ, 6. 3. 97

<sup>181</sup> Oberhessische Presse, 19.12. 2001.

<sup>182</sup> Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit, (Hg.) Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 12.

<sup>183</sup> Christian Hartmann, Verbrecherischer Krieg - verbrecherische Wehrmacht? Überlegungen zur Struktur des Ostheeres 1941-1944, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 52 (2004), S. 1-75; zur Kritik vgl. Hannes Heer, Taten ohne Täter. Das Institut für Zeitgeschichte rettet die Wehrmacht, in: ders. Hitler war's. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit, Berlin 2005, S. 237-291

<sup>184</sup> Interview mit Rolf-Dieter Müller, Der Spiegel, 23/1999.

<sup>185</sup> Hartmann u. a., Verbrechend der Wehrmacht, S. 12, 70. Heer hatte auf einer Pressekonferenz zur Eröffnung in Stuttgart im Herbst 1995 erklärt, genaue Täterzahlen seien nach 50 Jahren nicht mehr zu ermitteln und dann, um eine Vorstellung vom Ausmaß der moralischen Korruption in der Wehrmacht zu geben, aus einem Brief, den ihm der Enkel eines ehemaligen Soldaten zugeschickt hatte, das Folgende zitiert: »80% haben alles mitgemacht, weniger als ein Prozent haben sich geweigert, und der Rest waren unsichere Kantonsisten.« Die Soziologin Birgitta Nedelmann hat in einem vom Hamburger Institut 1999 herausgegebenen Buch den öffentlichen Diskurs an vier Ausstellungsorten untersucht und aufgezeigt, dass »die Journalisten [...] dieses Zitat jedoch Heer selbst als historische Aussage zu[geschrieben] hätten, woraus dann eine von Medien und Veteranenverbänden hochgeschaukelte »verzerrte ‚Prozentdebatte« entstanden sei. Vgl. Birgitta Nedelmann, Die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« und die Konstruktion öffentlicher Diskurse, in: Hamburger Institut, Eine Ausstellung und ihre Folgen, S. 230-261, hier S. 238. Ich hatte 2002 auf Anfrage von Hartmann nach der Richtigkeit des Zitats in einem Antwortbrief auf den tatsächlichen Vorgang hingewiesen. Meine Auskunft wurde von Hartmann ebenso negiert wie Nedelmanns seit 1999 vorliegender Beitrag.

<sup>186</sup> SZ, 9. 11. 1999.

<sup>187</sup> Reemtsma, Zwei Ausstellungen, S. 57.

<sup>188</sup> Greiner, Bruchstücke, S. 17 f.

<sup>189</sup> Ebd., S. 18.

<sup>190</sup> Interview Jan P. Reemtsma, Peter Klein, Die Welt, 26.11.2001.

<sup>191</sup> Interview Jan P. Reemtsma, Bogdan Musial, Die Welt, 16.9.2000.

<sup>192</sup> Edgar Wolfrum, Von der Nützlichkeit der Geschichtspolitik, Die Welt, 21. 9. 2000.

<sup>193</sup> Willi Jasper, Ein Geschichtspolitiker rudert zurück, Die Welt, 28.9. 1999.

<sup>194</sup> Klaus Theweleit, Deutschlandfilme. Godard. Hitchcock. Pasolini,

Geschichtspolitische Wendungen sind keine Verschwörungen. Es gibt Wortführer, die öffentlich auftreten und solche, die im Hintergrund agieren. Beide Typen von Akteuren vertreten die Interessen von Institutionen und Gruppen, die auf zurückliegende Geschichtsbilder zurückgreifen oder neue, bisher nicht durchgedrungene Vorstellungen von Vergangenheit und Zukunft artikulieren. Aus dem Zusammenspiel dieser Kräfte können sich im gegebenen historischen Moment tiefgreifende Entscheidungen darüber ergeben, welche Gesichtszüge im Selbstbild einer Gesellschaft künftig die prägenden sein sollen. Bei der Eröffnungsveranstaltung der neuen Ausstellung waren die Kräfte, die sie erzwungen hatten, in der Rolle als Redner ins Rampenlicht getreten und die Vertreter von Bundesregierung und Bundeswehr, die durch die Ausstellung schlenderten, beglaubigten damit, dass diese ein staatstragendes Bild von der Wehrmacht und deren Krieg geliefert hatte. Sie hatte nicht nur eine Debatte beendet, durch die das Land gespalten worden war, sondern sie hatte auch ein sperriges Kapitel der Vergangenheit so bearbeitet, dass es als erledigt und entsorgt abgehakt werden konnte. Der neue SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte schon beim Regierungsantritt das Vertrauen in »Deutschlands Kraft« und das »Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss«, proklamiert. Die erwachsene Nation, so der Kanzler, stelle sich »der Geschichte und ihrer Verantwortung«, aber sie sei, »bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, nach vorne orientiert.«<sup>195</sup> Das neue Lebensgefühl, das er sich wünschte, beschrieb er so: »Das Deutschland, das wir repräsentieren, wird unbefangen sein, in einem guten Sinne vielleicht sogar deutscher.«<sup>196</sup> Was aus diesem »unbefangen und deutscher« resultierte, ließ der Kanzler seinen Regierungssprecher und Vertrauten, Uwe Karsten Heye, erklären: Die europäischen Nachbarn sollten sich daran gewöhnen, »dass Deutschland sich nicht wehr mit dem schlechten Gewissen traktieren lässt.«<sup>197</sup> Es werde, so Schröder, keine »neue Wiedergutmachungsdebatte« geben.<sup>198</sup> Diese »Normalitätsrhetorik«, wie der *Spiegel* den neuen Kurs des Regierungschefs zusammenfasste,<sup>199</sup> schloss bestimmte Debatten aus, weil er diese, wie die Forderungen nach weiteren Wiedergutmachungszahlungen, entweder für erledigt oder aber, wie den Streit um die Wehrmachtsausstellung und die Walser-Bubis-Debatte, für falsch hielt.<sup>200</sup> Die Liste, die Michael Jeismann unmittelbar vor der Eröffnung der zweiten Wehrmachtsausstellung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erstellt hat, liest sich wie eine Konkretisierung dieser geschichtspolitischen Agenda des Bundeskanzlers. »Es scheint, als liefe die Ausschlussfrist unseres Rechts auf die eigene Zeit ab. Seit 1989 handelte es sich um eine geliehene Zeit, wie

wir jetzt feststellen müssen. Die Bundesrepublik hat sie vor allem dazu genutzt, ihre Vorgeschichte zu bestellen, um sich dann selbst in Szene setzen zu können. In einem einzigen Monat, in diesem November, vollendet sich dieses Werk. In Berlin beginnen die Arbeiten am Holocaust-Denkmal, in Nürnberg hat man den verwaorsten Monumentalismus des Reichsparteitagsgeländes historisch-kritisch gezähmt. Den Schluss wird die neue Wehrmachtsausstellung bilden, die korrekt und klug zu sein verspricht. In einem doppelten Sinn war das jetzt unsere Vergangenheit, ausgeleuchtet und gedeutet.«<sup>201</sup>

Aber die sperrige »Vorgeschichte« des wiedervereinigten Deutschlands ließ sich nicht so leicht »bestellen« und »zähmen«. Die Leerstelle, die Reemtsmas neue Ausstellung hinsichtlich der Täter, deren Größenordnung wie deren Mentalität, hinterlassen hatte, wurde von einer neuen Debatte besetzt. Martin Walser, ausweislich seines Romans *Finks Krieg* ein vehementer Gegner der ersten Wehrmachtsausstellung<sup>202</sup> und, wie seine Friedenspreisrede 1998 zeigte, auch des Holocaust-Mahnmals,<sup>203</sup> hatte in der Paulskirche ganz generell »gegen die unaufhörliche Präsentation unserer Schande« in den 1990er Jahren protestiert und als Sprachrohr des schweigenden Deutschland postuliert, endlich wieder von der Welt als »ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft« anerkannt zu werden.<sup>204</sup> Das war exakt das, was Jürgen Habermas als die »zweite Lebenslüge« der Bundesrepublik bezeichnet hatte.<sup>205</sup> Im Gespräch mit seinem Freund Rudolf Augstein nannte Walser den Grund seines Leidens an der deutschen Geschichte: »Tätermäßig habe ich nie etwas damit zu tun gehabt. Aber dennoch bin ich, warum, weiß ich auch nicht, hineinverwirrt in diesen Dreck. Und ich merke nachträglich, [...] dass ich nicht herauskomme.«<sup>206</sup> Das ging vielen Deutschen so, die sich den Tatsachen nicht stellen wollten. Eine Linderung dieser Pein oder gar den Seelenfrieden versprach eine Literatur, die, wie in den ersten fünf Jahrzehnten nach dem Krieg, von den Deutschen als Opfer erzählt hatte – Opfer des Versailler Vertrags, der Verführung und dann des Terrors der Nazis, des Krieges an der Front wie in der Heimat, der Gefangenschaft und der Siegerjustiz, den Schrecken von Flucht und Vertreibung.

An diese Tradition knüpften zwei Bücher an, die gleichzeitig 2002 erschienen – Jörg Friedrichs Buch *Der Brand*, ein Bericht über den Luftkrieg der Alliierten gegen die deutsche Zivilbevölkerung.<sup>207</sup> und Günter Grass mit seiner Novelle *Im Krebsgang*, die den Untergang des Dampfers *Gustloff* mit 5000 Flüchtlingen im Januar 1945 durch ein sowjetisches U-Boot erzählte.<sup>208</sup> Friedrich hatte schon 1993 in einem umfänglichen Werk die Wehr-

Frankfurt, Basel 2003, S. 222 f.

195 Der Spiegel, 49/1998, 7. 12. 1998.

196 Die Zeit, 12. 11. 1998.

197 Der Spiegel, 49/1998, 7. 12. 1998.

198 Konkret, 01/99.

199 Der Spiegel, 49/1998

200 So erklärte Schröder, nach Walsers umstrittener Friedenspreisrede und den dadurch ausgelösten Turbulenzen befragt »Ich denke, ein Schriftsteller muß das sagen dürfen, der Bundeskanzler nicht.« Die Zeit, 12. 11. 1998.

201 FAZ, 16. 11. 2001.

202 Martin Walser, Finks Krieg, Frankfurt/Main 1998, S. 292-295.

203 Martin Walser, Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, in: Die Walser-Bubis-Debatte, hrsg. von Frank Schirrmacher, Frankfurt/Main 1999, S. 13.

204 Ebd., S. 12 f.

205 Vgl. Anm. 56.

206 Der Spiegel, 45/1998, 2. 11. 1998.

207 Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, Berlin 2002.

208 Günter Grass, Im Krebsgang, Göttingen 2002.

macht und deren Krieg in der Sowjetunion als Opfer der »Gesetze« des modernen Krieges entschuldigt.<sup>209</sup> Daher geißelte er die Ausstellung als »Infamie« und feierte deren Schließung.<sup>210</sup> Die Wirkung der Bomber auf die schutzlose deutsche Zivilbevölkerung beschrieb er mit solchen Metaphern und Bildern – »Gaskeller«, »Krematorium«, »Schmelzofen«, »der Qualm«, »der brandige Hauch der Vernichtung«, »die Einsatzgruppe«, »zur Rampe« und dann »wird liquidiert«<sup>211</sup> – sodass die NPD nur den Sammelbegriff dafür im sächsischen Landtag auszusprechen brauchte – »Bomben-Holocaust.«<sup>212</sup> Grass hatte sich von Kommentaren zur Ausstellung enthalten, wahrscheinlich, weil er fürchtete, seine eigene Geschichte als ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger und damit der Wehrmacht unterstellter Soldat könnte aufliegen.<sup>213</sup> Aber er in der Begründung dieses Stoffes, wird ein Motiv sichtbar, das dem von Grass verwandt ist – von Tabus umstellt und mit Redeverboten belegt zu sein. Der Protagonist der Novelle weist darauf hin, dass das Thema *Gustloff* »jahrzehntelang tabu« gewesen sei, »gesamtdeutsch sozusagen«, und dessen Mutter spitzt das zu auf die Anklage, »im Osten« habe man darüber nicht reden dürfen und »im Westen« sei, wenn überhaupt, »nur von and[e]re[n] schlimmen Sachen, Auschwitz und so was, die Rede gewesen.«<sup>214</sup> Der Autor leitet daraus die abwegige Konstruktion eines »Versagens« der deutschen Linken ab: »Nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue in all den Jahren vordringlich gewesen sei«, habe man die deutschen Opfer des Krieges bei Flucht und Vertreibung den Rechtsradikalen überlassen und zum Entstehen einer Neonazi-Bewegung beigetragen.<sup>215</sup> Mit beiden Büchern war eine Tür aufgestoßen worden. Das zeigte sich, als 2003 ein schon 1959 veröffentlichtes Tagebuch einer anonymen Berliner unter dem Titel *Anonyma, Eine Frau in Berlin* von Hans Magnus Enzensberger neu ediert wurde.<sup>216</sup> Es handelt von den Vergewaltigungen deutscher Frauen durch siegreiche Rotarmisten in Berlin in den Monaten vor und nach der Kapitulation. Der erste Herausgeber und möglicherweise auch Bearbeiter war Kurt Marek gewesen, der als Bestsellerautor unter dem Namen C. W. Ceram mit seinen archäologischen Büchern weltberühmt worden war. Im Krieg hatte er als Angehöriger einer *Propagandakompanie* den ersten Ruhm als Autor von Durchhalte-Romanen der Wehrmacht wie *Wir hielten Narvik!* geerntet. Im Nachwort zur Erstausgabe 1954 in den USA charakterisierte er die *Anonyma* im Stil des neuen »Kalten Krieges« als Opfer

der »roten Apokalypse«.<sup>217</sup> Ewige Front – von Narvik bis Berlin! Natürlich nahmen sich auch Film und Fernsehen des Themas an: Der Filmproduzent Nico Hofmann präsentierte 2005 den Kinofilm *Dresden* und 2007 den Fernseh-Zweiteiler *Die Flucht*, mit jeweils 12 Millionen Zuschauern. 2008 erfolgte die Verfilmung von *Anonyma*. »Deutschland ein Volk von Opfern«, so lautete jetzt der Titel des neuen Abschnitts von Geschichtsarbeit.<sup>218</sup> Deren aktuellstes Produkt ist, ebenfalls von Nico Hofmann produziert, der dreiteilige Fernseh-Blockbuster »Unsere Mütter, unsere Väter«. Darin hat die Legende von der »sauberen Wehrmacht« ihre Wiedergeburt erlebt, mit der dezidierten Überhöhung zur »unschuldigen« Generation war – unsere Eltern in Person von fünf Freunden. Einer davon ist Jude – zur dringend benötigten Versöhnung nach dem Desaster.

209 Jörg Friedrich, *Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht*, München 1993. Vgl.

210 Berliner Zeitung, 30. 10. 1999. Vgl. Hannes Heer, *Brandstifter. Jörg Friedrich als Täterforscher*, in: ders., *Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei*, Berlin 2004, S. 274-306, hier S. 274-279.

211 Vgl. Heer, *Brandstifter*, S. 279-306, hier: S. 292-302.

212 FAZ, 21. 1. 2005.

213 Zu Walsler und Grass vgl. Hannes Heer, *Der Skandal als vorlauter Bote. Deutsche Geschichtsdebatten als Generationengespräch*, in Jan Lohl, Angela Moré (Hg.), *Unbewusste Erbschaften des Nationalsozialismus. Psychoanalytische, sozialpsychologische und historische Studien*, Gießen 2014, S. 25-147.

214 Günter Grass, *Im Krebsgang*, Göttingen 2002, S. 31, 50.

215 Ebd., S. 77, 99.

216 *Anonyma, Eine Frau in Berlin. Tagebuch-Aufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945, ... 2003*.

217 SZ, *Magazin*, 12./13. 4. 2008; *Lexikon der Vergangenheitsbewältigung*, hrsg. Torben Fischer, Matthias N. Lorenz, Bielefeld 2007, S. 351.

218 Lothar Kettenacker (Hg.), *Deutschland ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-1945*, Berlin 2003.



Veranstaltung »Vernichtungskrieg in Osteuropa und das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Bewusstsein« mit (v. l. n. r.) Dr. Jörg Morré, Hannes Heer, Jan Korte, Günter Saathoff, Ulla Jelpke und Günter Rieser

## Podiumsdiskussion vom 17.06.2015

### Ulla Jelpke, MdB

Wir kommen jetzt zum praktischen Teil des Fachgesprächs. Wenn ich hier die gesamte Geschichte der letzten 20 Jahre erzählen würde, was wir alles gemacht haben, um insbesondere für die sowjetischen Kriegsgefangenen eine symbolische, materielle Entschädigung zu erreichen würde das wahrscheinlich zu lange dauern. Aber ich will zumindest noch mal sagen, dass ich zum Schluss recht frustriert war, weil ich glaubte, auch dieses Mal – nach 70 Jahren – wird es wohl zu keiner Entschädigung kommen. Das Wort Entschädigung ist eigentlich sowieso fehl am Platz. Entschädigen kann man einen Menschen gar nicht für dieses schreckliche Schicksal. Tage vor der Anhörung des Haushaltsausschusses haben wir von einigen Politikern hören müssen: »Das ist eine bedauernswerte Gruppe, die sowjetischen Kriegsgefangenen«. Man hat gehört, ich zitiere das mal von Frau Steinbach, die gesagt hat: »Was bis heute überfällig ist, ist eine Entschädigung der ehemaligen Kriegsgefangenen der Sowjetunion durch das eigene Land selber«. Mit anderen Worten: hier wurde immer gleichgestellt: deutsche Kriegsgefangene mit sowjetischen Kriegsgefangenen. Herr Strobel von der Union hat beispielsweise gesagt: »Putin würde sich ins Fäustchen lachen, wenn wir jetzt entschädigen würden«. Jedenfalls war ich davon ausgegangen, dass wir wahrscheinlich auch dieses Mal wieder keine Entschädigung für die ungefähr 2.000 noch lebenden und hochbetagten sowjetischen Kriegsgefangenen bekommen werden. Dass es nun doch gelungen ist freut uns sehr, auch wenn die geplante Umsetzung nicht ganz unseren Forderungen entspricht. 2.500 € für jeden Einzelnen sind als Summe angesetzt. Die LINKE hat gesagt: Wir brauchen eine Entschädigung, die sich analog daran orientiert, was damals die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) für die Zwangsarbeiter oder Zwangsarbeiterinnen, die in KZs oder KZ-ähnlichen

Einrichtungen inhaftiert waren, ausgezahlt hat. Das ist nicht gelungen, aber wie dem auch sei, trotzdem sind wir froh darüber, dass es dann doch sehr schnell zu einer positiven Entscheidung kam. Der Hintergrund war einfach ganz aktuell, dass wir noch einmal aufgrund der Anträge von LINKEN und Grünen eine Anhörung zum Thema im Bundestag hatten. In dieser Anhörung hat es zwar auch Positionen, etwa vom Vertreter der Adenauer-Stiftung, gegeben, die die Gleichsetzung von deutschen und sowjetischen Kriegsgefangenen vorgekommen haben. Am Ende kam aber auch der Sachverständige der Union – so wie alle anderen – zu dem Ergebnis, dass es eine Entschädigung geben muss

Deswegen freue ich mich, dass ich jetzt Herrn Günter Rieser befragen kann. Er ist vom Bundesfinanzministerium und wird uns sicherlich gleich einige Fragen beantworten können, wie es jetzt weiter geht. Ich würde Sie besonders fragen wollen: Wie sieht es aus mit den Anspruchsberechtigten? Wie kommt man überhaupt an die Opfer ran? Was plant das Ministerium? Ist die Richtlinie zur Umsetzung der symbolischen Entschädigung unterzeichnet worden? Es wäre schön, wenn Sie uns dazu etwas sagen könnten.

### Günter Rieser, Bundesministerium für Finanzen, BMF

Vielen Dank. Formal muss man zunächst dazu sagen, der Haushaltsausschuss hat einfach eine Summe von 10.000.000 € mit der Maßgabe beschlossen, dass eine entsprechende Richtlinie dazu vom Bundesfinanzministerium zu erstellen ist, die dann allerdings nachträglich auch wieder der Zustimmung des Haushaltsausschusses bedarf. Zusätzlich müssen diese Mittel noch entsperrt werden. Die sind derzeit gesperrt und können als solche noch nicht verausgabt werden. Das ist für uns als eine typische deutsche Verwaltung sicherlich etwas ungewöhnlich, dass man als erstes die Mittel zur Verfügung bekommt und daraufhin die entsprechende Regelung erlässt. Normalerweise kennt man das umgekehrt, dass wir eine Regelung haben und dann

dem Geld hinterherlaufen. Nichts desto trotz versuchen wir das. Uns ist natürlich bewusst, dass wegen des hohen Lebensalters der Betroffenen extreme Eile geboten ist und wir das so schnell wie möglich erstellen und dem Haushaltsausschuss vorlegen müssen. Wir schätzen allerdings bei der Komplexität, dass wegen dieser Zustimmung des Haushaltsausschusses letztlich die fertige Richtlinie mit der Zustimmung erst nach der Sommerpause in Kraft treten kann.<sup>219</sup>

Zu dem von Frau Jelpke vorhin genannten Betrag kann man sagen, auch dieser Einzelbetrag ist in der pauschalen Summe, die der Haushaltsausschuss beschlossen hat, nicht genannt. Unabhängig davon: der endgültigen Richtlinie kann ich nicht vorgreifen, aber ich gehe persönlich davon aus, dass es sich tatsächlich um einen Betrag von 2.500 € handeln dürfte. Es gibt Parallelen auch bei untergesetzlichen Leistungen für nationalsozialistisches Unrecht, zum Beispiel in den AKG Härterichtlinien (Allgemeines Kriegsfolgengesetz), wo wir von 5.000 DM in der ursprünglichen Fassung ausgegangen sind. Wir werden versuchen, möglichst schnell sprechfähig gegenüber dem deutschen Bundestag zu sein, sodass die Richtlinien nicht in allen Einzelheiten, aber zumindest die Eckwerte der anstehenden Regelung möglichst schnell herausgearbeitet werden können. Das eine wäre dieser Einzelbetrag, zum anderen ist es natürlich eine ganz entscheidende Frage, welche Institution für die Umsetzung zuständig sein soll. Dazu kann ich nur sagen: Wir sind – ich vertrete die Arbeitsebene des Ministeriums auf Referatebene – mit Hochdruck daran. Eine Entscheidung der Leitung des Hauses, die dazu sicherlich erforderlich ist, ist noch nicht gefallen.

Zur möglichen Umsetzung drängt sich wegen der entsprechenden Erfahrung auf diesem Feld, die Stiftung EVZ als durchführende Organisation auf, weil sie über die Durchführung der Zwangsarbeiterentschädigung entsprechende Erfahrungen und Expertisen hat. Allerdings muss ich dazu sagen: Es gibt in unserem Geschäftsbereich noch eine andere Behörde, das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV), die als Zusatzaufgabe – das gehört nicht zu deren Kernbestand an Aufgaben – vor etwa 10 Jahren die Durchführung der Anerkennungsrichtlinien, also die Anerkennungsleistung für Arbeit in einem Ghetto (Ghettorenten) übernommen hat und so wie wir es im Moment einschätzen, sicherlich auch über gewisse Erfahrungen im geografischen Raum und eben auch bei der technischen Durchführung einer Leistung an einzelne Betroffene direkt aus dem Bundeshaushalt verfügt<sup>220</sup>. Es muss entschieden werden, welche Institution das letztendlich sein soll. Ich selbst bin stellvertretendes Kuratoriumsmitglied der Stiftung EVZ. Ich habe persön-

lich – wenn ich da aus dem Nähkästchen plaudern darf – eine gewisse Präferenz. Unter Abwägung aller maßgeblichen Informationen ist es aber auch und vor allen Dingen eine Kostenfrage. Man wird sicherlich auch das Ziel verfolgen müssen, dass letztendlich von den 10.000.000 € möglichst viel an materiellen Leistungen bei den Betroffenen ankommt und möglichst wenig für Verwaltungskosten verwendet wird. Die Entscheidung, wie gesagt, muss die Leitung des Hauses noch treffen – die ist noch nicht getroffen worden.<sup>221</sup>

### **Ulla Jelpke**

Das heißt also, es ist noch nicht klar, wer die Auszahlungen vornimmt, ob das beispielsweise die EVZ macht? Das soll dann erst im Herbst entschieden werden?

### **Günter Rieser**

Nein. Ich sagte: Die Richtlinien in allen Einzelheiten, das heißt auch, welche Fristen zum Beispiel für ein Antragsverfahren dort geregelt sein werden und auch die Frage, inwieweit man zum Beispiel Glaubhaftmachungen oder möglichst auch vereinfachte Nachweise zulässt, das alles muss noch überlegt werden. Die Eckpunkte eben. Zu den Eckpunkten zähle ich auch die Frage: Wer ist die durchführende Organisation? Da gehe ich davon aus, dass das entweder noch in dieser oder in der nächsten Woche entschieden wird. Die entsprechenden Unterlagen und die Vorbereitung der Leitung sind fertig, es muss nur noch entschieden werden.

### **Ulla Jelpke**

Das muss ich ja hier nicht betonen: Die Menschen, um die es geht, sind hochbetagt. Das heißt jeden Tag sterben weitere Opfer, die einen Anspruch hätten und für die das sehr wichtig wäre. Deswegen muss man da wahrscheinlich auch noch mal Druck machen, damit es möglichst schnell geht. Das können wir für uns mitnehmen, dass wir die Abgeordneten noch mal ansprechen. Ich gehe jetzt mal zu Günter Saathoff über. Günter Saathoff ist im Vorstand der Stiftung EVZ. Ich bin übrigens auch in dieser Stiftung, im Kuratorium, von Anbeginn mit Günter Saathoff zusammen. Ich würde es gut finden, wenn du hier den Zuhörerinnen und Zuhörern nochmal erzählst, warum die sowjetischen Kriegsgefangenen damals aus der Zwangsarbeiterentschädigung rausgenommen worden sind. Warum hat man sie ausgegrenzt? Dann könntest du uns vielleicht auch einiges sagen zu dem Punkt: Was muss jetzt passieren, damit möglichst schnell die Mittel auch an diese Opfer kommen? Ich glaube, dass ihr euch auch schon Gedanken darüber gemacht habt, auch wenn ihr noch nicht auserkoren seid, diese Auszahlung vorzunehmen.

### **Günter Saathoff, Vorstand der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« – EVZ**

Herzlichen Dank, dass ich heute eingeladen bin. Ich

<sup>219</sup> Der Haushaltsausschuss hat noch vor der Sommerpause, am 1. Juli 2015, das BMF gebeten, ihm die Richtlinie zusammen mit dem Antrag auf Entsperrung der Haushaltsmittel in Kapitel 08 01 Titel 685 21 zur Zustimmung vorzulegen. Zugleich hat er mehrere Eckpunkte formuliert, die die Richtlinie enthalten soll. Am 14.9. wurde die Richtlinie im Haushaltsausschuss vorgelegt und am 23.9. einstimmig verabschiedet.

<sup>220</sup> Das BADV vollzieht seit dem Jahr 2007 die »Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war« und hat bislang rund 70 000 Fälle bearbeitet.

<sup>221</sup> Inzwischen wurde vom BMF eine Entscheidung zu Gunsten des BADV getroffen.

habe dem Verfahrensvorschlag, oder dem Verfahrensstand, wie Herr Rieser ihn vorgetragen hat, nichts hinzuzufügen, außer am Ende meines kurzen Statements noch einen Hinweis auf die Frage, wie man damit parlamentarisch weiter umgehen kann, oder auch sollte. Die Entscheidung, die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht zu berücksichtigen, ist erst mal nur verständlich vor dem Hintergrund, dass das Stiftungsgesetz überhaupt keine Kriegsgefangenen entschädigen sollte. Man hat immer versucht – man kann auch rechtlich differenzieren zwischen reparationsrechtlichen Ansprüchen und entschädigungsrechtlichen Ansprüchen – zu unterscheiden und die entschädigungsrechtlichen Ansprüche orientieren sich immer an spezifischem, nationalsozialistischem Unrecht, im Gegensatz zu anderen Reparationsansprüchen. Ich glaube, wir wollen jetzt hier keine Juristendebatte führen. Aber wichtig ist auch: Durch eine Formulierung im Gesetz wurde sehr deutlich gemacht, dass Kriegsgefangenschaft keine Leistungsberechtigung begründet. So heißt es im § 11. Die Frage, die sich sehr bald gestellt hat – auch in den parlamentarischen Beratungen – war dann, auch wenn es nicht sehr intensiv geschehen ist, wie man mit besonderen Gruppen von Opfern umgeht, bei denen man annehmen könnte, dass sie nicht wie normale Kriegsgefangene behandelt wurden, sondern dort noch zusätzliche Kriegsverbrechen, usw. begangen wurden. Das betraf unter anderem die italienischen Militärinternierten, es betraf aber auch die sowjetischen Kriegsgefangenen. Ich habe damals – das war noch in der ersten Phase, nach eineinhalb Jahren, als wir uns mit dem BMF, aber auch mit anderen über Auslegungsfragen, teilweise streitig, teilweise im Konsens, geeinigt haben, die Frage gestellt, wie viele sowjetische Kriegsgefangene denn noch leben würden. Es konnte keine belastbare Zahl genannt werden. Und dann ist entschieden worden: Das kann in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt werden. Und die italienischen Militärinternierten sind mit einer eigenen Begründung, die damals die Bundesregierung mit einem Gutachten belegt hat – ich sage das jetzt mal etwas überspitzt – raus definiert worden. Das ist sozusagen in einem Akt erledigt worden. Dann ist auch relevant, ich zitiere es des Öfteren, dass man mit dem BMF einen Konsens gefunden hat, dass bei den sowjetischen Kriegsgefangenen, oder überhaupt bei Kriegsgefangenen, die in einem KZ waren, der Kriegsgefangenenstatus, der ja eigentlich ein Schutzstatus ist, nachrangig ist und praktisch der Verfolgungsanteil der Behandlung damit offensichtlich wird. Das betraf übrigens auch kanadische Piloten, die abgeschossen worden und die von der Armee oder von der Polizei später in KZs überstellt worden sind. Da hat sich auch die kanadische Regierung sehr heftig zusammen mit der US-Regierung darum bemüht, dass die auf jeden Fall entschädigt werden. Man kann nicht unbedingt sagen, dass das für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion auch so geschehen ist, dass sie darum gekämpft hätten: Unsere sowjetischen Kriegsgefangenen müssen entschädigt werden. Ich möchte das hier gerne hinzufügen. Das ist aktuell eine neuere Entwicklung und ich bin froh darüber. Aber es wirft ja auch nochmal einen Blick darauf, wie diese Opfergruppe in der Sowjetunion behandelt worden ist, nämlich auch als Verräter.

Und viele sind in Gulags gekommen, diesen Teil der Geschichte muss man dazu erzählen, weil man sonst nicht versteht, dass natürlich im Hintergrund immer politische Einflussnahmen eine große Rolle spielen. Und unser Gesetz wäre nie zustande gekommen, wenn nicht die US-Regierung sehr heftig interveniert hätte. Ohne politischen Einfluss geht es nicht. Hier kann man sagen: Es gab keine richtige Lobbygruppe für die sowjetischen Kriegsgefangenen.

Zweitens: Zahlen waren überhaupt nicht belastbar – auch bei Nachfragen, die ich ja gestellt hatte – und damit sind die sozusagen durch den Rost gefallen. Ich würde heute nicht mehr so viel Zeit darauf verwenden wollen, diesen schlechten Teil der Geschichte noch weiter auszudifferenzieren. Ich kann nur sagen: Ich bin jetzt froh, dass es gelungen ist, sowie Frau Jelpke das auch angesprochen hat und würde auf jeden Fall sagen, die Umsetzung eines solchen Verfahrens muss zunächst noch mal im Parlament sauber definiert werden.

Das ist der erste Punkt. Denn die parlamentarischen Anträge die vorliegen, enthalten drei Elemente, das eine ist ein symbolischer Betrag, der heißt auch in beiden Anträgen Anerkennungsbetrag und nicht Entschädigungsbetrag. Das ist auch das Angemessene.

Zweitens: Es geht eigentlich um die Anerkennung des Unrechts. Und wenn man nur Geld gibt, würde das nicht gelingen. Es ist der Vorteil des Haushaltsausschusses, dieses schnell entschieden zu haben. Aber eine Geldzahlung ohne Über- oder Unterbau kann weder als Entschuldigung oder als Unrechtsgeste definiert, noch kann es von den Opfern als Würdigung verstanden werden, für das was ihnen angetan wurde. Ich glaube, eine solche Entscheidung des deutschen Bundestages wäre wichtig. So etwas hat es früher schon öfter bei anderen Opfergruppen gegeben, darauf sollte sich das Parlament verständigen und wenn es geht, fraktionsübergreifend. Ich finde es in diesen Fragen wichtig, dass das, wenn es irgendwie geht, fraktionsübergreifend geschieht.

Drittens: Wichtig sind jetzt in der Tat ein paar »Essentials«, die die Regierungsfaktionen festlegen sollten, was – glaube ich – ganz einfach ist. Ich hoffe, es wird keinen Streit darüber geben.

a) Es gibt diesen Anerkennungsbetrag. Selbstverständlich hätte man auch problemlos einen höheren Betrag begründen können. Ich habe die Argumentationen in Ihrem Antrag gut nachvollziehen können.<sup>222</sup>

b) Man muss einen Antrag stellen.

c) Es wird sicherlich auch eine Antragsfrist geben. Das ist völlig unvermeidlich und Anträge können nur Überlebende stellen.

<sup>222</sup> DIE LINKE hat in ihrem Antrag eine Anerkennungssumme von 7.500 € gefordert, analog zu den Summen für Zwangsarbeit in einem KZ oder einer KZ-ähnlichen Einrichtung.

Das sind ein paar »Essentials«, auf die kann man sich wahrscheinlich schnell einigen, vielleicht noch vor der Sommerpause. Und die Details würden dann nach einer Richtlinie, die dann noch erarbeitet wird, ausgestaltet werden. Wir haben schon Vorschläge gemacht, die in unserer Richtlinie aufgenommen werden könnten, aus guten, aber auch aus schlechten Erfahrungen mit dem Stiftungsgesetz. Es haben sich auch einige Sachen nicht bewährt, weil sie wahnsinnig viel Zeit kosten, wenn man sie überprüft.

Herr Rieser, eine Frage wird sicherlich sein, ob vorherige Leistungen angerechnet werden. In diesem Fall, bei so einem geringen Betrag, würde ich davon abraten. Ich sage es auch noch einmal hier, schlichtweg weil die Überprüfung, ob jemand schon die Leistung nach dem Bundesentschädigungsgesetz oder anderen Gesetzen bekommen hat, zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Ich glaube, es werden noch mehr Leute sterben und bei diesem kleinen Betrag muss man eine Kosten-Nutzen-Überlegung anstellen.

Den Punkt den Sie noch angesprochen haben war; wie teuer das wird: Natürlich hat eine Bundesbehörde ihre eigene Kostenregelung, aber hier geht es, glaube ich, auch um politische Kosten. Mein Ziel wäre, egal ob wir damit beauftragt werden oder nicht, dass man das außenpolitisch in einer Form macht, die von den Betroffenen als Würdigung verstanden wird und dass man auch präsent in den Ländern ist, mit Pressekonferenzen, um den Leuten gegenüber zu treten, ins Angesicht zu schauen und zu sagen: »Wir entschuldigen uns dafür, was im deutschen Namen geschehen ist, was Deutsche angerichtet haben« usw. Dazu muss man natürlich die Rückendeckung durch eine Entschließung des deutschen Bundestags haben, weil man die ja letztlich administriert, egal wer es macht. Zusammengefasst: Es gibt niemanden, keine Behörde und auch nicht unsere Stiftung, die nächste Woche loslegen könnte mit Auszahlungen. Ulla, wir haben damals ein Jahr gebraucht, bis das Stiftungsgesetz beschlossen wurde und die Auszahlungen beginnen konnten, was auch an diesem besonderen Element Rechtssicherheit lag. Aber die Ausgestaltung: Wie sehen die Antragsformulare aus? Gibt es Merkblätter dazu? Schafft man es, in den Ländern, in allen möglichen Sprachen – und das ist ausdrücklich nicht nur Russland. Ich glaube, die wenigsten werden aus Russland kommen. Es kommen mehr aus der Ukraine, aus Armenien, aus den baltischen Staaten, also alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind hier ins Blickfeld zu nehmen. Es kann auch durchaus sein, dass ein jüdischer Rotarmist heute in Australien, Israel oder in den USA lebt. Die wird man nicht mit einem riesigen Aufwand von Presse- und Öffentlichkeitsarbeiten mehr bedenken können, denn das würde die ganzen 10 Millionen verschlingen. Man muss es in angemessener Form tun. Und natürlich würde man damit beginnen, die sehr klaren Fälle, die ja auch in manchen Vereinen wie Kontakte e.V. bekannt sind, weil sie mit denen dauerhaft Kontakt haben, sehr schnell zu erledigen im positiven Sinn, damit man schnell zu den ersten Auszahlungen kommt. Und dann muss man sich das mühevoll Geschäft machen,

mit Hilfe von Archiven, mit direkten Anschreiben, mit möglicherweise Rückgriff auf frühere Partnerorganisationen, die es jetzt nicht mehr gibt, zu sehen, ob man noch an Personen heran kommen kann. Die alten Daten nützen einem häufig nichts, weil wir nicht wissen, ob die Leute noch leben. Man muss natürlich auch eine Lebendbescheinigung haben, dass es jetzt nicht ein Nachfahre ist, der einen Antrag stellt, sondern die Überlebenden selbst. Zusammengefasst, glaube ich, man kann im Parlament, wenn man will, das sogar noch vor der Sommerpause abschließen. Den Ehrgeiz hätte ich, um dann die Ausgestaltung, dem BMF und der Richtlinie zu überlassen. Und möglicherweise muss man ja gar nicht mal eine Debatte darüber führen, wenn man sich auf eine gemeinsame Entschließung einigt, so dass der Zeitablauf eigentlich nicht das Problem sein dürfte. Aber da kann ich nur an Sie, als Parlamentarier zurückgeben. Ich glaube, es wäre gut, wenn das entscheidende Zeichen noch vor der Sommerpause geschähe und die konkreten Ausgestaltungen dann über die Sommerpause entwickelt werden können.

### **Ulla Jelpke**

Ja, danke Günter. Ich will daran erinnern, dass wir damals, als das Gesetz für die Stiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen verabschiedet wurde, im Bundestag eine Resolution hatten. Und der Bundestag hat sich bei den Opfern entschuldigt. Ich denke, analog muss so etwas auch jetzt wieder im Zusammenhang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen der Fall sein. Wir haben das auch im Blick und es wird unsere Aufgabe sein, die Abgeordneten anzusprechen, damit es erstens schnell geht, und wir zweitens diese Resolution auch tatsächlich hinbekommen. Ich weiß von vielen Opfern die sagen: »Uns geht es nicht so sehr ums Geld. Wir wollen vor allen Dingen Gerechtigkeit und wir wollen, dass das Verbrechen an uns anerkannt wird«. Das ist, glaube ich, ganz wichtig.

Und in diesem Zusammenhang würde ich gerne Herrn Morré fragen: Sie haben ja sicherlich auch Erfahrung mit Opfern gemacht. Ich fand es bei der Anhörung sehr interessant, dass einige von den Sachverständigen dort berichtet haben, was das eigentlich bedeutet hat, diese Ausgrenzung für die sowjetischen Kriegsgefangenen damals, als sie von der Stiftung EVZ gesagt bekamen, ihr seid nicht dran oder ihr kriegt nur in Einzelfällen was. Wie geht es eigentlich den heute noch lebenden Opfern? Können sie uns da vielleicht einige Einblicke geben und Schicksale benennen, was es jetzt für die Opfer bedeutet, dass es doch zu einer symbolischen Entschädigung kommt?

### **Jörg Morré, Leiter des deutsch-russischen Museums Berlin-Karlshorst**

Ja, die Geste ist entscheidend. Also bildlich gesprochen, Sie haben jetzt einen sehr schönen Strauß Blumen zusammengestellt, aber der muss auch richtig überreicht werden. Zu dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen ist der Kontext ja schon kurz angesprochen worden: die haben jahrzehntelang mit diesem Stigma

leben müssen, weil sie eben auch vom eigenen Land als Verräter abgestempelt waren. Ich will das nicht alles im Einzelnen ausführen, aber es ist ein sehr langer Anerkennungsprozess, der, grob gesagt, 50 Jahre dauert, bis in einer Art Generalamnestie 1995 eben auch diesen ehemaligen Kriegsgefangenen der Status des Veteranen, des Kriegsteilnehmers zugestanden wird und das in einer Gesellschaft, in der dieser große vaterländische Krieg und der Sieg in diesem vaterländischen Krieg eine enorme Bedeutung hat und die auch jetzt noch mal größer geworden ist. Das ist der eine Punkt. Und dann gehen die leer aus in den 90er und den 00er Jahren. Zu dem, was Herr Saathoff eben auch gesagt hat, möchte ich explizit darauf hinweisen: Sie müssen davon ausgehen, dass es auch jetzt noch mal eine Welle von Anfragen und auch Ablehnungen geben wird und das muss behandelt werden. Das ist damals nicht behandelt worden und hat sicherlich die Wunden, drastisch gesprochen, nochmal aufgerissen. Es kann zumindest eine enorme Enttäuschung hervorrufen und es ist ganz schwer das jetzt im Einzelnen vor auszusehen? Aber wenn da jetzt nach guter deutscher Amtstradition mit einer Ausführungsrichtlinie vorgegangen wird und Formulare in einer Sprache, die kaum ein Deutscher richtig verstehen kann und in einer Fremdsprache klappt es erst recht nicht, herausgegeben werden, dann ist der Schaden viel größer und konterkariert all das, was Sie jetzt wollen und was Sie auch auf einen sehr guten Weg gebracht haben. Das wären ganz kurz und knapp ausgedrückt meine Hinweise.

Als Museum sind wir keine Anlaufstelle für die Opfer. Ich würde schon auch dafür plädieren die Stiftung EVZ, die einen sehr guten Ruf hat, dafür zu nutzen. Die Stiftung hat vor allen Dingen auch gezeigt, dass sie aus Fehlern hat lernen können und dass sie sich jetzt auch rein inhaltlich mit dem Thema weiterhin beschäftigt und so gesehen die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, auch wenn sie nicht berücksichtigt wurden, nicht vergessen hat. Mein Haus und andere Einrichtungen auch, wir haben uns seit einigen Jahren um die sogenannten »vergessenen Opfer« des Vernichtungskrieges gekümmert, das ist bemerkt worden. Daran sollte man anknüpfen und so sehe ich auch diesen zweiten Teil, dieses Überreichen und die damit verbundene politische Geste als mindestens genauso wichtig an, wie das, was real jetzt an Entschädigung gezahlt wird. Vielleicht noch ein letzter Aspekt: Sie müssen auch berücksichtigen, dass natürlich jetzt ganz viele Menschen allein deswegen nicht mehr in den Genuss dieser Anerkennungszahlung kommen, weil die Entscheidung einfach mal ein paar Jahre zu spät kommt. Das kann man nicht mehr rückgängig machen. Aber wenn es gelänge, den Nachfahren dieser Menschen irgendwie diese politische Geste zu vermitteln, dass sie es akzeptieren können, dass ihr Großvater oder Urgroßvater das nicht mehr hat in Anspruch nehmen können, dann wäre viel gewonnen. Dann geht es auch nicht mehr um diese 2.500 €, sondern dann zählt die Geste. Und dann ist es vielleicht auch – das ist der Blick in die Zukunft – dem deutschen Bundestag gelungen, zu sagen: »Ja, hier ist eine Basis, dass wir in die Zukunft schauen, zusammen mit den Nachfahren, die dieses Erbe auch weiter in sich

tragen«. Reden wir mal nicht darüber, wie »Erinnerung« in den jeweiligen Ländern läuft, aber sie läuft und es ist richtig, was Herr Saathoff darüber sagte. Es ist im Übrigen nicht nur die russische Föderation, zu der wir gerne immer hingucken, sondern es betrifft ganz viele Länder. Deswegen wäre es umso wichtiger, dass diese Geste, die der Deutsche Bundestag aus sich selbst heraus macht –, und sozusagen auch um seiner selbst willen, oder wir als deutsche Gesellschaft um unser selbst willen – auch richtig ankommt.

### **Jan Korte, MdB**

Vielen Dank. Das sehe ich genauso. Ich würde da gerne nochmal anknüpfen wollen. Wenn wir jetzt mal ins Inland gucken, auf die symbolische, erinnerungspolitische Ebene sozusagen, haben wir bei uns in der Bundestagsfraktion auch mit anderen Gedenkstättenleitern und vielen anderen darüber diskutiert, inwieweit es eigentlich wünschenswert wäre, auch hier in Berlin einen zentralen Erinnerungsort für die Opfer des Vernichtungskrieges in Osteuropa zu errichten. In welcher Form auch immer, das ist dann eine andere Frage. Aber da würde mich Ihre Position noch einmal interessieren. Zum einen für die Angehörigen und die Überlebenden, die hierhin kommen könnten, an so einen zentralen Ort, jenseits der ganzen Frage von Schicksalsklärung und anderen Dingen auf den ehemaligen Stalag-Friedhöfen. Mich würde Ihre Position dazu interessieren und wenn man das macht, wie könnte so etwas aussehen, auch angesichts – man kann es ja nicht komplett ausklammern – der außenpolitischen Implikationen, die es im Moment nun mal gibt. Also, wegen der Spannungen zwischen den baltischen Staaten und vielen anderen Staaten Osteuropas und der russischen Föderation? Halten Sie das für realistisch? Das wäre die zweite Frage und erstens für wünschenswert?

### **Jörg Morré**

Wünsche können immer schnell geäußert werden. Zu den Orten: also Sie haben das mit den Orten an denen sich Lager befanden ausgeklammert. Das kann man, glaube ich nicht ganz machen. Die sind wichtig, die werden aufgesucht und es gibt da sehr viele gute Beispiele auf deutschem Boden, wo auch die Angehörigen gut empfangen werden. Wichtig wäre für solche Einrichtungen auch, dass sie einen Rückgriff auf sowas wie ein Zentralregister haben. Wo sie sich mitunter kurzschließen können, wo sie Informationen einspeisen können, wo es ein Forum gibt, nennen wir es mal lieber so. Zur Frage des Ortes: jetzt kann ich Selbstreklame machen, es gibt das deutsch-russische Museum. Mein Vorgänger Peter Jahn, der hier auch im Saal sitzt, hat damals die Entscheidung mit getragen und umgesetzt, auf den Vernichtungskrieg in der Dauerausstellung zu fokussieren. Das ist ein Ort der Information. Das ist wichtig, zumal wir auch rein von den Räumlichkeiten dafür geeignet sind – ich sag mal ganz grob – Seminare durchzuführen. Wir haben Örtlichkeiten. Es gibt natürlich weiterhin die Initiative jetzt ein Zeichen der Erinnerung zu setzen, hier im Tiergarten. Ja! Das würde ich aber ehrlich gesagt etwas nachrangig behandeln. Das

ist eine Sache die wichtig ist innerhalb unserer Gesellschaft, sie ist aber für die Angehörigen und die noch lebenden Betroffenen sicherlich nicht das Entscheidende. Für die Betroffenen würde ich pauschal behaupten, sind es tatsächlich die Orte ihres Leidens. Da sind auch wir als Museum zu abstrakt. Für die Nachfahren wäre es gut, das machen wir zum Teil auch, dass die wissen, es gibt ein Museum, da kann man hingehen und da kann man fragen. Man kann Datenbanken ins Internet stellen, man kann sie zweisprachig oder viersprachig machen und das historische Geschehen auch ohne einen konkreten Ort schon mal ein bisschen vermitteln. Aber wichtig sind Ansprechpersonen, dass da jemand eine Antwort geben kann, auch individuell. Das ist wichtig und da finde ich, haben wir ganz gute Strukturen. Die müsste man dann so ausstatten, dass sie auf eine längere Zeit als nur zwei Jahre präsent sind.

### Jan Korte

Vielen Dank! Ich will nochmal daran anknüpfen und noch eine Frage an Hannes Heer stellen und schlage vor, dass wir dann in die Fragerunde mit Euch und Ihnen einsteigen. Du hast das eben in Deinem Vortrag nochmal gesagt, auf der einen Seite der große, aufklärerische Erfolg der ersten Wehrmachtausstellung und dann in der Tat der Rückschlag, das Einknicken vor organisierten Kampagnen dagegen. Wir erleben sowohl im Bundestag, als auch in der Wissenschaft, dass es gerade im Feld der Vergangenheitspolitik durchaus Erfolge zu vermelden gibt. Das zeigt, dass die Kämpfe nicht völlig umsonst sind, die man so führte in den letzten Jahrzehnten, aber dass die Ergebnisse auch jeden Tag neu verteidigt werden müssen. Deswegen wäre meine Frage nochmal nach Deiner Einschätzung, speziell was den Vernichtungskrieg in Osteuropa angeht und speziell was die osteuropäischen Opfergruppen angeht: Was meinst Du, was da erreicht worden ist? Was muss verteidigt werden? Wo siehst Du die Rückschläge, die kommen werden, jenseits der allgemeinen Totalitarismustheorie und sonstigen, auch wissenschaftlich nicht haltbaren, Angriffe?

### Hannes Heer

Die Antwort die ich geben kann, ist eine ambivalente. Es gibt natürlich Erfolge und zwar in zweierlei Hinsicht. Das eine ist für mich die Bundestagssitzung vom 30. Juni 2011, die in Erinnerung an den Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion stattfand und bei der die Vertreter aller Fraktionen sehr nachdenkliche Erklärungen abgaben. Der Hauptredner, der den größten Raum eingenommen und auch die Fakten zum Thema geliefert hat, war der SPD-Politiker und Osteuropahistoriker Gernot Erler. Aber der Beitrag Philipp Mißfelders von der CDU stand dem an Radikalität in nichts nach. Es bestand Einigkeit aller Fraktionen, dass dieser vierjährige Krieg ein rassistischer Vernichtungskrieg war und die Sowjetunion mit 27 Millionen Toten von allen besetzten Ländern den höchsten Preis bezahlt hatte. Wenn ich das mit den beiden Bundestagssitzungen über die Wehrmachtausstellung im März/April 1997 vergleiche, wo beschlossen wurde, dass dieser Krieg »eine der furchtbarsten Tragö-

dien« war, dem »Millionen auch deutscher Soldaten und Zivilisten zum Opfer fielen« dann wird der Unterschied sichtbar. Oder wenn ich es mit aktuellen Debatten im thüringischen Landtag vergleiche, in denen ein Mike Mohring<sup>223</sup> weit zurück fällt in die Kontroversen der 80er Jahre. Auch in anderer Hinsicht ist ein wichtiger Fortschritt zu verzeichnen. Wissenschaftlich hat es ein paar großartige Studien gegeben, die durch diese Ausstellung angestoßen wurden. Ob das Felix Römer mit der Untersuchung des Kommissarbefehls ist oder ob das Philipp Rass ist, der schon sehr früh die erste kritische Divisionsgeschichte geschrieben hat, neben den 300 existierenden, die von reaktionären ehemaligen Divisionsangehörigen verfasst wurden. Auch Thomas Kühne hat ein sehr wichtiges Buch über Kameradschaft vorgelegt. Er definiert in seinem Buch Kameradschaft einerseits als den Ort wo der Soldat Wärme und Emotionalität zeigen und bekommen konnte, andererseits als den Ort indem auch das Verbrechen seinen Platz hatte: Derjenige, der sich nicht an verbrecherischen Aktionen beteiligte, wurde zum Außenseiter und musste damit rechnen, von seinem Zug oder seiner Kompanie nicht rausgeholt zu werden, wenn er mit einem Lungenschuss im Kornfeld lag. Das sind Mikrountersuchungen die weiterführend sind. Es gibt auf der anderen Seite natürlich auch Arbeiten, in denen der alte Kampf gegen die Fakten weitergeht, wie die vier Studien vom Institut für Zeitgeschichte in München, die die Linie verfolgen, die Täterzahlen zu minimieren. Rolf-Dieter Müller vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt hatte noch zu Laufzeiten der Ausstellung eine Zahl, die auf Schätzungen des italienischen Kriegsschauplatzes beruhte, verallgemeinert und behauptet, dass »nur fünf Prozent Wehrmachtssoldaten« beteiligt an Verbrechen gewesen seien. Christian Hartmann übernimmt das unhinterfragt und biegt die Fakten, bis sie passen: Die meisten Verbrechen haben für ihn in den rückwärtigen Gebieten stattgefunden, wo die wenigsten Wehrmachtssoldaten aber die meisten Polizei- und SS-Einheiten stationiert waren. So ist die Zahl von 5 Prozent belegt. Das sind 500.000 Täter, wenn man von den an der Ostfront eingesetzten 10 Mio. Soldaten ausgeht. Und genauso schlimm sind natürlich solche Studien, wie sie von Sönke Neitzel und Harald Welzer vorgelegt worden sind. Die sagen: »Der Krieg gegen die Sowjetunion war kein Vernichtungskrieg und auch kein Weltanschauungskrieg, das war ein Krieg wie jeder andere« – wie in Korea, Vietnam oder Algerien. Der Krieg gebiert die Krieger, »die Eigendynamik der Gewalt« macht sie zu Mördern, das ist ihre These. Das ideologische Gepäck, mit dem die Soldaten damals einmarschiert sind – die Prägung durch die nazistische Weltanschauung, schon vorhandener Rassismus, die zum Völkermord aufrufenden Befehle – taucht ebenso wenig auf wie die dann erfolgende Radikalisierung durch das Scheitern des versprochenen Blitzkrieges schon

223 Mike Mohring ist Landesvorsitzender der CDU Thüringen, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und seit 2010 Mitglied im Bundesvorstand. Während einer Landtagssitzung am 27.5.2015 anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung rief Mohring während der Rede der Abgeordneten Katharina König, bezugnehmend auf eine Passage zur Deutschen Wehrmacht im Nationalsozialismus, dazwischen: »Das sind doch nicht automatisch alles Verbrecher! Genau das Gegenteil. Sie machen aus einer sauberen Wehrmacht eine Verbrecherwehrmacht!«

im Sommer 1941 und die ideologische Legitimation der Verbrechen durch eine auch an der Front permanente Propaganda. Das Gefährliche ist, wenn ZDF-Blockbuster wie der von Nico Hofmann produzierte Film »Unsere Mütter, unsere Väter« genau diese These übernehmen. Einer der Protagonisten, der kriegsunwillige, lieber Hermann Hesse lesende Friedhelm Winter, wird geradezu zur »Thesenfigur« des Films: Der Krieg hat den sensiblen Pazifisten zu dem Krieger, zu dem Amokläufer, der Bestie gemacht, die er in dem Film darstellt. Aber er opfert sich nachher und sühnt damit seine Tat. Eine gleichgeschaltete Mediengesellschaft hat den Film bejubelt und wie einen Staatsakt zelebriert. Hannah Arendt hat sehr früh darauf hingewiesen, dass Politiker und Medien dazu neigen, die »Tatsachenwahrheiten« zu negieren. Sie sagt: »Es gibt eine traditionelle Form, politisch-historische Sachverhalte so zu »verbergen«, dass man die Geschichte umschreibt«. Daneben aber bestehe, so Arendt, eine »moderne Form der Lüge«, die die Tatsachenwahrheiten »vernichtet« und so die Geschichte neu »erfindet«. Als Beispiel nennt sie den Satz de Gaulles »Wir haben den Krieg gewonnen.« Dabei gab es immer ein gespaltenes Frankreich, das dazu nie in der Lage gewesen wäre. Oder Adenauer, der ja erklärt hat, in Deutschland hätte nur »ein relativ kleiner Prozentsatz« dem Nationalsozialismus zugestimmt, die Mehrheit hätte nichts damit zu tun gehabt. Bernd Eichinger, bei dem Nico Hofmann in die Lehre gegangen ist, hat dieses »Erfinden« in seinem Film »Der Untergang« erstmals zum Prinzip erhoben, indem er aus Hitler und Goebbels zwei Irre und aus den übrigen im Bunker versammelten Kriegsverbrechern wie Jodl, Keitel oder Speer Pragmatiker gemacht hat, die ausbrechen und irgendwie den Krieg beenden wollen. Frank Schirrmacher von der FAZ hat den Film »ein Meisterwerk« genannt und dieses Prinzip des totalen »Erfindens« sinngemäß so gefeiert: »Hitler kontrolliert und bestimmt uns nicht mehr, sondern wir können frei über ihn verfügen«. Nach diesem Prinzip ist auch »Unsere Mütter, unsere Väter« gebaut worden, und so werden alle Stoffe der Geschichte des Dritten Reiches in Zukunft von den populären Massenmedien behandelt werden. Das ist, finde ich, eine sehr düstere Perspektive.

### **Jörg Morré**

Okay, damit wir jetzt hier ein bisschen Licht in die düstere Perspektive bringen: Dafür gibt es zum Beispiel mein Museum. Die Basis ist eine andere Ausstellung, »Krieg gegen die Sowjetunion«, eine Topographie, die ein bisschen eher war, als die in Hamburg – aber dieselbe Stoßrichtung hat. Klar, der Kick in der öffentlichen Wahrnehmung kam tatsächlich durch die Wehrmachtsausstellung, aber die Basis die dann Karlshorst übernahm, ist dieses Aufklärerische. Jeder Museumsleiter will natürlich mehr Besucher haben, aber es gibt uns als Ort und man weiß, wo wir sind. Natürlich kommen wir jetzt nicht gegen irgendwelche Medienwellen an, das ist klar. Aber wir sind ein Ort, zu dem man gehen kann und dann gibt es eine Diskussion. Da kann man sich die Leute einladen, dann kann man das durchsprechen. Das ist alles ein bisschen mühselig, aber das geht. Von daher wäre ich nicht ganz so pessimistisch. Wir sind auch kein »Global Player«, auf keinen Fall! Aber

dann komme ich auch wieder zurück zu dieser Ebene der Geste. Es ist ganz wichtig, dass es uns gibt. Das ist etwas, wo man nicht nur in die russische Föderation, sondern auch in die Ukraine – die baltischen Staaten nehmen es noch nicht ganz wahr, aber Kasachstan wird da im Augenblick zum Beispiel auch sehr wach – und nach Armenien guckt. In diese Richtung kann man das auch anbieten und da, finde ich, könnte die Bundesrepublik ein bisschen mehr nach außen hin tun.

### **Jan Korte**

Eine Ergänzung aus der Politik, aus dem Bundestag, will ich noch anführen. Es ist eben ein umkämpftes Feld, wo Fortschritt generiert und erkämpft wird, aber auch immer gegen Rückschritt verteidigt werden muss. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn wir mal die Studie »Das Amt« von Conze, Frei, Hayes und Zimmermann nehmen. Da ist die eigentliche Neuigkeit damals nicht nur der Inhalt gewesen. Was da drin steht, kann man in vielen Teilen schon bei Döscher und anderen alles nachlesen. Das ist nicht neu. Neu ist gewesen, dass man über drei verschiedene Außenminister, durch alle Parteiinstanzen sozusagen, es geschafft hat, dass sowas eine staatsoffizielle Studie ist, welche mit einer von der Politik eingesetzten Kommission zu dem Fazit kommt, dass das Auswärtige Amt den Charakter einer verbrecherischen Organisation hat – man bewusst auch einen Terminus aus den Nürnberger Prozessen nimmt.

Der Rückschlag ist, was Hannes Heer in die Alltagspolitik übersetzt hat, dass wir zur Zeit die erste Lesung hatten zu einem Antrag meiner Fraktion, ebenso eine unabhängige Historiker-Kommission für das Kanzleramt einzusetzen. Um die Sache rund zu machen und sozusagen die Schaltzentrale in den Blick zu nehmen. Man muss sich das Protokoll dieser ersten Lesung angucken. Du wirst zurück katapultiert in die 50er Jahre. Okay, wir machen jetzt erst mal eine Runde durch das Publikum. Ich bitte möglichst keine Co-Referate zu halten, sondern sich mit seinem Standpunkt und seiner Frage kurz und knapp zu fassen. Eberhard Radczuweit als erster bitte.

### **Eberhardt Radczuweit, Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion**

In den Jahren 2001 – 2006 haben ungefähr 20.000 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene Anträge gestellt an die Partnerorganisation der Stiftung EVZ. 20.000 bekamen Ablehnungsbescheide von den regionalen staatlichen Einrichtungen, in denen der zentrale Begriff, in den jeweiligen Sprachen folgendermaßen lautete: »Kriegsgefangenschaft begründet keine Leistungsberechtigung«. Die Menschen waren durch diese amtliche, in kalter Sprache verfasste Ablehnung vor den Kopf gestoßen. Man muss bedenken, allen ist die deutsche Vokabel »Untermensch« noch präsent, übrigens auch ihren Enkeln. Das war eine psychologische Situation, aus der heraus wir dann begannen uns diesen Menschen zu zuwenden und dabei ging es nicht nur um Geld, um symbolische Anerkennungsbeiträge, sondern vor allen Dingen um Briefe, in denen wir versucht hatten auf

diese traumatisierten Menschen positiv einzuwirken. Das geschieht bis heute. Von 20.000 dieser abgelehnten haben wir ungefähr 7.500 ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen Mittel gegeben. Das sind insgesamt: – aber das Geld spielt wirklich nicht die erste Geige – 3,7 Millionen € aus Spenden. Jetzt aber zu meiner eigentlichen Frage: Wie wollen Sie – wer auch immer jetzt den Auftrag bekommt, die EVZ hoffentlich, oder wer auch immer – diese Menschen erreichen? Zurzeit versuchen wir mit Hilfe dieser alten Listen, Listen die zum Teil schon über acht Jahre alt sind, alle anzuschreiben. Wir schreiben täglich tausende Briefe und geben dafür sehr viel Portogeld aus, das machen wir ohne irgendwelche Förderung – um zum einen mitzuteilen, dass es so etwas überhaupt gibt. Sie können sich vielleicht vorstellen, wie die Gerüchteküche in den Ländern zurzeit brodelt. Wir bekommen selbst aus Kasachstan Anfragen aller Art. Wir bekommen Meldungen, wie zum Beispiel aus Georgien, wo ein regionaler Provinzfürst dort in den Zeitungen verkündet, dass 75 Prozent der von Deutschland übermittelten Gelder abgezogen werden, bzw. dem Fiskus zukommen. Nur um mal anzudeuten, welche Schwierigkeiten da auf einen zukommen. Kurz gesagt: Erstens muss klar sein wer lebt. Zweitens: Wenn in Erfahrung gebracht werden will, wer überhaupt dort noch lebt, wird man an die Medien der Länder gehen müssen und es werden sehr viele Anfragen kommen, es werden sehr viel Bittgesuche kommen. Darunter werden auch Kameraden von Herrn Demjanjuk zum Beispiel sein. Es wird auf diejenigen, die das dann bearbeiten, auch eine Prüfung der Anträge zukommen und das ist nicht so ganz ohne. Es wird notwendig sein regionale Partner zu finden, das kann man nicht von Berlin aus alles erledigen. Das heißt: Da ist schon ein gewisser Apparat nötig, den man nicht einfach so, aus irgendwelchem personellen Überhang, in welchen Ämtern auch immer, erstellen kann. Da ist wirklich qualifizierte Zuarbeit nötig. Das zum einen, aber zum anderen: Was Herr Saathoff gesagt hat, dass es darauf ankommt, wie diese Geste rüberkommt, was die Menschen dabei empfinden und in welcher Form das Geld gegeben wird. Die EVZ hat in allen diesen Ländern einen sehr guten Ruf, sie ist bekannt. Daher meine Frage an Sie, die sie bitte weiter reichen mögen: Wer ist qualifiziert um diese aufwendige, große Arbeit zu leisten, damit es nicht am Schluss dazu kommt, dass in drei Jahren der größte Teil des Geldes wieder in den Haushalt zurück fließt, weil die Leute nicht erreichbar sind?

### **Bert Olbrich – BTF**

Eine kurze Frage an Herrn Rieser. Sie haben gesagt, es gibt keine belastbaren Zahlen, dann hat Herr Morré etwas sehr wichtiges gesagt: »Die Gefangenen waren abgestempelt«, und das ist bitte wörtlich zu verstehen. Sie hatten einen Stempel in ihrem Pass. In jedem Ort wo sie hinkamen, wusste die Polizei wer das ist. Das heißt: Es gibt offensichtlich, zumindest in einer sowjetischen Verwaltung eine entsprechende Kartei darüber. Wäre es eine Möglichkeit mal nachzufragen, oder nachzuforschen? Die Kartei muss es ja noch irgendwo geben und da würden Sie dann wahrscheinlich sehr belastbare Zahlen raus bekommen. Danke.

### **Alexander Milyntin, 1. Sekretär der Botschaft der Russischen Föderation**

Ganz konkret, erstens: Gibt es schon Vorstellungen wie lange die Frist der Antragsstellungen ist? Was passiert wenn der Antragsteller danach gestorben ist? Wird von deutscher Seite bereits geplant? Wenn ja, wann treten Sie mit den Ländern, die im Focus stehen, in Kontakt? Gibt es vorab eine Information? Wann könnte das passieren, bzw. wann kann man das erwarten?

### **Jan Korte**

Okay, das waren alles an Herrn Rieser gerichtete Fragen, vielleicht ergänzt noch Herr Saathoff?

### **Günter Rieser**

Uns ist natürlich klar, dass wir das nicht nach alter Bürokratenmanier, also vom grünen Tisch aus entscheiden können. Wir sind ganz stark auf Ansprechpartner vor Ort angewiesen, deswegen sagte ich vorhin auch schon, wir haben uns frühzeitig mit der Stiftung in Verbindung gesetzt, weil wir da gewisse Parallelen sehen, aus der Zwangsarbeiterentschädigung. In der Zwischenzeit ist viel passiert, da sind auch Strukturen verloren gegangen, oder verändert worden. Es war uns frühzeitig klar, dass wir darauf angewiesen sind. Herr Radczuweit, Sie werden lachen. Wir haben lange vor der heutigen Veranstaltung, kurz nach dem Beschluss schon daran gedacht, uns mit Ihnen in Verbindung zu setzen. Weil Sie über profunde Kenntnisse, auch über Kontakte, verfügen. Da werden wir uns sicherlich, nicht nur auf ein reines Antragsverfahren beschränken, sondern auch um die Dinge zu beschleunigen, auf Daten die vorhanden sind aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich zurückgreifen. Das bringt mich gleich auf die zweite Frage. Wir haben mit dem Auswärtigen Amt bereits Kontakt aufgenommen, weil uns bekannt geworden ist, dass im unterschiedlichsten Zusammenhang staatlicher Stellen, oder nicht staatlicher Stellen solche Karteien existieren. Wir haben das Auswärtige Amt schon angeschrieben und haben gebeten über unsere Botschaften in den Nachfolgestaaten solche Ermittlungen bereits anzustellen. Um gerade auch auf solche Karteien zurückgreifen zu können und nicht ein reines, passives Antragsverfahren zu generieren. Wir wollen die Leute bewusst von uns aus kontaktieren, sie über das Verfahren informieren und dann zur Antragstellung bitten. Was die Frage nach der Frist angeht: Wie gesagt, das sind jetzt alles Details aus der Richtlinie, das kann ich jetzt nur sehr vorläufig sagen. Letztlich werden gerade solche Details der Zustimmung des Haushaltsausschusses bedürfen. Natürlich denken wir an eine Antragsfrist. Die Dauer kann ich Ihnen noch nicht sagen, aber es wird sicherlich einen Beginn und das Ende einer Antragsfrist geben. In dem Bewusstsein, dass wir es mit hochbetagten Personen zu tun haben, denken wir auch daran – wie gesagt, alles unter Vorbehalt – dass es reicht, wenn der Betreffende innerhalb dieser Antragsfrist selber einen Antrag stellt. Wenn er dann aber vor Beendigung des Verfahrens verstirbt, dass wir dann – das ist eine Parallele aus dem Stiftungsverfahren – eine

Auszahlung an die Erben vornehmen wollen. Ihre Frage zu dem Kontakt mit den Ländern, hatte ich gerade schon beantwortet. Wir haben schon vor ein paar Tagen Kontakt mit dem Auswärtigen Amt aufgenommen, mit der Bitte das entsprechend über die deutschen Botschaften weiter zu geben.

### **Jan Korte**

Jörg Morré wollte kurz ergänzen ...

### **Jörg Morré**

Zu dem Herausfinden der Personen: Herr Milyntin, hören Sie gut zu! Da kann uns die russische Föderation hervorragend helfen, denn alle diese ehemaligen Kriegsgefangenen haben ein Filtrationsverfahren durchlaufen. Wenn wir diese Listen, die in einem russischen Archiv liegen werden, einsehen können, hätten wir einmal diesen Ist-Stand vom Kriegsende, wo alle diese Namen drinnen stehen. Zweitens: Durch die Arbeit von »Kontakte« gibt es auch einen Pool von Adressen und es gibt noch ähnliche Pools. Ich weiß auch von einem Bestand im russischen Staatsarchiv, im GARF, wo auch viele Menschen angefragt haben, zum Teil auch ohne Erfolg, aber darüber kann man eine ganze Menge Adressen, Personen usw. generieren und abermals durch solche Filtrationslisten gegenprüfen, um zu sehen, ob die tatsächlich in Kriegsgefangenschaft waren.

### **Günter Saathoff**

Ich will im Hinblick auf die Datenbestände zwei Typen unterscheiden. Zum einen: Wie findet man raus wo die heute noch leben und wer davon überhaupt noch lebt? Zum anderen: Ist das Schicksal hinreichend nachgewiesen? Da sind solche Stempel, wie Sie sagen, genauso wie in der Anfrage beim GARF oder aus den Filtrationsunterlagen relevant, aber das eigentlich Entscheidende ist, die überlebenden Personen zu finden. Es weiß heute niemand, ob die, die vor zehn Jahren einen Antrag gestellt haben, noch leben, oder ob die woanders hingezogen sind. Das ist die eigentliche, schwierige Aufgabe. Da muss es eine Kombination von mehreren Werkzeugen geben. Auch wir können das nicht aus dem Stand heraus. Es ist vollkommen klar, wir bräuchten auch zusätzliches Personal, denn wir haben keine acht bis zehn Leute unbeschäftigt bei uns rumsitzen. Wir brauchen auch ganz viel Hilfe von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen, die in irgendeiner Weise ihr Wissen zusammen tragen können, um das zu beschleunigen.

### **Thomas Kachel, BTF**

Ich habe zwei Bemerkungen. Erst einmal meinen Respekt, für die Arbeit, die bisher geleistet wurde. Ich finde das eine ganz tolle Initiative und ich glaube, genau der politische Aufhänger, der sich hier in eurer Arbeit zeigt, den genozidalen Charakter dessen, was dort passiert ist in den Ostgebieten, rauszustellen ist eine ganz wichtige und essenzielle politische Botschaft. Ich habe zwei Anmerkungen zu dem was gesagt wurde bezüglich der

politischen Botschaft, die das ganze Prozedere bzw. die Übergabe selbst begleiten soll, auch im weiteren Sinne. Eine Anregung wäre zum Beispiel, vielleicht auch im Rückblick auf das, was Hannes Heer gesagt hat, dass man versuchen sollte – das hatte ich heute eigentlich auch ein bisschen erwartet – auch mal zu eruieren, wie denn von sowjetischer Seite, gerade nach 1945, die Frage deutscher Schuld diskutiert und buchstabiert wurde. Die ganze sowjetische Rezeption der Schuldfrage, die mir im Vortrag von Hannes Heer ein bisschen gefehlt hat, da war mehr oder weniger von westdeutscher Geschichtsschreibung die Rede. Ich will auch nicht vergessen die Geschichtsschreibung der DDR zu erwähnen, Dietrich Eichholz, der natürlich mit seinen sechs Bänden »Der 2. Weltkrieg« hier Geschichtsschreibung per excellence damals in klassisch-marxistischer Manier vollbracht hat. Diese Dinge wären vielleicht am Rande, neue, interessante Einblicke, die man in der Diskussion mit thematisieren könnte.

### **Alexander Haritonow**

Ich bin ehemaliger Mitarbeiter in der Dokumentationsstelle, Stiftung Sächsische Gedenkstätte. Ich weiß nicht, ob die Anwesenden hier von unserem Projekt zur Schicksalsklärung sowjetischer und deutscher Kriegsgefangener gehört haben, das von 2000 bis 2014 durch die Bundesrepublik, also das Auswärtige Amt, das Innenministerium sowie durch das BKM finanziert wurde. Es existiert in Deutschland eine Datenbank, in der fast eine Million sowjetische Kriegsgefangene erfasst sind. Im Rahmen des Projektes war es uns gelungen, 2,4 Millionen personenbezogene Unterlagen auch mit nach Deutschland zu nehmen, welche deutsche Kriegsgefangene betreffen. Das sind 37 Millionen gescannte Blätter, als allgemeine Information. Jetzt geht es um die ganzen Fragen die hier gestellt wurden. Wenn wir zum Beispiel nur die Weißrussische Republik nehmen, dann gibt es wirklich flächendeckend kein einziges Archiv, in dem wir nicht waren, um unsere Datenbank zu vervollständigen. Wir haben Kontakt zu allen Verwaltungen. Wir können auf unserer Datenbank einen Suchdienst nach 18 Kriterien starten. Wenn wir zum Beispiel anklicken, geboren in Witebsk, gibt uns unsere Datenbank sofort eine Liste von Leuten die in Witebsk geboren wurden. In Witebsk haben wir Kontakt aufgenommen zu der Witebsker Verwaltung und haben ihnen die Liste übergeben. Die örtlichen Behörden haben die Liste in örtlichen Zeitungen und Zeitschriften gedruckt und veröffentlicht. Die Bevölkerung selber hat sich an bestimmte Personenkreise gewandt. Da sind wir hingefahren und haben die Hinterbliebenen von denen aufgesucht, die als Kriegsgefangene in Deutschland registriert waren. Und wir haben allen, die sich gemeldet haben, die Unterlagen übergeben. Von denjenigen die überlebt haben, lagen die Unterlagen selbstverständlich in den Archiven, aber wir haben die Toten gesucht und nicht die Überlebenden, denn deren Schicksal ist geklärt. Wenn wir uns heute die Aufgabe stellen, die Überlebenden zu finden, finden wir das in kürzester Zeit heraus. Mit Kasachstan haben wir z.B. gemeinsam ein Gedenkbuch veröffentlicht

## Peter Jahn

Ich war bis 2006 Leiter des deutsch-russischen Museums in Karlshorst und inzwischen habe ich eine Initiative angestoßen, einen Gedenkort für die Opfer der NS Lebensraumpolitik im Tiergarten zu errichten. Ich möchte nochmal bekräftigen, was hier das sehr konkrete und drängende Problem ist: Nämlich so schnell wie möglich die ehemaligen Gefangenen aufzufinden und ihnen das zur Verfügung gestellte Geld zukommen zu lassen, weil es ihnen mit Sicherheit unter ihren Bedingungen eine konkrete, materielle Hilfe ist. Was hier aber auch immer gesagt wurde, es geht dabei auch um Symbolpolitik. Das wir endlich mal dazu gekommen sind, hier an diesen Kriegsgefangenen klarzustellen, dass sie, nach den Juden, als genau definierbare Gruppe die zweitgrößte Gruppe sind, die von den Nazis über Hungerpolitik, aber auch direkt, vernichtet worden sind. Drei Millionen, auf die Zahl nach dem Komma kommt es nicht an, sind eine Zahl die – und das ist das Wichtige – im Bewusstsein der Öffentlichkeit bestenfalls noch immer marginal ist. Gucken wir mal auf die Zeitungsberichterstattungen zu dem Beschluss, diese Entschädigung zu zahlen. Die Meldung ist in der Regel in die »Randspalten« gekommen. Vielleicht ein oder zwei Zeitungen haben auf Seite drei einen etwas größeren Artikel gebracht, das ist alles. Und da müssen wir ansetzen. Ganz wichtig ist erstens – Jörg, da sind wir wohl ein einstimmiger Chor –, dass Karlshorst der einzige Ort ist, an dem an diesen ganzen Verbrechenskomplex erinnert wird. Der umfasst nicht nur die Kriegsgefangenen, sondern etwa eine Million Opfer in Leningrad. Die vernichteten Landschaften, das heißt nicht die Liegenschaften, sondern die Menschen. Die anderen Städte mit fünfstelligen Zahlen jeweils von Hungertoten, weil denen die Nahrung entzogen wurde und dazu noch die Internierungslager vor Ort, die Zwangsarbeiter vor Ort die da vernichtet wurden. In der Sprache der Nazis wurden »slawische Untermenschen« ohne weiteres der Vernichtung preisgegeben. Von daher ist es sozusagen eine doppelte Aufgabe. Karlshorst ist der Ort, wo wirklich das Wissen verbreitet wird, aber wir müssen auch einen Symbolort haben im Zentrum der Stadt. Was ist das für ein Land in dem man der Juden gedenkt, der Sinti und Roma gedenkt, der Behinderten gedenkt, der Homosexuellen gedenkt und 3 Millionen Opfer nicht dabei hat. Das ist für sich schon eine Aussage. Deswegen, denke ich, müssen wir uns sehr bald, sehr stark dafür machen, dass wir dort etwas errichten was dem entspricht und zwar möglichst bevor aus diesen Ländern der Vorwurf kommt: »Wie geht ihr mit unseren Opfern um?« Danke.

## Herr Klaus-Dieter Müller, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Leiter Projekt sowjetische und deutsche Kriegsgefangene 2000-2014

Ich war 15 Jahre der Leiter des bundesgeförderten Projekts der sowjetisch-deutschen Kriegsgefangenen. Ich will eine Quelle nennen, die Herr Haritonow so nicht genannt hat: Es sind im Laufe der Jahre Tausende von Anfragen von Hinterbliebenen, aber – ich weiß nicht

genau, das wissen die Kollegen hier besser als ich – auch von Kindern von ehemaligen Kriegsgefangenen, die möglicherweise noch gelebt haben, letztlich zur Schicksalsklärung gekommen. Also, die wissen wollten, was ihr Vater denn in Deutschland erlebt hat? Das ist etwas, was im Prinzip in der Stiftung sächsische Gedenkstätten, die das Ganze gemacht hatten, wo wir alle bis letztes Jahr gearbeitet haben, noch vorhanden ist. Es ist also, denke ich, eine ganz wichtige Quelle und vor allen Dingen ist es eine einigermaßen zeitgenössische Quelle, mit konkreten Adressen. Im Übrigen ist es ja so, dass in den Karteikarten – das sind 2,5 Mio. ungefähr zu sowjetischen Kriegsgefangenen – dort auf jeden Fall auch immer Adressen stehen. Die sind zwar nicht in die Datenbank aufgenommen, aber wenn man konkret abfragt, sagen wir mal die jüngsten Jahrgänge ab 1925, die noch eine Chance haben heute zu leben, dann wird man auf vielleicht 100.000 Datensätze kommen und kann auf jeden Fall mit so einem Ausschlussverfahren klarer arbeiten. Und, es gibt, wie gesagt, Adressen. Im Moment ist die Geschichte ein bisschen unklar, weil nicht ganz klar ist, wo letztlich diese Datenbank mal bleiben wird. Ob in Berlin oder an einem anderen Ort. Derzeit ist die Situation schwierig, aber für das Vorhaben, so schnell wie möglich innerhalb der nächsten Monate, Informationen zu bekommen und den Personenkreis einzugrenzen und auch die Kontakte zu nutzen – also über die osteuropäische Öffentlichkeit –, stehen dafür Personen bereit. Und da müssten letztlich in Abstimmung mit Ihnen vom Finanzministerium, Auswärtiges Amt und vielleicht auch Herrn Saathoff und Herrn Korte, müssten die entsprechenden Bitten formuliert werden und dann sitzen hier unter anderem Kollegen, die das 15 Jahre lang gemacht haben.

Und die zweite Sache, die ich ganz wichtig finde, und damit höre ich dann auf, ist die Frage der Geste. Wie geht Deutschland damit um? Wir sind seit 2005, seit wir mit unserem Projekt öffentliche Auftritte in Osteuropa hatten, so damit umgegangen, dass wir das auch im Rahmen eben dieser öffentlichen Veranstaltungen gemacht haben. Also gezeigt haben, wie Deutschland zumindest mit dem Informationserbe umgeht und wie Deutschland bestimmte Verantwortung dafür übernimmt. Die Kollegen und ich, wir haben natürlich nicht am Krieg teilgenommen, haben in dem Sinne keine Schuld, aber wir haben die Verantwortung, damit umzugehen. Und ich glaube, das ist eine ganz, ganz wichtige Sache, denn wir sind dort immer als deutsche Seite – Bundesrepublik Deutschland, obwohl wir aus Sachsen kommen, also nur für eine Institution stehen – wir sind dort für Deutschland aufzutreten, zum Teil mit den deutschen Botschaftern. Und das war für den Seelenfrieden der Menschen, der Hinterbliebenen, die ihre Informationen bekommen haben, eine ganz, ganz zentrale Sache. Und darum kann ich auch nur den schon geäußerten Gedanken unterstützen: Wenn die Personen gefunden worden sind, die anspruchsberechtigt sind, dann sollte man das in irgendeiner Art von öffentlicher Veranstaltung machen, indem eben auch auf die deutsche Verantwortung für dieses schwere Schicksal hingewiesen wird. Danke

## Alexander Engelbrecht

Ich habe an der Uni Leipzig meine Masterarbeit über die Entschädigung sowjetischer Zwangsarbeiter in Russland geschrieben und bin derzeit freiwillig bei der Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig tätig. Ich möchte noch kurz den Gedanken bezüglich eines Mahnmals für die Opfer des Vernichtungskrieges in Osteuropa aufgreifen. Ich bin gebürtig aus Sibirien und verfolge auch die russische Presse. Und in Russland nimmt man sehr wohl wahr, was in Deutschland passiert. Ich bin auch der Meinung, dass ein solches Mahnmal ein positives Zeichen an die Bevölkerung wäre. Während meiner Studie zu meiner Masterarbeit habe ich bei Kontakten mit Memorial, dieser Menschenrechtsorganisationen in Moskau, und auch zu ehemaligen Opfern von SS-Verbrechen immer wieder mitbekommen, dass sich diese Menschen vor allem über die symbolische Bedeutung der Entschädigung gefreut haben. Nach Jahrzehnten von Stigmatisierung, ist es für sie sehr wichtig, endlich in der Mitte der Gesellschaft anzukommen und nicht mehr diese Ausgrenzung zu erfahren. Ich denke, dass so ein Symbol – hier in Berlin vielleicht –, ein weiteres Zeichen dafür wäre und positiv darauf einwirken könnte, dass auch die sowjetischen Kriegsgefangenen nach dieser Stigmatisierung ihren Platz in der Gesellschaft finden, selbst wenn die meisten leider schon von uns gegangen sind. Aber wichtig wäre es, dass man da trotzdem in der Geschichte nochmal so einen kleinen Wendepunkt bei der Beurteilung der sowjetischen Kriegsgefangenen in Russland und in anderen Sowjetstaaten findet. Dieser Gedanke erst einmal dazu.

Und jetzt noch eine Frage, wenn ich darf: Was glauben Sie, Herr Korte, wie wird man denn in der Ukraine mit diesem Thema aktuell umgehen? Denn im deutschen Fernsehen wurden ja vor einigen Monaten von Herrn Jazenjuk die Rotarmisten als Besetzer im 2. Weltkrieg dargestellt. Ich persönlich finde das schwierig, wie man das dort tatsächlich umsetzen könnte. Und in den baltischen Staaten, wo irgendwelche SS-Opis marschieren und ihre Gesinnung so ohne weiteres kundtun, ist es vielleicht trotzdem noch möglich. Aber in der Ukraine muss ich sagen, sehe ich da diesbezüglich eher schwarz.

## Jan Korte

Ja, im Baltikum sieht es ja zum Teil noch schlimmer aus. Was dort an Veteranenverbänden staatlich sanktioniert agiert. Aber gut, Herr Saathoff hat schon gesagt, dass er noch kompetenter ist und aus Kiew berichten kann zu der Frage.

## Jens Nagel, Gedenkstätte in Zeithain

Vieles was ich sagen wollte, ist schon gesagt worden. Aber es geht noch einmal um diese symbolische Geste, denn über diese Entschädigung muss man reden, wie man pragmatisch damit umgeht, diese ganzen Daten zu bekommen. Auch im Rahmen meiner Arbeit wird man häufig mit Anfragen konfrontiert: »Bekomme ich eine Entschädigung?« Das ist eigentlich immer Thema

gewesen, die ganze Zeit. Da werden sicherlich, das ist Konsens hier, alle an einen Tisch kommen und die Sachen zuarbeiten die sie haben. Da sehe ich jetzt nicht das Problem. Das Problem sehe ich aber in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Da appelliere ich jetzt hier noch einmal an den Bundestag und die Regierung: Wie geht man damit um? Denn meine Erfahrung in dem Kontakt mit den Angehörigen ist, dass sie in ihren Herkunftsländern im Grunde genommen nicht die Unterstützung bekommen die sie brauchen. Und das ist, glaube ich, nochmal ganz wichtig, dass sich ein Bewusstseinswandel auch in den Herkunftsstaaten vollzieht. Ob das wirklich realisiert wird, da bin ich mir mitunter nicht so sicher. Das will ich auch mal als Kritik hier anbringen, denn meine Erfahrung ist da eigentlich aus dem Feedback von den Angehörigen, dass es nicht so problemlos läuft, was wir so an Kommunikation haben. Ein zweiter Hinweis: Sobald offiziell kommuniziert wird, dass Entschädigungen kommen, rollt auf uns alle, die irgendwo in einer Institution arbeiten, sofort eine Welle von Anfragen zu: »Wie bekomme ich jetzt eine Entschädigung?« usw. Es gibt viele russischsprachige Blogs, wo sehr viel über dieses Thema kommuniziert wird zwischen Angehörigen und Leuten, die das hobbymäßig oder als Historiker machen. Darüber kann man ja vielleicht auch noch mal an anderer Stelle diskutieren.

Ein letzter Punkt: Für mich ist deutlich geworden, wir reden hier über einen Erinnerungsort in Berlin, wir reden darüber, wie wir das Bewusstsein ob dieser Verbrechen in diesem Vernichtungskrieg in der bundesdeutschen Bevölkerung verankern und wir reden darüber, was in den Herkunftsländern passiert. Deutlich wird dabei, dass diese Entschädigung nur ein erster Schritt sein kann, um weiter zu machen, um auch zu einem gemeinsamen Konsens zu kommen, wie man an diese ganzen Verbrechen erinnert, in allen Ländern. Denn die eigentlichen Killing Fields der sowjetischen Kriegsgefangenen, um mal bei dieser Gruppe zu bleiben, die liegen in Polen, in der Ukraine und in Weißrussland. Also, das will ich nur mal ganz klar sagen. Und wenn sie dahin fahren, sieht man da nicht, dass daran erinnert wird. Das muss man auch mal ganz klar sagen und das gehört auch zu diesem ganzen Komplex mit dazu.

Und zum Abschluss Herr Heer, möchte ich Ihnen noch einen positiven Ausblick bringen, weil ihr Resümee zum Thema Wehrmachtsverbrechen vorhin so negativ klang – so kam es bei mir jedenfalls an. Die Gedenkstätte in der ich arbeite, wäre ohne Ihre Ausstellung wahrscheinlich nie entstanden. Die ist nämlich nach der Wende abgewickelt worden und erst im Zuge der ganzen Diskussion der ersten Wehrmachtsausstellung ist Zeithain überhaupt wiedereröffnet worden. Dies als positiven Ausblick für Sie persönlich noch einmal.

## Matthias Burchert, Verein zur Völkerverständigung mit Mittel-, Süd- und Osteuropa

Ich wollte nochmal für zwei Erinnerungszeichen im früheren Berlin-West werben. Also das Museum Karlshorst ist natürlich klasse, aber ich finde die Benennung von authentischen Täterorten wichtig. Und das eine ist

das Auswärtige Amt, der dicke Band des Amtes ist ja 2010 erschienen. Aber es gibt eben die archivarische und Kultursammelstelle des Auswärtigen Amtes, 150 m vom Bahnhof Zoo, 50 m von der Gedächtniskirche entfernt und die ist bis heute nicht gekennzeichnet. Und es gibt die Einsatzstelle Reichsleiter Rosenberg, auch in Charlottenburg, mitten im bürgerlichen Berlin-West. Diese Orte kenntlich zu machen fände ich einfach sehr wichtig. Also, wann, Herr Korte, finanziert mal das Auswärtige Amt diese beiden Gedenkeichen? Können wir dazu auch mal ein paar Kulturschaffende aus der russischen Föderation einladen, wenn wir die im öffentlichen Raum mehrsprachig aufstellen? Das wären mein Wunsch und mein Traum.

### **Jan Korte**

Vielen Dank. Ich würde sagen, dass wir hier die Schlussrunde auf dem Podium machen und jeder, der sich angesprochen fühlt hat die Gelegenheit noch etwas zu sagen.

### **Ulla Jelpke**

Ich will nur ganz kurz die Frage aufgreifen, in welche Richtung sich die Erinnerungspolitik entwickelt. Uns als LINKEN ist natürlich bewusst, dass die Tendenz der Gleichsetzung der Nazi-Verbrechen mit der Gewalt durch die Sowjetunion weiter anhalten wird, vor allem auch in vielen osteuropäischen Staaten. Häufig kommt man in ein Museum und sieht als erstes Hitler und daneben gleich Stalin und es gibt keinerlei Differenzierung. Das bedeutet letztendlich, dass nicht nur der Faschismus als Regime relativiert wird, sondern auch die leidenden Opfer. Und diese Auseinandersetzung führen wir natürlich auch im Bundestag, wo wir politisch auf einer viel breiteren Ebene damit konfrontiert sind. Ich will nur daran erinnern, dass die EU beispielsweise beschlossen hat, den 23. August zum europaweiten Gedenktag für die Opfer von Stalinismus und Nationalismus zu machen, und Herr Gauck die Prager Deklaration<sup>224</sup> als einer der ersten unterzeichnet hat. Wir haben diese Tendenz auf ganz breiter Ebene und diese Debatte müssen wir führen. Das ist für mich jedenfalls und ich glaube für die Linke insgesamt eine historische Verantwortung, nicht davor zurückzuscheuen, diese Diskussion und Auseinandersetzung zu führen. Das können wir heute nicht alles leisten, aber das wollte ich wenigstens noch einmal sagen.

### **Günter Saathoff**

Zum letzten Gedanken würde ich nur eine Bemerkung machen: Ich glaube, Historiker oder auch die Zivilgesellschaft und auch ein Parlament darf Verbrechen vergleichen. Man muss es sogar. Das Ergebnis kann aber sein, dass man es nicht gleichsetzt, sondern dass man feststellt, es war etwas Unterschiedliches. Wir müssen aber herauskommen aus der gegenseitigen Relativierung. Das wird gerade diesem Personenkreis auch nicht gerecht. Ich muss aber sagen: Ich habe Leu-

te kennengelernt, die drei Jahre hier waren und danach in Russland 12 Jahre im Gulag waren. Denen zu sagen: »Der Stalinismus war aber nicht so schlimm«, das sollten Sie mal machen. Ich kann nur sagen, das muss man authentisch zulassen und dann muss man ehrlich in diese Debatte gehen.

Das Zweite: Ich sehe die Ambivalenz dieses ganzen Feldes. Die Erinnerungskultur ist eine zivilgesellschaftliche Anstrengung und sie gehört auch zum Staat dazu. Wir fordern doch seit Jahren, dass der Staat bestimmte Opfer anerkennen soll und auch Gedenkkulturen anerkennen soll. Und kaum hat er das gemacht, beschwerten wir uns, dass die Erinnerungskultur nun verstaatlicht wird. Also, da liegt immer eine Ambivalenz drin. Bei jeder Gedenkstätte oder bei jeder Opfergruppe, die man anerkennt. Sobald sie anerkannt ist, verschwindet das öffentliche Bewusstsein, weil es kein Skandal mehr ist. Wer redet heute noch über die Militärjustizopfer? Niemand mehr, weil sie anerkannt sind. Die beschwerten sich bei mir: Was wollen wir überhaupt als Verband noch? Das gehört leider zur Wahrheit dazu.

Drittens: Ich finde, wir sollten – weil es heute keiner gesagt hat – dem Bundespräsidenten dankbar sein, für seine Rede am 6. Mai. Und am selben Tag die Veranstaltung in Stukenbrock, um die Brücke zu schlagen. Wir waren auch eingeladen, ich konnte nicht mitkommen, weil wir die Veranstaltung am Abend mit den Parlamentariern hier in Berlin gemacht haben. Das alles hat sich gelohnt und ist eingeflossen in die Entscheidung des Bundestages am 20. Mai. Ohne diese klare Positionierung des Bundespräsidenten wäre die Entscheidung am 20. Mai nicht so gefällt worden. Und allein, dass einer der Gutachter eine abenteuerliche schriftliche Stellungnahme geliefert hat und am Schluss gesagt hat: »Und dann sollten die trotzdem entschädigt werden.«, das ist nur deshalb, denke ich, geschehen, weil einen Tag vorher ein Signal kam: Der Bundespräsident sieht das anders als diese und jene Einrichtung. Zusammengefasst: Bei allen Rückschlägen die man hat, sollten wir bei der Ermutigung bleiben. Wir können jetzt nur mit dem arbeiten, was wir haben. Und ich sehe auch im Bundestag an vielen Stellen Fortschritte. Wer hätte denn je gedacht, dass CDU und SPD sich im Haushaltsausschuss überhaupt so verständigen können? Obwohl es sicherlich auch widerstreitende Interessen gab. Und – ich will es noch einmal hervorheben – wenn ich sage, alle postsowjetischen Länder sind in der Pflicht, dann muss man sagen: Durch die Arbeit der russischen Botschafter in Berlin ist da auch in den letzten Jahren viel bewegt worden. Auch durch Leute wie Sie, auch was die Gräber angeht. Dazu finden ja jetzt auch noch Veranstaltungen statt. Und da muss man, glaube ich, wirklich auch weitere Initiativen ergreifen, dass auch in Belarus, in Armenien, in der Ukraine etwas geschieht. Ich will jetzt kein Schlussreferat halten, aber ich muss natürlich leider sagen: Die Erinnerungskultur in Osteuropa zersplittert und nationalisiert sich. Und damit gibt es nicht mehr sowjetische Kriegsgefangene, sondern ukrainische, die mit den russischen nichts zu tun hatten und die hatten auch mit den jüdischen nichts zu tun, weil man mit Juden nichts zu tun haben will. Diese gan-

<sup>224</sup> Die Prager Deklaration von 2008 liegt der Einführung des Europäischen Gedenktages an »beide Totalitarismen« zugrunde.

ze fürchterliche Erinnerungszersplitterung findet zurzeit statt und man kann nur versuchen, gegenzusteuern. Und diese Veranstaltung ist eine der Formen gewesen, dieses gemeinsame Erbe, das wir verwalten und kultivieren sollten, gemeinsam weiterzuführen.

## Hannes Heer

Ich wollte zu vier Punkten Stellung nehmen:

Zum ersten, lieber Peter Jahn, bin ich dir sehr dankbar, für die Klarheit, mit der du dafür votiert hast, einen zentralen Erinnerungsort zu schaffen. Es reicht nämlich nicht aus, nur einen Wissensort zu haben, der auf dem neuesten Forschungsstand ist und viele interessante Angebote macht, lieber Jörg, sondern es muss auch einen Ort geben, der einen symbolischen Wert hat, der einem das Herz öffnet, wo man trauern kann, wütend sein kann, demonstrieren kann, dass in Deutschland bisher etwas vergessen worden ist, was nicht in Vergessenheit geraten darf – die deutschen Verbrechen in der Sowjetunion. Es handelt sich dabei nämlich um einen Genozid. Ich diskutiere seit Jahren mit meinen jüdischen Freunden darüber. Der ist, wie der Holocaust, geplant gewesen und er ist zu großen Teilen – an fast 30 Millionen Menschen, davon an 3, 3 Millionen Kriegsgefangenen – vollzogen worden. Wenn man Himmlers Generalplan Ost dazu nimmt, waren es noch einmal 30 Millionen Menschen, die nach dem Sieg umgebracht werden sollten. Um einen solchen Gedenkort in der Hauptstadt zu etablieren, muss man eine Debatte öffentlich führen. Wenn wir uns an das Holocaust-Denkmal erinnern – genauso wichtig wie das Mahnmal zum Schluss, war die Debatte, die dahin geführt hat.

Zweitens, zu der Frage von Thomas Kachel, wie die Sowjetunion bzw. die DDR mit der deutschen Schuld umgegangen sind. Ich habe sehr negative Erfahrungen an beiden Stellen gemacht. Ich habe den Minsker Prozess von 1946 gegen deutsche Kriegsverbrecher wissenschaftlich aufbereitet, der liegt fertig da und soll publiziert werden. Das war ja ein halbwegs rechtsförmiges Verfahren 1946, wie die anderen Prozesse in den »Heldenstädten« der Sowjetunion damals auch. An der Auswahl der Angeklagten wie an den Urteilen kann man das Bild, das sich das Regime bezüglich der deutschen Schuld und der Schuldigen machte, erkennen: Es gibt das »andere Deutschland«, das des Proletariats, das mit den Verbrechen der Junker, der Militaristen, der Kapitalisten und Faschisten nichts zu tun hat. Es sind daher in diesem Prozess von den 14 Angeklagten drei freigesprochen worden, weil sie aus proletarischen Familien stammten. Dabei wurde die Masse der Soldaten, die an diesen Verbrechen beteiligt war, von Arbeitern, Angestellten und Bauern gestellt. Als ich bei der Archivrecherche in Moskau einem befreundeten Vertreter des Generalstabs erklärte, dass unsere Ausstellung »Verbrechen des jedermann«, also Millionen Täter zeigen werde, hat er ziemlich erschrocken reagiert: »Ja, aber wenn wir das unterstützen, dann verlieren wir unsere schönen Westreisen.«

In der ehemaligen DDR gab es an drei Orten der Wehrmachtsausstellung, in Ostberlin, in Potsdam und in Erfurt, jeweils ca. 3.000 Besucher, nicht mehr. Und die meisten Besucher, manche davon sicher ehemalige »Kader«, kamen auf mich zu und sagten: »Das ist doch ein Westproblem mit eurer Ausstellung, wir haben doch damit nichts zu tun.« Aber das war nur halbwegs richtig, weil es in der DDR keine Legende von der »sauberen Wehrmacht« gab und keine Ex-Generäle, die eine neue aufbauen wollten. Was aber in der DDR verschwiegen wurde, weil dort ebenfalls das Bild vom »sauberen« antifaschistischen Deutschland die offizielle Erinnerungspolitik bestimmte, war die Tatsache, dass es auch in der DDR Millionen Väter und Großväter gab, die an den Verbrechen der Wehrmacht beteiligt gewesen waren. Wir haben für Dresden daher ein eigenes Kapitel über den Umgang der DDR mit dem Vernichtungskrieg gemacht. Das war eine Provokation, weil es an ein Tabu rührte. Und in Dresden gab es 50.000 Besucher, weil die ganze Stadt natürlich diskutiert hat.

Drittens will ich etwas zu der Frage von Alexander Engelbrecht bezüglich der Ukraine sagen: Da hilft nur eins: Die Wahrheit kann sich nicht danach richten, ob sie für andere auszuhalten ist. Man muss ganz offen damit umgehen. Die Rotarmisten sind keine Besatzer gewesen. Sie haben, aus allen Völkerschaften der Sowjetunion, auch aus der Ukraine, rekrutiert, in einem »gerechten Krieg« gekämpft. Und wer so etwas sagt, wie Jazenjuk, der steht für mich im Verdacht, ein Bandera-Sympathisant zu sein und das Geschichtsbild der ehemaligen profaschistischen ONU zu propagieren.

Und viertens schließlich: Ich finde es sehr, sehr gut, was Sie, Herr Saathoff, zur Rede von Gauck gesagt haben. Man muss für solche Sätze, wie die, dass die Ermordung von Millionen gefangener Rotarmisten »eines der größten Verbrechen in diesem Krieg« gewesen ist und dass das »Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen bis heute in einem Erinnerungsschatten liegt« dankbar sein. Das sind eine Art Brückenköpfe in einer Diskussion, die wir noch zu führen haben, gegen Leute wie Mike Mohring oder den Vertreter der Adenauerstiftung beim Hearing im Haushaltsausschuss. Man muss solche Äußerungen als Trittsteine nehmen, ähnlich wie bei Weizäckers Rede von 1985. Die bestand zu großen Teilen aus Phrasen, verbunden mit Lügen und Ausreden. Aber dieser eine Satz – »der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung« – darauf konnte man stehen und damit konnte man arbeiten. Ich halte von den tränenerstickenden Bekundungen von Gauck in Griechenland oder in Oradour überhaupt nichts, weil daraus nichts folgt für die Opfer oder deren Familien. Aber seinen Satz auf dem Ehrenfriedhof sowjetischer Gefangener in Stukenbrock, den muss man festhalten und dafür muss man ihm danken.

## Jörg Morré

Ja, so zweieinhalb Gedanken.

Das eine vielleicht jetzt ans Parlament rückgespiegelt. Wie Sie gemerkt haben ist eine Menge Expertise da und das Wissen sitzt eigentlich hier vor Ihnen. Verbunden

damit ein kleiner Appell an die sächsischen Kollegen: Ja, ihr habt da einen riesen Schatz zusammengesammelt, aber gebt ihn mal aus euren sächsischen Klauen auch frei, dann zeigt er wirklich Wirkung!

Zu der Frage, wie die Russen die deutsche Schuld diskutieren. Kurz gefasst, gar nicht. Das kann ich ein bisschen schon aus der Erfahrung meines Hauses sagen. Das wird alles sehr wohlwollend wahrgenommen. Aber es ist nicht so, dass wir da jetzt in eine Diskussion darüber einsteigen. Da sind wir wieder bei dieser Gestenpolitik. Und da ist ganz vieles, was hier auch eben in der Fragerunde gesagt worden ist, wichtig für uns. Also auch die Sache mit dem Erinnerungsort usw. Und auch Hannes, was du sagst: ja, natürlich, wir sind nicht nur der Wissensort. Denn die Idee war damals, Anfang der 90er Jahre zu sagen: »Am Ort der bedingungslosen Kapitulation« und diesen Ort gibt es eben auch ganz konkret, da erklärt doch einmal, warum es am Ende eine bedingungslose Kapitulation sein musste! Das hat jetzt erst einmal so nicht direkt etwas mit dem Mord an den sowjetischen Kriegsgefangenen zu tun aber es gibt da so eine Verkettung, die ganz sinnvoll ist. Ich will damit nicht diese ganze Diskussion zum Erinnerungsort im Tiergarten kippen, aber ich halte sie jetzt für die hier in Frage stehende Problematik für nachrangig.

Und noch ein letzter Gedanke zum Bewusstseinswandel. Ich bin da so ein bisschen verhalten optimistisch, ob es uns gelingt, da tatsächlich einen Bewusstseinswandel herbeizuführen. Wir sollten es aber nicht unversucht lassen. Und da kommt ein Aspekt hinein, den Eberhard Radczuweit angesprochen hat, mit den

Steuern. Man könnte z.B. tatsächlich mit den Ländern, in die jetzt solches Geld fließt, auf einer staatlichen Ebene über die Botschaften, die wir alle hier in Berlin haben, darüber auch reden. »Liebe Leute, wenn wir das auszahlen, sorgt bitte zu Hause dafür, dass die Leute das steuerfrei bekommen. Macht euch da stark, nehmt euch dieser Sache an, kommt uns auf dieser Verwaltungsebene entgegen, nehmt unsere Geste an.« Das ist erst einmal ein reiner Verwaltungsakt, nützt den Leuten definitiv und wäre jetzt erst einmal fern einer wissenschaftlichen Diskussion. Ein Schritt zur ganz konkreten Zusammenarbeit. Und dann, bin ich sicher, dreht sich das Rad der Geschichte weiter. Vielen Dank.

### **Jan Korte**

Ich möchte mich bei allen herzlich bedanken, die zum Gelingen der Tagung beigetragen haben. Seid auf jeden Fall und seien Sie auf jeden Fall versichert, dass DIE LINKE am Ball bleiben wird, was die Frage der konkreten Umsetzung angeht.

Ob hier im Bundestag oder insgesamt in der Gesellschaft – : Von nichts kommt nichts! Alles was mit Entschädigung, mit Gedenken und übrigens auch mit Täterforschung zu tun hat, geht nur über geschichtspolitischen Kampf. Das ist ganz sicher. Und da kann ich versprechen, dass DIE LINKE diesen Kampf auch weiterführen wird.

In diesem Sinne, Ihnen und allen Glück auf und einen schönen Abend.

# Biographische Notizen zu den Referentinnen und Referenten des Fachgesprächs

## **Hannes Heer**

ist Historiker, Literaturwissenschaftler und Filmemacher. Er war der verantwortliche Leiter der ersten Wehrmachtausstellung mit dem Titel »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, die ab 1995 (also vor zwanzig Jahren) erstmalig gezeigt wurde und danach für mehrere Jahre durch zahlreiche deutsche und europäische Städte tourte. Die Wehrmachtausstellung war geschichtspolitisch wegweisend, weil mit ihr öffentlichkeitswirksam die Legende von der sauberen Wehrmacht zu Fall gebracht wurde und die Dimension des deutschen Vernichtungskrieges im Osten ins öffentliche Bewusstsein rückte.

Hannes Heer hat in diesem Zusammenhang und zur geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zahlreiche Monographien und Aufsätze publiziert. 2012 ist von ihm zuletzt das Buch *Verstummt Stimmen. Die Bayreuther Festspiele und die Juden 1876 bis 1945* erschienen.

## **Ulla Jelpke**

Innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Mitglied im Kuratorium der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ).

## **Jan Korte**

Politikwissenschaftler MA, seit 2005 MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender, zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichtspolitik, z.B. »Instrument Antikommunismus«, Berlin 2009, »Kriegsverrat – Vergangenheitspolitik in Deutschland«, Berlin 2011.

## **Günter Saathoff**

ist Vorstand der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft und war somit an maßgeblicher Stelle an der Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter tätig, die durch die Stiftung EVZ abgewickelt wurde. Herr Saathoff hat also umfangreiche Erfahrungen in der praktischen Umsetzung der Entschädigung für NS-Opfer, die sicherlich auch für die Umsetzung der Entschädigung für die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen nutzbar gemacht werden kann.

## **Dr. Jörg Morré**

ist Direktor des deutsch-russischen Museums in Berlin-Karlshorst. Das deutsch-russische Museum hat als eine zentrale geschichtspolitische Einrichtung einen besonderen Blick auf den Vernichtungskrieg in Osteuropa, auf die Erinnerung in Russland und den sowjetischen Nachfolgestaaten und Herr Morré wird uns sicher etwas über die Situation der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen in Russland aber auch über die Wahrnehmung der deutschen Debatte zu diesem Thema in Russland berichten können.

## **Günter Rieser**

ist Mitarbeiter im Bundesfinanzministerium und beteiligt an der Umsetzung des von Bundestags gefassten Beschlusses, 10 Mio. Euro für die Entschädigung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen zur Verfügung zu stellen. Herr Rieser kann uns sicher einiges zum aktuellen Stand, zu möglichen Problemen und zur praktischen Umsetzung berichten.

## **Antrag**

**der Abgeordneten Jan Korte, Ulla Jelpke, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Sevim Dağdelen, Dr. André Hahn, Petra Pau, Harald Petzold, Martina Renner, Kersten Steinke, Frank Tempel, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die sowjetischen Kriegsgefangenen gehören zu den von der rassistisch motivierten Vernichtungspolitik der Nazis besonders betroffenen Gruppen. Dennoch ist diese Gruppe bis heute von jeglicher Form der materiellen Entschädigung ausgenommen worden, eine Tatsache, die aus Sicht des Bundestages beschämend ist.

Von mehr als 5 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die nach dem deutschen Überfall im Juni 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, starben 2 Millionen bereits in den ersten Monaten in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten. Ursächlich hierfür war nicht in erster Linie die schlechte Ernährungslage, sondern es handelte sich um eine gezielte Politik der Naziführung, die den Krieg im Osten generell und den Krieg gegen die Sowjetunion im Besonderen als Vernichtungskrieg führte und eine gezielte Dezimierung der als „rassisch minderwertig“ erachteten „Slawen“ herbeiführen wollte. Als „kalkulierte Morde“ beschreibt der Historiker Christian Gerlach den Umgang der Wehrmacht und der NS-Führung mit den sowjetischen Kriegsgefangenen und zitiert den Generalquartiermeister der Wehrmacht, Eduard Wagner, mit den Worten: „Nichtarbeitende Kriegsgefangene haben zu verhungern.“ (Christian Gerlach, Kalkulierte Morde, Hamburg 1998, S. 801) Der Raub- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion setzte alle bis dahin geltenden zivilisatorischen Standards sowie die Haager Landkriegsordnung außer Kraft.

Mit der für die NS-Führung unerwarteten Verlängerung des Krieges wurden sowjetische Kriegsgefangene hundertausendfach ins Deutsche Reich deportiert, um dort unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit zu leisten. Millionen Zivilisten aus der Sowjetunion wurden ebenfalls zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt.

Die Zustände in den Durchgangs- und Stammlagern (Dulags, Stalags) der sowjetischen Kriegsgefangenen waren furchtbar. Jeglicher rechtlicher Schutz, der den Kriegsgefangenen nach den Genfer Konventionen zugestanden hätte, wurde den sowjetischen Kriegsgefangenen verweigert, womit die rassistisch motivierte und letztlich auf Vernichtung zielende Absicht der Nazis deutlich wurde. Bei geringsten Essensrationen und schwerster körperlicher Arbeit starben weitere 1,3 Millionen Menschen.

Die nach der Befreiung in die Sowjetunion zurückgekehrten überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen waren in ihrer Heimat häufig neuen Repressalien ausgesetzt, galten viele unter Stalin doch als „Vaterlandsverräter“ und wurden teilweise unter den Verdacht der Kollaboration mit den Nazis gestellt.

Eine Entschädigung für das erlittene NS-Unrecht hat die große Mehrzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht erhalten. Von der Zwangsarbeiterentschädigung, die über die Einrichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) im Jahr 2000 abgewickelt wurde, wurden Kriegsgefangene pauschal ausgenommen, womit diese von der Vernichtungspolitik der Nazis mit am meisten betroffene Gruppe ohne jede Form der finanziellen Entschädigung geblieben ist.

Die Unterbringung und Behandlung der zur Zwangsarbeit gezwungenen sowjetischen Kriegsgefangenen entsprach nach allgemeiner Auffassung den Zuständen, wie sie in Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nazis vorherrschten. Im Rahmen der Zwangsarbeiterentschädigung über die EVZ wurde die Höhe der Entschädigung in drei Kategorien unterteilt, die sich nach der Schwere der Bedingungen unterschied. Für die Unterbringung in Konzentrationslagern, Ghettos oder ähnlichen Haftanstalten wurde eine Entschädigung von bis zu 7.670 € gewährt. Nach Auffassung des Bundestages sollte es hier zu keiner Schlechterstellung der Gruppe der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen kommen, die bis heute auf jede Form der Entschädigung warten musste und von der nur noch wenige Überlebende unter uns sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den noch lebenden sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs eine einmalige individuelle Anerkennung für erlittenes Unrecht in Höhe von 7.670 € im Rahmen einer außergesetzlichen Regelung zu verschaffen und
2. die notwendigen Mittel für diese Anerkennung von Unrecht in den Bundeshaushalt einzustellen und die Auszahlung dieser Mittel über die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ abzuwickeln.

Berlin, den 24. November 2014

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

## Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/5680 –

### Umsetzung der symbolischen finanziellen Anerkennung für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Aufgrund des hohen Alters der Betroffenen kommt es bei der symbolischen finanziellen Anerkennung des Schicksals der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen darauf an, die vom Deutschen Bundestag getroffene Entscheidung möglichst zügig umzusetzen. Entscheidend ist dabei, die Gruppe der noch lebenden Antragsberechtigten schnell zu informieren, um möglichst rasch mit der Auszahlung der zur Verfügung gestellten Mittel zu beginnen. Hierfür ist es erforderlich, alle Zugänge zur und Kenntnisse über die betreffende Gruppe in kurzer Zeit zusammenzutragen. Weiter muss sich die Bundesregierung darum bemühen, die Entscheidung des Deutschen Bundestages in Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bekannt zu machen, die Zugänge zur Antragstellung so einfach wie möglich zu gestalten und die symbolische finanzielle Anerkennung erfahrenen Leids mit einer Geste der Anerkennung deutscher Verantwortung für dieses Leid zu begleiten.

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Der Deutsche Bundestag hat mit seiner Entscheidung vom 21. Mai 2015, für Leistungen an ehemalige sowjetische Kriegsgefangene 10 Mio. Euro in den Nachtragshaushalt 2015 einzustellen, der Bundesregierung bzw. dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) aufgegeben, die Einzelheiten in einer Richtlinie zu regeln. Diese Richtlinie bedarf der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Mit Beschluss vom 1. Juli 2015 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages das Bundesministerium der Finanzen gebeten, ihm die Richtlinie zusammen mit dem Antrag auf Entsperrung der Haushaltsmittel in Kapitel 08 01 Titel 685 21 zur Zustimmung vorzulegen. Zugleich hat er mehrere Eckpunkte formuliert, die die Richtlinie enthalten soll.

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. August 2015 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Die Bundesregierung erarbeitet derzeit diese Richtlinie. Der Abstimmungsprozess im BMF und mit den beteiligten Ressorts ist noch nicht abgeschlossen.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der Fragesteller, dass die vom Deutschen Bundestag beschlossene symbolische Anerkennungsleistung für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene schnell umgesetzt werden muss, wenn sie möglichst viele Betroffene erreichen soll. Die Bundesregierung begrüßt daher die Anregungen der Fragesteller, wie dieses Ziel erreicht werden kann, und wird sie in ihren weiteren Entscheidungsfindungsprozess miteinbeziehen.

Die Bundesregierung sieht sich jedoch nicht zu Informationen verpflichtet, die noch nicht feststehende Entscheidungen betreffen oder die auf ihre einer Entscheidung vorgelagerte interne Willensbildung abzielen.

1. Wie stellt sich der Stand der Umsetzung der finanziellen Anerkennung für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene dar, und bis wann rechnet die Bundesregierung mit dem Beginn des Antragsverfahrens?

Die Bundesregierung ist bestrebt, die von ihr erarbeitete Verwaltungsanweisung noch im dritten Quartal 2015 zusammen mit dem Antrag auf Entsperrung der Haushaltsmittel dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vorzulegen. Die jeweiligen Verwaltungsverfahren zur Bewilligung der symbolischen Anerkennungsleistung könnten unmittelbar danach in Gang gesetzt werden.

2. Welche Maßnahmen wurden vonseiten der Bundesregierung bisher getroffen, um den Kreis der potenziell Anspruchsberechtigten über den Beschluss der finanziellen Anerkennung ihres Leids zu informieren, bzw. welche Maßnahmen sind geplant, und in welchen Ländern sollen sie durchgeführt werden?

Die Bundesregierung hat unmittelbar nach der Entscheidung über die symbolische Anerkennungsleistung damit begonnen, den Kreis der Anspruchsberechtigten zu identifizieren. In den betroffenen Staaten haben die deutschen Auslandsvertretungen Kontakt mit den zuständigen Behörden aufgenommen, um festzustellen, ob im jeweiligen Land Listen von ehemaligen Angehörigen der Roten Armee existieren, die in deutscher Kriegsgefangenschaft waren. Gesprächspartner sind in erster Linie Außen- oder Verteidigungsministerien, aber auch z. B. Statistik- oder Sozialbehörden. Weiterhin haben die Auslandsvertretungen versucht, geeignete Strukturen vor Ort zu ermitteln, auf die z. B. zur gezielten Information möglicher Berechtigter zurückgegriffen werden kann. Gesprächspartner waren dabei beispielsweise Veteranenverbände, Historische Institute, der Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge und private Vereine, insbesondere Kontakte-KONTAKTY e. V. und die Stiftung Sächsischer Gedenkstätten. Die Situation ist von Land zu Land verschieden, die Gespräche sind noch nicht abgeschlossen. Hiervon werden die weiteren Maßnahmen abhängen. Eine Kurzinformation über die Anerkennungsleistung wurde inzwischen in deutscher, englischer und russischer Sprache beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) online gestellt. Auf Wunsch des Vereins Kontakte-KONTAKTY e. V. wurde ihm die Kurzinformation diesem zur Veröffentlichung auf dem russischen Teil seiner Webseite zugeleitet. Die Auslandsvertretungen in den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion verwenden diese Kurzinformation in den genannten Sprachfassungen ebenfalls für die Beantwortung von Anfragen und für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sobald der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über die Details der Regelung entschieden hat, werden zielgruppenorientierte Informationen insbesondere auf den Webseiten der Auslandsvertretungen einschließlich des Antragsformulars eingestellt werden. Wenn die Regelung in Kraft ist, kommt im Ausland

auch ergänzend eine Information über Anzeigen in örtlichen Zeitungen oder elektronischen Medien in Betracht.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

3. Welche Quellen, Einrichtungen bzw. Organisationen nutzt die Bundesregierung, um den Kreis der potenziell Anspruchsberechtigten zu ermitteln?

In welcher Form ist die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) in die Umsetzung des Beschlusses eingebunden?

Werden die ehemaligen Partnerorganisationen der EVZ in die Umsetzung des Beschlusses eingebunden, und welche ehemaligen Partnerorganisationen sind bisher in welcher Form eingebunden worden?

In welcher Form ist das Forschungsprojekt der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten zur Schicksalsklärung von sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges eingebunden?

In welcher Form ist der Verein „Kontakte-Kontakty“ eingebunden?

Welche anderen Einrichtungen und Organisationen sind in welcher Form in die Umsetzung des Beschlusses eingebunden worden?

Derzeit werden die verschiedensten Möglichkeiten ausgelotet, um zügig den Kreis der Anspruchsberechtigten zu ermitteln. Kontaktiert wurden insbesondere bisher die Auslandsvertretungen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, das Bundesarchiv, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, der Verein Kontakte-KONTAKTY e. V. sowie Historiker.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seinem Beschluss vom 1. Juli 2015 das Bundesministerium der Finanzen gebeten, bei der Vorbereitung und Durchführung der Richtlinie auch die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (Stiftung EVZ) zu suchen. Im derzeitigen Verfahrensstadium „Erarbeitung der Richtlinie“ ist das Bundesministerium der Finanzen der Bitte gerne nachgekommen.

Der Entscheidungsfindungsprozess dauert noch an, es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

4. Welche Gründe sprachen aus Sicht der Bundesregierung dafür, das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) mit der Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages zu beauftragen, und über welche Erfahrungen in diesem Bereich verfügt das BADV konkret?

Das BADV vollzieht seit dem Jahr 2007 die „Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war“. Es hat bislang rund 70 000 Fälle bearbeitet. Dieses Verfahren ist strukturell mit dem Verfahren zur Bewilligung und Auszahlung einer symbolischen Anerkennungsleistung für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene vergleichbar. Die beim BADV vorhandene personelle und sachliche Infrastruktur kann deshalb sofort mitgenutzt werden. Die Bearbeiter sind in unter anderem in Russisch geschult und verfügen über Fachwissen im Wiedergutmachungsbereich, geschichtliches Wissen über die Kriegs- und Verfolgungssituation im räumlichen Bereich der Staaten der früheren Sowjetunion, sowie Erfahrung mit osteuropäischen Antragsstellern. Die technischen Systeme zur Abwicklung der Anerkennungsleistung (Datenbank, Controllingssystem, Auszahlungsteam) können mit geringen Modifikationen genutzt werden.

Im Übrigen hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in seinem Beschluss vom 1. Juli 2015 unter Nummer 4 festgelegt, dass mit der Durchführung der Leistungen das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) betraut werden soll.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

5. Trifft es zu, dass bei der Entscheidung gegen die EVZ vor allem die vonseiten der EVZ nach Information der Fragesteller geltend gemachten Verwaltungsausgaben, die zu den bereitgestellten 10 Mio. Euro hätten hinzukommen müssen, ausschlaggebend für die Beauftragung des BADV waren, oder welche anderen Gründe sprachen aus Sicht der Bundesregierung gegen die EVZ und für das BADV?

Auf die Antwort zu Frage 4 und auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

6. Mit welchen Kosten für notwendige Verwaltungsausgaben rechnet die Bundesregierung nach der Beauftragung des BADV im Einzelnen, und sollen diese aus den vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bereitgestellten 10 Mio. Euro bestritten werden oder soll dafür ein weiterer Etat-Beschluss erfolgen?

Belastbare Aussagen zu den Verwaltungskosten können erst getroffen werden, wenn die Anzahl der Antragsteller in etwa bekannt ist. Anders als bei der Stiftung EVZ können im BADV vorhandene Strukturen mitgenutzt werden. Daraus ergeben sich Synergieeffekte, die zu einer Senkung der Verwaltungskosten führen.

7. Wie viel Personal soll vonseiten des BADV für diese Aufgabe bereitgestellt werden, und will die Bundesregierung weiteres (externes) Fachpersonal für diese Aufgabe gewinnen?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.

8. Von wie vielen Anspruchsberechtigten geht die Bundesregierung gegenwärtig aus, und worauf stützt sich ihre Einschätzung?

Die Bundesregierung verfügt hierzu über keine weitergehenden eigenen Erkenntnisse als diejenigen, die den Deutschen Bundestag im Anschluss an die öffentliche Sachverständigenanhörung des Haushaltsausschusses vom 18. Mai 2015 bewogen haben, in den Nachtragshaushalt 10 Mio. Euro einzustellen. Die Bundesregierung geht auf dieser Grundlage davon aus, dass derzeit von bis zu 4 000 Berechtigten ausgegangen werden kann.

9. Plant die Bundesregierung eine Aufstockung der Summe von 2 500 Euro als Anerkennungsbetrag, sollten die 10 Mio. Euro nicht durch die Zahl der Anträge ausgeschöpft werden?

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seinem Beschluss vom 1. Juli 2015 die Erwartung geäußert, dass die durch das Bundesministerium der Finanzen zu erarbeitende Richtlinie eine Einmalleistung von 2 500 Euro für

jeden Berechtigten vorsieht. Jede Änderung der Höhe der Einmalleistung bedarf der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

10. Welche Nachweise müssen die potenziell Anspruchsberechtigten erbringen, und wer überprüft in welchem Zeitrahmen die erforderlichen Nachweise?

Die Bundesregierung erarbeitet derzeit die Richtlinie. Die Eckpunkte, um deren Berücksichtigung der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in seinem Beschluss vom 1. Juli 2015 gebeten hat, sind bekannt. Unabdingbar für die Anspruchsberechtigung werden deshalb, da eine persönliche Antragstellung des Berechtigten vorzusehen ist, eine Lebensbescheinigung und der Nachweis über den Aufenthalt in einem deutschen Kriegsgefangenenlager sein.

Die Entscheidungsfindung zur Richtlinie und zu deren verwaltungspraktischer Umsetzung ist noch nicht abgeschlossen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

11. Plant die Bundesregierung, um eine schnelle Hilfe zu gewährleisten, bei ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, die bereits im Rahmen der Zwangsarbeiterentschädigung Anträge gestellt hatten und damals aufgrund des fehlenden Anerkennungsanspruchs abgelehnt wurden, auf eine eingehende Prüfung der neuerlichen Anträge zu verzichten?

Die Bundesregierung hat die Fragestellung, ob zur Verfahrensbeschleunigung in geeigneter Form auf die Anträge zurückgegriffen werden kann, die im Rahmen der über die Stiftung EVZ erfolgten Zwangsarbeiterentschädigung gestellt wurden und damals abgelehnt werden mussten, geprüft. Eine Übersicht über diese rund 20 000 Anträge gibt es nach Auskunft der Stiftung EVZ jedoch nicht. Listen der rund 20 000 abgelehnten Anträge ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener sind aus Datenschutzgründen in der Stiftung EVZ nicht vorhanden, da die Ablehnungen durch die Partnerorganisationen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erfolgt sind.

Auch die von den Partnerorganisationen der EVZ positiv beschiedenen Anträge (wegen gleichzeitiger KZ-Haft, Zwangsarbeit oder Lagerhaft) können nicht daraufhin abgeglichen werden, ob sie von ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen stammen. Dieses Kriterium war für die Zwangsarbeiterentschädigung nicht relevant. Die Datenbank der EVZ enthält deshalb keine entsprechenden Angaben. Die anfängliche Erwartung, eventuelle Daten, die bei der Stiftung EVZ während der Auszahlungsphase der Zwangsarbeiterentschädigung angefallen sind, zur Verfahrensbeschleunigung verwenden zu können, erfüllt sich damit leider nicht.

12. Befürwortet die Bundesregierung im Sinne einer unbürokratischen und schnellen Antragsbearbeitung, dass Anträge von Personen, die auf Listen ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener, z. B. vom Kontakte e. V., stehen, ebenfalls ohne eingehende Prüfung bewilligt werden, oder welche anderen Formen der Verfahrensbeschleunigung erwägt die Bundesregierung?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen. Das Erfordernis der persönlichen Antragstellung schließt eine listenmäßige Bearbeitung aus.

13. Welche Fristen für die Antragstellung plant die Bundesregierung?

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seinem Beschluss vom 1. Juli 2015 die Erwartung geäußert, dass in der durch das BMF zu erarbeitenden Richtlinie eine Antragsfrist von etwa zwei Jahren nach der Bekanntmachung des förmlichen Antragsverfahrens vorgesehen wird.

14. Hat die Bundesregierung Kontakt zu russischen Stellen bzw. zu staatlichen Stellen in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion aufgenommen, um hier um Unterstützung zu bitten, und wie gestaltet sich diese Unterstützung im Einzelnen?

Auf Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

15. Welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Möglichkeiten einer finanziellen Anerkennung des Leids ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener in Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bekannt zu machen?

Auf Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

16. Plant die Bundesregierung eine politische Begleitung der Auszahlung dieser Anerkennung, in der sie noch einmal auf die deutsche Verantwortung für das erlittene Leid und die späte symbolische Anerkennung dieses Leids eingeht, und welche Planung gibt es dazu bisher?

Hierzu sind die Überlegungen noch nicht abgeschlossen. Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.





[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)